

03/2005

lww info

ZEITSCHRIFT DES LANDESWOHLFAHRTSVERBANDES HESSEN

nachricht · bericht





Foto: Privat

Reformen sichern die Zukunft

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

wir alle spüren es bei vielen Anlässen: Unsere Gesellschaft befindet sich inmitten eines Umbruchprozesses. Vieles muss grundlegend überdacht werden, bedarf einer Erneuerung. Dass es gesellschaftlichen Reformbedarf gibt, bestreitet kaum jemand. Wohl aber gehen Zielrichtung und Reichweite von Reformkonzepten weit auseinander. Auch das gesellschaftliche Umfeld, in dem der LWV seine Arbeit leistet, ist einem gravierenden Wandel unterworfen. Dieser Wandel macht vor den Toren des LWV und seinen Aufgaben nicht Halt. Angesichts dieser Herausforderungen ist es außerordentlich wichtig, dass sich der LWV in den vergangenen Jahren auf den Wandel vorbereitet hat, dass er heute für die Zukunft auch für gestaltbar gehalten wird.

Die Hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger hat in diesem Zusammenhang den Begriff einer „Fitnesskur“ für den LWV verwandt. Eine gute Beschreibung - denn eine Fitnesskur verordnet der Arzt nur demjenigen, den er für ein gesünderes Leben und für mehr Leistungsfähigkeit fit machen will. Aber der Arzt rät das auch nur demjenigen, den er grundsätzlich für gesund genug hält, noch etwas aus sich herauszuholen. Dass der LWV dafür geeignet gehalten wird, diese Herausforderungen zu bestehen, spricht für den Verband. Es spricht für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es spricht auch für die Selbstverwaltungsgremien des LWV. Beide Gruppen haben den bisherigen Reformprozess vorangetrieben und unterstützt.

Ein Ausruhen kann es in diesem Prozess nicht geben, denn die Herausforderungen sind uns Allen bekannt: Es wird auch in den kommenden Jahren eine wachsende Zahl behinderter Menschen geben, die unsere Unterstützung brauchen. Und es wird sich die erschreckend dramatische Situation der öffentlichen Kassen nicht oder nur sehr langsam verbessern. Wenn wir die gesamtgesellschaftliche Solidarität mit den behinderten Menschen erhalten wollen – und daran kann es nach meiner Einschätzung keinen Zweifel geben –, dann muss der LWV sein Fitnessprogramm mit Schwung durchhalten. Es gilt die alte Erkenntnis aus der Wirtschaftlehre, wonach es nichts gibt, was man nicht noch besser machen kann.

Ich möchte dort anknüpfen, wo in den vergangenen Jahren Reformenerfolge erzielt wurden. Mit mir wird es keine Politik der Schnellschüsse geben. Ich werde mich dafür einsetzen, dass sich der Verband mit Augenmaß weiterentwickelt. Die Reformen müssen, wenn sie zu einer Verbesserung des Bestehenden führen sollen, gemeinsam beschritten werden. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Landkreisen und kreisfreien Städten, den behinderten Menschen und ihren Verbänden, der Liga der freien Wohlfahrtspflege und den Fraktionen in der Verbandsversammlung haben wir die Chance, auch in der Zukunft eine erfolgreiche Arbeit für Menschen mit Behinderungen zu leisten.

Ihr

Uwe Brückmann

IMPRESSUM

LWV-Info. Zeitschrift des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

Herausgeber:

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Öffentlichkeitsarbeit – Pressestelle
Ständeplatz 6 – 10, 34117 Kassel
Tel.: (05 61) 10 04 – 22 13 / 23 68 / 25 36
Fax: (05 61) 10 04 – 26 40
pressestelle@lww-hessen.de
www.lww-hessen.de

Redaktion:

Jörg Daniel (jda) (verantw.)
Rose-Marie von Krauss (rvk)

Redaktionsmitarbeit:

Monika Brauns (mbr)
Dr. Constantin Gora (cgy)

Satz und Druck:

Grafische Werkstatt von 1980 GmbH,
Kassel

Redaktionsschluss: 2. August 2005
Nächster Redaktionsschluss: 2. November 2005

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Nachdruck von Beiträgen dieser Zeitschrift, Vervielfältigung, Übersetzung, Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, elektronisches Publizieren sowie Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen – auch auszugsweise – sind nur unter Angabe der genauen Quelle und gegen Übersendung eines Belegexemplares gestattet. Eine elektronische Ausgabe des LWV-Info finden Sie unter www.lww-hessen.de. Abonnementsbestellungen richten Sie bitte an die obige Anschrift.



LWV-Spitze neu gewählt (Bericht Seite 14)
Foto: Thomas Rosenthal



LWV-Puzzeln beim Hessentag in Weilburg
(Bericht Seite 29).
Foto: Rose-Marie von Krauss



Interview: 30 Jahre Psychiatrie-Enquete
(Bericht Seite 18).
Foto: Rose-Marie von Krauss

Kurz notiert _____ **4**

Wechsel an der Spitze des LWV Hessen _____ **14**

*Verbandsversammlung wählt Uwe Brückmann zum Landesdirektor
Evelin Schönhut-Keil wird neue Erste Beigeordnete*

Für Erhalt des LWV als überörtlicher Sozialhilfeträger _____ **16**

Verbandsversammlung beschloss zu Zukunftsfragen

„Höhere gesellschaftliche Akzeptanz geschaffen“ _____ **18**

30 Jahre Psychiatrie-Enquete beim LWV Hessen

Sanierung der Hainaer Klosterkirche _____ **23**

Land fördert mit 180.000 €

Wortmeldungen _____ **24**

Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen

„Wie andere Leute auch“ _____ **26**

Stationär Begleitetes Wohnen

„Bausteine für ein selbstbestimmtes Leben“ _____ **29**

*LWV warb beim Hessentag für Betreutes Wohnen
und Barrierefreiheit*

Wenn Essen zur Pein wird _____ **32**

Essstörungen

**LWV-Tochter unterstützt Modernisierungsprozess
beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe** _____ **35**

EDV-Verfahren ANLEI wurde eingeführt

Sommerfeste in LWV-Einrichtungen _____ **36**

Kurz notiert _____ **38**

Personalien _____ **50**

Erfolge / Jubiläen / Ruhestand / Trauer

LWV-Verbandsversammlung beschließt Fusion der OK Kassel mit dem RKK Kassel



Die Orthopädische Klinik in der Wilhelmshöher Allee.

Foto: OK Kassel

Die Abgeordneten der LWV-Verbandsversammlung haben in ihrer Sitzung im Juli der Fusion der Orthopädischen Klinik Kassel gGmbH (OK Kassel) mit der Roten Kreuz Krankenhaus Kassel gGmbH (RKK Kassel) zugestimmt. Die Verbandsversammlung beauftragt mit ihrem Beschluss die Organe der OK Kassel, die Fusion mit dem Ziel vorzubereiten, dass die Gesellschaftsgründung des Fusionskrankenhauses zum Januar 2006 erfolgen kann.

Neue gGmbH

In dem Beschluss ist vorgesehen, dass beide gemeinnützigen Krankenhausgesellschaften eine neue gGmbH gründen, in der sie gleiche Anteile zu je 50 % halten. Die neue Gesellschaft soll die Struktur eines kommunal verfassten Krankenhauses haben. Sie strebt deshalb die Mit-

gliedschaft im kommunalen Arbeitgeberverband an. Die neue gGmbH wird zunächst an den beiden bisherigen Standorten ihre Tätigkeit fortsetzen, bis eine neue Klinik auf dem Gelände der OK Kassel in der Wilhelmshöher Allee fertiggestellt ist. Weiterhin ist geplant, dass das neue Fusionskrankenhaus folgendes medizinisches Konzept erhält: Insgesamt sollen 410 Betten vorgehalten werden, davon 282 Betten in der Chirurgie/Orthopädie, 110 Betten in der Inneren Medizin, 15 Betten in der HNO sowie drei Betten in der Mund- und Kiefer-Gesichtschirurgie. Diese Abteilungsstruktur hat bereits die Zustimmung der Krankenhauskonferenz Kassel erfahren. Sie findet insofern auch die Unterstützung der Kostenträger. Eine positive Rückmeldung zu der Fusion hat auch das Hessische Sozialministerium gegeben. (rvk)

Haushaltseckwerte 2006 verabschiedet

Auch im kommenden Jahr wird die Zahl der Menschen mit Behinderungen, die Leistungen des LWV Hessen erhalten, wachsen: Nach den von der Verbandsversammlung im Juli einstimmig verabschiedeten Haushaltseckwerten für 2006 steigt die Zahl der Fälle auf voraussichtlich 55.514 und liegt damit um 1.388 über dem Vorjahr. Die Steigerung bei den Fallzahlen um 2,56 % führt bei den Sozialhilfekosten jedoch nur zu einem rund 2 %-igen Wachstum: 2006 werden nach den gegenwärtigen Prognosen 1.091,2 Mio. € für Sozialhilfeleistungen aufgewandt (2005: 1.069,3 Mio. €). Darin sind die Kosten für die Grundsicherung wie auch für die Hilfe zum Lebensunterhalt im Betreuten Wohnen, für die noch keine exakten Daten vorliegen, enthalten.

Effizienter Mitteleinsatz

Positiver Trend auch bei den Overhead-Kosten: Während für die Personalkosten eine schwarze Null erwartet wird – für das Personal der Kernverwaltung werden 2005 wie 2006 47,1 Mio. € aufgewandt –, können die Sachkosten sogar deutlich abgesenkt werden: Sie verringern sich um rund 7 % von 36,5 auf 33,9 Mio. €. Auf der Einnahmeseite erwarten die Finanzplaner eine leicht steigende Zuführung aus dem kommunalen Finanzausgleich: Der nach § 20 Finanzausgleichsgesetz zu ermittelnde Betrag soll von 62,1 auf 65,2 Mio. € steigen, ist aber von der weiteren konjunkturellen Entwicklung abhängig. Dennoch muss der LWV für seine Aufgaben mehr Mittel über die Verbandsumlage erlösen, weil neben den steigenden Fallzahlen Rücklagen zur Dämpfung der Umlage nicht mehr zur Verfügung stehen. Erwartet wird hier ein Einnahmebedarf von 928,6 Mio. €. Der steigt zwar gegenüber dem Wert für 2005 (890,5 Mio. €) um 4,27 %, liegt damit aber deutlich unter der Steigerungsrate im Vorjahreszeitraum, als die Verbandsumlage um 8,6 % angehoben werden

musste. Weiterer Hoffnungsschimmer: Für 2005 deutet sich bereits zur Jahresmitte an, dass die Budgets nicht vollständig ausgeschöpft werden müssen.

Neu: „Doppik“

Zur Verbesserung des wirtschaftlichen Denkens und Handelns des sozialen Dienstleisters LWV soll der Einsatz der kaufmännischen Buchführung, der sog. „Doppik“, beitragen. Die Einführung dieser modernen Form der Rechnungslegung zum 1. Januar 2008 - zeitgleich mit nordhessischen Landkreisen - beschloss die

Verbandsversammlung ebenfalls einstimmig, nachdem durch die Novelle der Hessischen Gemeindeordnung der rechtliche Rahmen dafür geschaffen wurde. Die Doppik ist ein Baustein in einem umfassenden Prozess hin zur Unternehmensführung mit betriebswirtschaftlicher Steuerung und ergänzt daher beim LWV bereits eingeführte Instrumente wie Budgetierung, dezentrale Ressourcenverantwortung und Kosten- und Leistungsrechnung. (jda)

CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP unterzeichnen Kooperationsvereinbarung

Die beiden großen Herausforderungen Weiterentwicklung der Behindertenhilfe und Zukunft der Einrichtungen des LWV haben die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bewogen, in der Versammlung des LWV künftig zusammenzuarbeiten. Der Zusammenarbeit liegt eine Kooperationsvereinbarung zu Grunde, die von einer interfraktionellen Arbeitsgruppe erarbeitet und im Juni von den drei Partnern unterzeichnet wurde. Durch die Vereinbarung sollen die Interessen der Menschen mit Behinderungen in den Vordergrund gestellt werden, heißt es dazu in einer Pressemitteilung.

Der LWV als überörtlicher Sozialhilfeträger sei aus der Soziallandschaft Hessens nicht wegzudenken. Insbesondere solle seine landesweite Planungs- und Steuerungsfunktion gestärkt werden, um die Qualität der Hilfen in Hessen zu sichern. Das neue Bündnis setzt dabei auf Kooperation: Selbsthilfeorganisationen behinderter und kranker Menschen sollen bei Veränderungen von Hilfeangeboten beteiligt werden, auch will man personenzentrierten Hilfen Vorrang vor der

Förderung von Institutionen geben. Bei Veränderungen in der Struktur der Eingliederungshilfe wollen die Beteiligten Einvernehmen mit den Kommunen suchen.

Die Vereinbarung ist zunächst bis zum Ende der laufenden Wahlperiode in 2006 befristet, soll aber darüber hinaus fortgesetzt werden. Für das Jahr 2006 strebt das Bündnis an, den Haushaltsplan unter dem Gebot der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gemeinsam zu verabschieden. Die bei der Hessischen Sozialministerin eingerichtete Arbeitsgruppe solle genutzt werden, um Möglichkeiten der verbesserten Leistungserbringung zu erkunden. Weitere Schritte zur Zukunft der LWV-Unternehmensgruppe wollen die Partner nach Auswertung des Gutachtens beschließen. Die Fraktionsvorsitzenden Fritz Kramer, Holger Heupel und Ferdinand Walther zeigten sich überzeugt, dass es dem LWV gelingen werde, die schwierigen Aufgaben der Zukunft zu bewältigen. Dabei wolle man die Beschäftigten bewusst in die Prozesse einbinden, weil eine erfolgreiche Umsetzung von Veränderungen nur gemeinsam gelingen könne. (jda)

Publik gemacht

In dieser Rubrik weisen wir auf kürzlich erschienene Publikationen hin, die von Mitarbeiter/innen des LWV stammen. (Vollständige) Veröffentlichungshinweise nimmt die Redaktion gern entgegen:

pressestelle@lwv-hessen.de
(jda)

- Born, Petra; Sabine Eucker u. a.: Sind sie gefährlicher? Entlassene Patienten des psychiatrischen Maßregelvollzuges und der Allgemeinpsychiatrie im Vergleich, in: Krankenhauspsychiatrie Heft Nr. 16/2005, S.48 - 56
- Kunze, Heinrich: Artikel Schizophrenien und affektive Störungen, in: Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation (Hg.): Rehabilitation und Teilhabe – Wegweiser für Ärzte und andere Fachkräfte der Rehabilitation, Köln 2005, S. 245-257
- Kunze, Heinrich: Artikel Organische psychische Störungen, insbesondere Demenzsyndrome, in: Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation (Hg.): Rehabilitation und Teilhabe – Wegweiser für Ärzte und andere Fachkräfte der Rehabilitation, Köln 2005, S. 257-265
- Rohdich, Ruth; Alexandra Kirste: Ein integrierter Behandlungsansatz für schizophrene Patienten mit Suchterkrankung und Persönlichkeitsstörung in der Klinik für Forensische Psychiatrie Haina, in: Recht und Psychiatrie, Heft 3/2005, S. 116 - 122

SPZ Wabern-Homberg wird Betriebszweig des ZSP Kurhessen



Künftig Betriebszweig des Zentrums für Soziale Psychiatrie Kurhessen: Hauptgebäude des Sozialpädagogischen Zentrums Wabern-Homberg, der Karlshof in Wabern.

Foto: SPZ Wabern-Homberg

Das Sozialpädagogische Zentrum (SPZ) Wabern-Homberg wird als Betriebszweig des Zentrums für Soziale Psychiatrie (ZSP) Kurhessen in Bad Emstal weitergeführt. Das ist Teil

Das **Sozialpädagogische Zentrum Wabern-Homberg**

ist eine Jugendhilfeeinrichtung, die Aufgaben der regionalen und überregionalen Jugendhilfe in Form von voll- und teilstationärer Unterbringung und Betreuung erfüllt. Das SPZ macht Angebote zur schulischen und beruflichen Qualifizierung, bietet ambulante Betreuung von Kindern und Jugendlichen und qualifizierte Erziehungsstellen. Beim SPZ sind zurzeit insgesamt 115 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. (rvk)

eines Konzeptes zur Neuorganisation des SPZ Wabern-Homberg, das die Abgeordneten der LWV-Verbandsversammlung in ihrer Sitzung im Juli beschlossen haben. „Mit der Verabschiedung dieses Konzeptes können wir die Betreuung der Kinder und Jugendlichen in der von den Jugendämtern anerkannten Form weiter gewährleisten. Das ist gut für die Kinder und Jugendlichen, aber auch für die Region“, kommentierte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer den Beschluss der Verbandsversammlung.

Wohnortnahe schulische Betreuung

Das im Juli verabschiedete Zukunftskonzept sieht vor, die vollstationäre Unterbringung mit heimangebundenen Schulangeboten beizubehalten und weiter auszubauen. Die beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen sollen in Zukunft in Kooperation mit Betrieben der Region und anderen Trägern angeboten werden. Die Hauptstufe der ans SPZ angebotenen Schlossbergschule, einer Schule für Erziehungshilfe, die Schulleitung und das Beratungs- und Förderzentrum sollen von Homberg nach

Zum **ZSP Kurhessen in Bad Emstal-Merxhausen** gehört die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Merxhausen mit integrierter Tagesklinik und Institutsambulanz sowie Außenstellen in Hofgeismar und Kassel, die Tagesklinik Sucht in Kassel und die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters Kassel mit angeschlossener Klinikschule und Außenstellen in Eschwege und Korbach. Ebenfalls zum ZSP Kurhessen gehören die Heilpädagogische Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung Merxhausen, das Wohn- und Pflegeheim für Menschen mit seelischer Behinderung Merxhausen mit einem Standort in Guxhagen sowie eine Rehabilitationseinrichtung mit Standorten in Bad Emstal und Guxhagen. Insgesamt sind im ZSP rund 900 Menschen beschäftigt. (rvk)

Wabern auf das Schlossgelände umziehen. Damit kann eine bestehende räumliche Enge in der Schlossbergschule und der Hermann-Schafftschule, der LWV-Schule für Hörgeschädigte in Homberg, beseitigt werden. Die Grundstufe für die in den Homberger Wohngruppen betreuten jüngeren Kinder bleibt in Homberg. So ist eine wohnortnahe schulische Betreuung beider Altersgruppen gewährleistet. Künftig werden an den Standorten in Wabern, Homberg und in Fritzlar neun Wohngruppen mit insgesamt 77 Plätzen angeboten, eine Tagesgruppe in Homberg mit sechs Plätzen sowie 40 Erziehungsstellen. Das Konzept ist einvernehmlich mit der Personalvertretung und der Gewerkschaft ver.di entwickelt worden und wird durch die Beschäftigten des SPZ mitgetragen. Die im Rahmen der Neuorganisation zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit notwendige Verringerung der Arbeitsplätze soll sozialverträglich gestaltet werden. (rvk)

Versorgungslücken in Südhessen geschlossen

Für zwei neue Wohnheime für Menschen mit seelischer Behinderung mit jeweils 12 Plätzen und tagesstrukturierendem Angebot überreichte der Erste Beigeordnete des LWV, Uwe Brückmann, im Mai und Juni Bewilligungsbescheide in Höhe von insgesamt 812.000 €. Mit beiden Wohnheimen wird in den jeweiligen Regionen Versorgungslücken begegnet. Die interne Tagesstruktur ermöglicht in beiden Häusern eine gezielte und bedarfsgerechte Förderung der dort lebenden Menschen.

Hochtaunuskreis

Zwei LWV-Förderbescheide über insgesamt 509.500 € überreichte Uwe Brückmann im Mai an Michael Thiele, Geschäftsführer des Internationalen Bundes (IB) Behindertenhilfe Hessen, und Udo Keidel-George, Geschäftsführer der IB Behindertenhilfe Hochtaunus. Die IB Behindertenhilfe Hessen wird eines der neuen Wohnheime in Grävenwiesbach betreiben. Zurzeit gäbe es für jüngere Menschen mit seelischen Behinderungen kein geeignetes vollstationäres Angebot in der Region, sagte Brückmann. Mit der neuen Wohneinrichtung setze der LWV seine gute Zusammenarbeit mit der IB Behindertenhilfe Hessen fort, die seit 1973 Menschen mit geistigen und seelischen Behinderungen betreue und bereits am Standort in Grävenwiesbach präsent sei.

Der Neubau wird 12 jüngeren Menschen mit seelischen Behinderungen ein neues Zuhause bieten, die derzeit überwiegend in Wohneinrichtungen anderer Kreise oder Städte versorgt werden. Die Planungen sind so ausgerichtet, dass eine spätere Erweiterung um acht Plätze möglich ist. Die Wohnheimplätze ergänzen die ambulante und teilstationäre Angebotsstruktur. Somit sei, so Uwe Brückmann, die Versorgungsstruktur insgesamt auf eine möglichst große Selbstständigkeit ausgerichtet.

Die IB Behindertenhilfe Hessen investiert in das neue Wohnheim insge-



Freuen sich über das neue Wohnheim-Projekt (v. l.): Burkhard Albers, Erster Kreisbeigeordneter des Rheingau-Taunus-Kreises; Wolfgang Wartenberg, Leiter des DWRT; Claudia Kohlhaas, stellv. Leiterin des DWRT; Uwe Brückmann, Erster Beigeordneter des LWV, und Wilfried Knapp, Vorstand DWHN.

Foto: Diakonisches Werk Rheingau-Taunus

samt rund 1,23 Mio. €. Aus Mitteln des Zielgruppenmanagements (ZGM) für Menschen mit seelischen Behinderungen und Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen fördert der LWV das Vorhaben mit 359.500 €. 150.000 € steuert das Integrationsamt des LWV aus Mitteln der Ausgleichsabgabe bei, zur Hälfte wird diese Förderung als Darlehen gewährt. Das Hessische Sozialministerium und die „Aktion Mensch“ beteiligen sich ebenfalls an der Finanzierung des Projektes. Die IB Behindertenhilfe Hessen selbst setzt Eigenmittel für das Vorhaben ein.

Rheingau-Taunus-Kreis

Das regionale Diakonische Werk Rheingau-Taunus des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau e. V. (DWHN) wird das andere neue Wohnheim in Idstein errichten. Der

LWV beteiligt sich an den Investitionskosten mit 302.500 €. 108.000 € davon finanziert das LWV-Integrationsamt aus Mitteln der Ausgleichsabgabe; 194.500 € sind Investitionsmittel des LWV-ZGM für Menschen mit seelischer Behinderung. Den Bewilligungsbescheid des LWV-ZGM überreichte Erster Beigeordneter Uwe Brückmann im Juni an Wilfried Knapp vom Vorstand des DWHN und Wolfgang Wartenberg, den Leiter des Diakonischen Werkes Rheingau-Taunus (DWRT). Das Diakonische Werk Rheingau-Taunus ist Träger von zurzeit 54 Plätzen im Betreuten Wohnen für Menschen mit seelischer Behinderung, einer Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstelle sowie einer Tagesstätte mit 23 Plätzen. Alle Angebote sind miteinander vernetzt, um den unterschiedlichen Bedürfnissen der Klienten individuell zu begegnen. Das

Angebot wird jetzt mit den Wohnheimplätzen und dem tagesstrukturierenden Angebot zu einem psychosozialen Verbundsystem erweitert. Der Neubau des Wohnheimes wird in zentraler Lage in Idstein errichtet. Ziel ist, dass dort 12 Menschen mit seeli-

cher Behinderung einziehen, die bislang verteilt über den ganzen Untertaunusbereich betreut werden. Der Bau soll Ende kommenden Jahres fertiggestellt sein. Die Gesamtkosten des Bauprojektes belaufen sich auf rund 885.000 €. An der Finanzie-

rung sind neben dem LWV das Hessische Sozialministerium, der Rheingau-Taunus-Kreis, das Diakonische Werk und die Behindertenhilfe „Aktion Mensch“ beteiligt. Den überwiegenden Teil der laufenden Kosten wird der LWV tragen. (rvk)

Schule am Sommerhoffpark: Neubauten eingeweiht



Hell und einladend: das neue Schulgebäude.

Foto: Schule am Sommerhoffpark

Die Bauarbeiten für den dreigeschossigen Schulneubau und die Sporthalle an der Schule am Sommerhoffpark, der LWV-Schule für Hörgeschädigte in Frankfurt, sind abgeschlossen. Mit einer Feierstunde in Anwesenheit des Ersten Beigeordneten des LWV, Uwe Brückmann, wurden die Neubauten im Juli offiziell eingeweiht. „Mit den neuen Gebäuden gewährleisten wir nun auch räumlich, dass die Schule den Herausforderungen der Betreuung und Förderung hörgeschädigter Kinder und Jugendlicher in den kommenden Jahren gewachsen ist“, so Erster Beigeordneter Uwe Brückmann bei der Einweihungsfeier.

Fachräume und Sporthalle

Der dreigeschossige Schulneubau umfasst insgesamt eine Fläche von

3.800 m². In den beiden unteren Etagen werden Klassen- und Horträume für die Kinder der Vorklassen und Grundstufe sowie naturwissenschaftliche Räume, Werkstätten und ein Musikraum für alle Kinder und Jugendlichen der Schule eingerichtet. Im Obergeschoss sind die Frühförderstelle für Hörgeschädigte und die Beratungsstelle für Hörgeschädigte untergebracht. Neben diesem neuen Schulgebäude hat die Schule nun auch eine Sporthalle. Damit kann der Sportunterricht künftig ohne zeitraubende Fahrten auf dem Gelände stattfinden. Die gesamte Baumaßnahme kostet insgesamt rd. 6,8 Mio. €. Diese Kosten werden aus der Schulbaupauschale des Landes Hessen sowie aus dem Bundesprogramm für Ganztagsbetreuung, dem sog. IZBB-Programm, finanziert. (rvk)

Die Schule am Sommerhoffpark ist eine von vier LWV-Schulen für Hörgeschädigte. Sie ist 1974 gegründet worden. Rund 150 Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Hörschäden und Kommunikationsfähigkeiten werden hier unterrichtet und gefördert. Seit 1974 ist die Schule ein Beratungs- und Förderzentrum mit einer Frühförderstelle für hörgeschädigte Kinder bis zum Schulalter, ambulanter Förderung hörgeschädigter Schüler und Schülerinnen an allgemeinen Schulen und einer Beratungsstelle für hör- und sprachgeschädigte Kinder und Jugendliche. Rund 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LWV in verschiedenen Berufsgruppen und 40 Lehrkräfte sind mit unterschiedlichen Stellenanteilen an der Schule am Sommerhoffpark tätig. (rvk)

Wirkungsvolle kommunale Kooperation

Seit dem 1. August sind es 14 Gebietskörperschaften, für die das LWV-Zielgruppenmanagement Kriegsopferfürsorge (Hauptfürsorgestelle) die Aufgaben der örtlichen Fürsorgestelle übernommen hat. In den letzten drei Monaten konnten mit den Städten Offenbach und Marburg (1. Juni), der Stadt Rüsselsheim (1. Juli) und dem Kreis Offenbach (1. August) entsprechende Verwaltungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Bisher war die Betreuung von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen bei den dortigen Magistraten

bzw. beim Kreisausschuss angesiedelt. Künftig gibt es in diesen Gebietskörperschaften für alle Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Hilfen aus einer Hand, der LWV ist nun alleiniger Ansprechpartner. LWV-Landesdirektor Lutz Bauer sieht durch die Bündelung eine fachliche qualifizierte und zugleich effiziente Aufgabenerfüllung gewährleistet. Für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger wird es einfacher: Sie haben nur noch einen Ansprechpartner, Beratungsan-

gebote können auch weiterhin leicht und wohnortnah erreicht werden. Da viele Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, bieten die LWV-Mitarbeiter einen besonderen Service an: Auf Wunsch kommen sie auch zu Beratungsterminen ins Haus. (jda)

Kriegsopferfürsorge aus einer Hand

Stadt Frankfurt am Main – 1. Dezember 2001
Landkreis Groß-Gerau – 1. Dezember 2002
Wetteraukreis – 1. Juni 2003
Stadt Hanau – 1. Januar 2004
Landkreis Bergstraße – 1. Februar 2004
Odenwaldkreis – 1. Oktober 2004
Landkreis Limburg-Weilburg – 1. Dezember 2004
Landkreis Marburg-Biedenkopf –
1. Dezember 2004
Stadt Kassel – 1. Dezember 2004
Stadt Wiesbaden – 1. Dezember 2004
Stadt Offenbach – 1. Juni 2005
Stadt Marburg – 1. Juni 2005
Stadt Rüsselsheim – 1. Juli 2005
Kreis Offenbach – 1. August 2005

Institutsambulanz in Witzenhausen eröffnet



Trafen sich zur Eröffnung der neuen Institutsambulanz in Witzenhausen (v. l.): Heinrich Lampe, Geschäftsführer des Kreis- und Stadtkrankenhauses; Barbara Thorpe, Leiterin der neuen Ambulanz; Peter Lutze, Leiter des LWV-Fachbereichs Einrichtungen; Herbert Dreisbach, Betriebsleiter des ZSP Kurhessen, und Dr. Günter Paul, Ärztlicher Direktor der KPPKJ Kassel. Foto: Holger Winkler

Die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters (KPPKJ) Kassel eröffnete im Juni in Witzenhausen ihre 4. Institutsambulanz. Damit verbessert sie maßgeblich die ambulante Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher im Werra-Meißner-Kreis.

Ambulante Behandlungen verdoppelt

Die KPPKJ Kassel, ein Betriebszweig des ZSP Kurhessen, verfügt über 28 stationäre Plätze, eine Tagesklinik mit 18 Plätzen und eine Institutsambu-

lanz in Kassel. Weitere Institutsambulanzen gibt es als Außenstellen der Klinik seit 1994 in Eschwege und seit 2002 in Korbach. In den drei Institutsambulanzen werden jährlich rund 5.200 Behandlungen gezählt. Dabei hat sich die Zahl der ambulanten Behandlungen in den fünf Jahren zwischen 1999 und 2004 mehr als verdoppelt. Diese Zahlen unterstreichen die Notwendigkeit der ambulanten Behandlungsangebote. Die rechtzeitige Wahrnehmung ambulanter Hilfen ist gerade für junge Menschen wichtig, da so einer Verfestigung psychiatrischer Störungen und

Erkrankungen entgegengewirkt und sonst notwendig werdende stationäre Krankenhausbehandlungen vermieden werden können. Die Behandlungen sind weniger einschneidend und bieten zudem die Möglichkeit, das soziale Umfeld der Patienten und ihre Bezugspersonen in eine Behandlung vor Ort einzubeziehen.

Multiprofessionelle Teams

In den bestehenden sowie in der neuen Institutsambulanz werden alle bei Kindern und Jugendlichen auftretenden psychiatrischen Erkrankungen behandelt. Multiprofessionelle Behandlungsteams aus Ärzten, Psychologen, Heilpädagogen, Bewegungstherapeuten und Arzthelferinnen kümmern sich um die jungen Patienten. Die neue Institutsambulanz in Witzenhausen ist im Verwaltungsgebäude des Kreis- und Stadtkrankenhauses an der Gartenstraße untergebracht. In der Ambulanz sind derzeit eine Fachärztin, ein Psychologe, ein Motopäde, eine Heilpädagogin und zwei Sekretärinnen – in Teilzeit – tätig.

Der LWV ist Träger von fünf Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters in Marburg, Herboren, Eitville, Kassel und Riedstadt. Alle verfügen über Schulen für Kranke und bieten neben den stationären Betten teilstationäre Plätze sowie ambulante Behandlungsangebote an; an mittlerweile 20 Standorten hessenweit. (rvk)

Rudolph-Ehlers-Haus offiziell eingeweiht



Scheckübergabe (erste Reihe, v. l.): Jörg Köhnmann, Bereichsleiter im SPZ Kalmenhof; Uwe Brückmann, Erster Beigeordneter des LWV; Sören Nielsen, Geschäftsführer der Telco Services GmbH. In der zweiten Reihe: Kurt Leuninger, Ehrenamtlicher Beigeordneter im LWV-Verwaltungsausschuss und Vorsitzender der Betriebskommission des SPZ Kalmenhof. Foto: René Wirth

Im April bereits bezogen 20 geistig behinderte Erwachsene im Alter von 53 bis 80 Jahren ihr neues Zuhause: den Ersatzneubau für das „Alte Haus“ im Park des Sozialpädagogischen Zentrums (SPZ) Kalmenhof in Idstein. Im Juli wurde das neue Wohnheim dann eingeweiht und erhielt offiziell den Namen „Rudolph-Ehlers-Haus“. „Mit diesem neuen Wohnheim können wir nun auch den Anforderungen der adäquaten Betreuung älterer Bewohnerinnen und Bewohner mit erhöhtem Pflegebedarf gerecht werden. Die Betreuung älterer Menschen mit Behinderung ist ein Thema der Zukunft in der Behindertenhilfe insgesamt“, betonte Uwe Brückmann, Erster Beigeordneter des LWV, bei der Einweihungsfeier.

Neues Gebäude

Das sog. „Alte Haus“ ist das Gründerhaus des Kalmenhofes. Es genügt nicht mehr den gesetzlichen Auflagen. Aufgrund des fortschreitenden Lebensalters stieg im Laufe der vergangenen Jahre der Pflegeaufwand für einen Teil der Bewohnerinnen und Bewohner erheblich an. Deshalb wurde der behindertengerechte Ersatzbau geplant. Durch ihn wird die Betreuung und Pflege maßgeblich verbessert. In dem neuen Wohnheim steht jedem Bewohner ein Einzelzimmer mit Nasszelle zur Verfügung. Acht der 20 Zimmer sind für Rollstuhlfahrer konzipiert. Darüber hinaus hat das Haus mit zwei Pflegebädern, einem behindertengerechten Fahrstuhl und einem Schwestern-Ruf-

System eine Ausstattung, die die Pflege erheblich erleichtert. Das neue Gebäude im Park des Kalmenhofes liegt in unmittelbarer Nähe zur Idsteiner Innenstadt. Dadurch wird den mobilen Bewohnern eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtert.

Neuer Name

Mit der offiziellen Einweihungsfeier erhielt der Ersatzneubau auch einen eigenen Namen: Rudolph-Ehlers-Haus. Dies beschloss der LWV-Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 6. Juli 2005 in Kassel. Rudolph Ehlers (1834 – 1908) war ab 1864 Pfarrer in der Evangelisch reformierten Gemeinde in Frankfurt. Er gilt als einer der Hauptinitiatoren der Gründung des heutigen Sozialpädagogischen Zentrums Kalmenhof in Idstein, das seit 1953 in Trägerschaft des LWV ist.

Spende

Im Rahmen der Einweihungsfeier überreichte Sören Nilsen, einer von vier Geschäftsführern der Firma Telco Services GmbH, einem Mobilfunk Service-Provider, einen Scheck in Höhe von 2.000 €. Das Geld, das für die Ausstattung im Rudolph-Ehlers-Haus bestimmt ist, sammelte die Firma bei einem Tag der offenen Tür. (rvk)

Aktiv Plus-Aufenthalt

heißt ein Erholungsprogramm für Menschen mit Behinderung, das auch die beiden Edertalkliniken in Bad Wildungen anbieten. Der barrierefreie Urlaub in behindertengerechten ausgestatteten Häusern kann auf Wunsch individuell mit unterschiedlichen Freizeit-Aktivitäten gestaltet werden. Bei Bedarf steht den Gästen während ihres gesamten Aufenthalts ein fester Ansprechpartner zur Verfügung. (rvk)



Informationen zum Aktiv-Plus Aufenthalt für Menschen mit Behinderung unter:

www.aktivplus.mediclin.de

Innenminister Bouffier überreicht Bewilligungsbescheid für KPP Gießen



13. Mai, 9 Uhr in Gießen (v. l.): Regierungspräsident Wilfried Schmied, ZSP-Betriebsleiter Siegfried Hüttenberger, LWV-Landesdirektor Lutz Bauer, Ärztlicher Direktor Prof. Dr. Helmut Woelk, stellv. Krankenpflegedirektor Achim Pex und Innenminister Volker Bouffier. Foto: Oliver Schepp

Die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie (KPP) Gießen des Zentrums für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn wird das Haus 6 A umbauen. Die Gesamtkosten des Umbaus belaufen sich auf rd. 922.000 €, wovon das Land Hessen 855.000 € aus Krankenhausmitteln finanziert. Diese Mittel erhält der LWV als Träger der Einrichtung. Der Hessische Innenminister Volker Bouffier überreichte den Bewilligungsbescheid des Landes Hessen im Mai an LWV-Landesdirektor Lutz Bauer. „Wir danken dem Land für die finanzielle Förderung, ermöglicht sie doch die räumliche Anpassung an die zeitgemäße Behandlung der Patienten mit psychischen Erkrankungen“, sagte Landesdirektor Lutz Bauer. Weiterhin wünschte er den Mitarbeitern und Patienten der betroffenen Stationen viel Geduld, da der Umbau für sie eine besondere Anforderung darstelle.

Innenminister Volker Bouffier erklärte, dass es das Ziel der Maßnahmen sei, die Qualität der Therapie und Betreuung zu erhöhen, indem die Stationen deutlich besser aufgeteilt und genutzt werden. Die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Gießen sei für

Mittelhessen eine wichtige Einrichtung, so Bouffier weiter.

Behindertengerechte Modernisierung

Auf den zwei Stationen im Haus 6 A gibt es noch Drei- und Vierbettzimmer. Mit dem Umbau werden nun behindertengerechte Zweibettzimmer mit Bad entstehen und eine Reihe von Anforderungen des Brandschutzes umgesetzt. Dabei werden die Stationsgrößen auf jeweils 20 Betten begrenzt.

Diese Baumaßnahme ist die dritte zur Verbesserung der Unterbringung am Standort Gießen im ZSP Mittlere Lahn, zu dem 13 Stationen mit 221 Betten, eine Tagesklinik mit 20 Plätzen, eine Institutsambulanz sowie eine Übergangseinrichtung für suchtkranke Menschen mit 10 Plätzen gehören.

Nachdem bereits das Krankengebäude 9 (Soteria-Haus) mit Fördermitteln des Landes in Höhe von rund 1,74 Mio. € umgebaut wurde, steht nun noch der Umbau des Hauses 11 mit einer Fördersumme von rund 560.000 € bevor. (rvk)

LWV fördert Projekt der fwg

Die „frankfurter werkgemeinschaft e. V.“ (fwg) plant, ihren Berufsbildungsbereich und den Arbeits-Teilbereich „EDV-Text-Service“ (ETS) als Werkstatt für Menschen mit seelischer Behinderung mit 78 Plätzen zusammenzulegen und in neuen Räumen im Musikantenweg anzusiedeln. Dorthin soll auch die Verwaltung und Geschäftsstelle umziehen. Dieses Projekt der fwg fördert das Integrationsamt des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (LWV) mit rd. 725.000 € aus Mitteln der Ausgleichsabgabe. Die entsprechenden Bewilligungsbescheide überreichte im Mai LWV-Landesdirektor Lutz Bauer an Dr. Torsten Neubacher, Vorstandsmitglied und Geschäftsführer der fwg.

Die „frankfurter werkgemeinschaft“ bietet derzeit 198 anerkannte Werkstattplätze für Menschen mit seelischer Behinderung an verschiedenen Standorten in Frankfurt. Die Plätze sind unterteilt in die Berufsbildung (24) mit den Bereichen EDV, Holzbearbeitung, Elektronik sowie Raumausstattung und Werkstatt (174), u. a. mit den Tätigkeiten EDV, Versand, Druckvorbereitung, Druckerei, Küche und Bürobereich. Für die Zusammenlegung des Berufsbildungsbereiches und des Arbeits-Teilbereiches ETS, die eine Reihe von Zeit- und Verfahrensvereinfachungen mit sich bringen wird, wird im Musikantenweg das ehemalige Gemeindezentrum sowie das zugehörige Pfarrhaus der Luthergemeinde umgebaut. Das Gebäude hat die fwg im Rahmen eines Erbpachtvertrages vom Evangelischen Regionalverband erworben. Die Gesamtkosten der notwendigen Baumaßnahmen belaufen sich auf rd. 1,32 Mio. €. An der Finanzierung sind das LWV-Integrationsamt, das Hessische Sozialministerium, die Bundesagentur für Arbeit mit einem kapitalisierten Zinszuschuss, die Aktion Mensch und die fwg mit Eigenmitteln beteiligt. (rvk)

Das Bild der Krankheit



Weg in die Öffentlichkeit gesucht: Ausstellungseröffnung im Kasseler Kulturbahnhof.

Foto: Günter Hartmann

Dr. Rainer Frenzel, Kinderarzt, Psychotherapeut und Künstler aus Pulsnitz bei Dresden, thematisiert in seinen Bildern und Skulpturen das Erleben psychisch kranker und verhaltensgestörter Kinder. Mit künstlerischen

Mitteln versucht er darauf hinzuweisen, dass diese jungen Menschen nicht ausreichend wahrgenommen und durch Unkenntnis in eine Tabuzone abgedrängt werden. Auch Angehörige, so der Künstler,

blieben häufig mit ihren Schuldgefühlen allein. Daher tritt Frenzel mit den Botschaften seiner Kunstwerke gezielt in die Öffentlichkeit. In Kassel konnte er dies vom 20. Mai bis 4. Juni mit Unterstützung der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters tun, die eine Reihe von Frenzels Exponaten im Kasseler Kulturbahnhof präsentierte und begleitend dazu auch zu Fachvorträgen einlud. Gemeinsam mit der Kasseler Jugend- und Gesundheitsdezernentin Anne Janz eröffnete Dr. Günter Paul, Ärztlicher Direktor der KPPKJ, die Ausstellung, die mit dem Titel „Das KrankheitsBild – Das Bild der Krankheit – ein Bilderbogen durch die Kinder- und Jugendpsychiatrie“ auf die Wechselwirkung zwischen Individuum und Gesellschaft hinwies. Frenzel lasse, so Paul bei der Eröffnung, mit seinen Objekten erkennen, wie sich die betroffenen Kinder über den Körper mit ihrer Krankheit und ihrer Umwelt auseinandersetzen. Durch Transformation in Skulpturen und Bilder würden seelisches Spüren und Empfinden sicht- und greifbar. Für den Künstler ist die psychische Krankheit eine Nachricht an die Umgebung, daher zugleich ein Seismograph für familiäre und gesellschaftliche Krisen. (jda)

Ausflug der LWV-Ruheständler nach Fulda

Ein Wiedersehen mit dem früheren LWV-Kollegen und jetzigen Bürgermeister der Stadt Fulda, Dr. Wolfgang Dippel (5. v. r.), gab es bei einem Empfang im Stadtschloss Fulda anlässlich des diesjährigen „Pensionärsausflugs“. Die ehemaligen LWV-ler wurden begleitet von Petra Feldner-Nuhn, Personalratsvorsitzende der Hauptverwaltung (r.); Wolfgang Decker, Leiter des Servicebereichs Personal und Organisation (3. v. r.), und Martina Maurer, Frauenbeauftragte des LWV (7.v.r.).

Foto: Harald Merz



Laienhelfer: „Profis in Sachen Menschlichkeit“ – Ehrung im Philipppshospital

„Sie reden oft nicht viel über ihr Engagement. Sie tun einfach das, was ihnen am Herzen liegt, was ihren Wertvorstellungen entspricht, was sie gut können und was ihnen Freude macht. Ohne sie wäre unsere Gemeinschaft ärmer und weniger menschlich“, beschrieb LWV-Landesdirektor Lutz Bauer „den“ Laienhelfer. Etwa 50 Laienhelferinnen und Laienhelfer sind im ZSP Philipppshospital in Riedstadt tätig. Die aktivsten unter ihnen und diejenigen, die über eine sehr lange Zeit tätig sind, wurden im Mai bei einer Feierstunde im Philipppshospital durch LWV-Landesdirektor Lutz Bauer und den Betriebsleiter des ZSP, Kurt Ernst, geehrt.

Professionelle Hilfe einerseits und ehrenamtliche Hilfe durch Laien andererseits würden in der Psychiatrie eine gesundheitsfördernde Einheit bilden. Beide trügen so entscheidend und segensreich zum Erfolg einer



Für Einsatz aus ganzem Herzen gedankt: LWV-Landesdirektor Lutz Bauer inmitten der geehrten Laienhelfer.

Foto: Michael Spallek

Sie wurden im Mai geehrt:

- Irmgard Losert, Riedstadt (Leeheim)
- Christa Wiesenäcker, Riedstadt (Leeheim)
- Annemarie Hummel, Rüsselsheim
- Familie Elke und Franz Saltzer, Gernsheim a. R.
- Familie Lucia und Thomas Bornhofen, Gernsheim a. R.
- Maria Bayer, Gernsheim
- Gernot Meyer, Groß-Gerau
- Karin Egelhof, Biebesheim
- Cäcilie Jakobi, Riedstadt-Leeheim
- Andrea Neumann, Groß-Gerau
- Johanna Wirthwein, Riedstadt-Wolfskehlen
- Rosemarie Klein, Riedstadt

Behandlung bei, sagte Bauer weiter in seiner Ansprache. Der Begriff „Laienhelfer“ sei zwar insoweit richtig, als diese ja nicht professionell therapeutisch oder medizinisch mit den Patienten und Bewohnern arbeiteten, „im Umgang mit den Menschen sind sie aber längst keine Laien mehr, sie sind durchaus ‚Profis in Sachen Menschlichkeit‘“, lobte der LWV-Chef.

Bauer und Ernst unterstrichen, dass der LWV die Arbeit der Laienhelfer sehr schätze und sich bei den Frauen und Männern, die aus Riedstadt und den Nachbarorten stammen, für ihren Einsatz sehr zum Dank verpflichtet fühle. Um die Wertschätzung ehrenamtlicher Tätigkeit auch öffentlich zum Ausdruck zu bringen, habe der LWV vor einigen Jahren den Walter-Picard-Preis ins Leben gerufen, bei dem es auch um den bürgerschaftlichen Einsatz in der gemeinde-nahen psychiatrischen Versorgung gehe. Im vergangenen Jahr sei die

Laienhilfegruppe „Miteinander“ im Waldkrankenhaus Köppern mit dem Walter-Picard-Preis ausgezeichnet worden, neben der Arbeit der Riedstädter Bürger ein weiteres herausragendes Beispiel für vorbildliches ehrenamtliches Wirken.

Mit regelmäßigen Besuchen und gemeinsamen Spaziergängen, beim Kaffee trinken, Basteln, Musizieren oder dem gemeinsamen Besuch eines Gottesdienstes, erwüchse für die betreuten Menschen eine „Normalität des Alltags“, die ihnen die Chance zu partnerschaftlichen Beziehungen eröffne, skizzierte der LWV-Chef die Arbeit der Laienhelfer. Nicht alle der in Riedstadt heute geehrten Frauen und Männer hätten an der Veranstaltung teilnehmen können, fügte Bauer abschließend hinzu. So stünden die heute Geehrten für eine weit größere Zahl aktiver Bürger. Ihnen Allen solle für ihren Einsatz aus ganzem Herzen gedankt werden. (jda/rvk)

WECHSEL AN DER VERBANDSVERSAMMLUNG WÄHLT EVELIN SCHÖNHUT-KEIL



Deutliche Mehrheit: Mit 40 Stimmen wird der bisherige Erste Beigeordnete Uwe Brückmann (Bildmitte) zum Landesdirektor gewählt. Neben ihm sein Gegenkandidat, Beigeordneter Stephan Aurand, der in beiden Wahlgängen 34 Stimmen auf sich vereinigte. Fotos: Thomas Rosenthal

ZUR PERSON: UWE BRÜCKMANN

2003 wählten die Abgeordneten der Verbandsversammlung Uwe Brückmann zum hauptamtlichen Ersten Beigeordneten des LWV und damit nach Lutz Bauer zum zweiten Mann an der Spitze des Kommunalverbandes. Nicht erst seit dieser Wahl gilt der künftige LWV-Chef als intimer Kenner des Verbandes: Nach Ausbildungsabschlüssen als Industriekaufmann und Diplom-Verwaltungswirt war der 45-Jährige lange Zeit LWV-Mitarbeiter, zuletzt Persönlicher Referent des Ersten Beigeordneten, bevor er in den Hessischen Landtag einrückte und in Wiesbaden bis zur Übernahme des Wahlamtes beim LWV als stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion tätig war. Von 2001 bis 2003 war Brückmann Abgeordneter der LWV-Verbandsversammlung, auch dort stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion. Als Erster Beigeordneter und Kämmerer des Verbandes trägt Brückmann seit zwei Jahren Verantwortung für die LWV-Financen wie auch für die Zielgruppenmanagements des überörtlichen Sozialhilfeträgers, die Sozialpädagogischen Zentren und für das Baumanagement. Der Christdemokrat ist bereits seit 1981 politisch aktiv und engagiert sich in zahlreichen politischen Ehrenämtern, darunter lange Jahre als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung seiner Heimatstadt Hessisch Lichtenau und als Mitglied des Kreistages für den Werra-Meißner-Kreis. Die Kreistagsfraktion führt er seit 1989. 1994 wählten ihn die Mitglieder zum Kreisvorsitzenden der Union im Werra-Meißner-Kreis, seit 1997 ist er stellvertretender CDU-Bezirksvorsitzender. Beruflich hat sich der Verwaltungsfachmann und verheiratete Vater zweier Söhne durch Abschluss eines verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudienganges an der Universität Kassel qualifiziert und erwarb 2003 den Titel eines „Master of Public Administration (MPA)“.

An der Spitze des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen stehen ab dem 1. September Uwe Brückmann (CDU) als Landesdirektor und Evelin Schönhut-Keil (Bündnis 90/Die Grünen) als Erste Beigeordnete.

Uwe Brückmann übernimmt die Funktion des bisherigen Landesdirektors Lutz Bauer (SPD), der zum 31. August mit Erreichen des 65. Lebensjahres in den Ruhestand wechselte. In der Plenartagung der Verbandsversammlung am 6. Juli setzte sich der bisherige Erste Beigeordnete mit 40 Stimmen gegen seinen sozialdemokratischen Gegenkandidaten Stephan Aurand durch, auf den 34 Stimmen entfielen. Durch die Wahl Brückmanns wurde die Position des Ersten/der Ersten Beigeordneten vakant. Bei der Wahl des zweiten hauptamtlichen Mitglieds des Verwaltungsausschusses votierte ebenfalls eine Mehrheit von 40 Abgeordneten für die bisherige

ge Vizepräsidentin des Hessischen Landtages, Evelin Schönhut-Keil. Auch hier hatte der erneut von der SPD ins Rennen geschickte Gegenkandidat Stephan Aurand mit 34 Stimmen das Nachsehen.

Neue Kooperation setzt sich durch

Bei den Wahlen konnten sich Brückmann und Schönhut-Keil auf die Stimmen der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP stützen, die wenige Tage zuvor eine Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit im Hessischen Sozialparlament geschlossen hatten. Das neue Bündnis löst eine langjährige Kooperation zwischen den beiden stärksten Fraktionen von SPD und CDU ab. Zur Wahl des Landesdirektors trug Fritz Kramer, Vorsitzender der CDU-Fraktion, das Votum des Wahlvorbereitungsausschusses vor: Mehrheitlich empfehle der Ausschuss die Wahl Uwe Brückmanns zum Landesdirektor. Der jetzige Erste Beigeordnete habe in seiner bisherigen

SPITZE DES LWV HESSEN: UWE BRÜCKMANN ZUM LANDESDIREKTOR, UT-KEIL WIRD NEUE ERSTE BEIGEORDNETE



Erste grüne Wahlbeamtin beim LWV: Evelin Schönhut-Keil legt ihren Amtseid vor Präsident Kurt-Wilhelm Sauerwein ab.

Amtszeit sehr schnell die Reputation eines sozialpolitischen Experten erworben und sich dabei als zielstrebig in der Verfolgung der Interessen des LWV erwiesen, fügte Kramer hinzu. Er traue Brückmann zu, alle Kräfte erfolgreich einzusetzen, um das schwere Amt zu meistern.

Die SPD als stärkste Fraktion im Hessischen Sozialparlament wolle Flagge zeigen und habe daher mit Stephan Aurand einen eigenen Kandidaten nominiert, sagte der Fraktionsvorsitzende der SPD, Wolfgang Hessenauer. Mit Aurand präsentiere man eine „echte Alternative“, da der Diezhölztaaler Bürgermeister mehrere Vorzüge auf sich vereine: Er verfüge als diplomierter Sozialarbeiter über berufliche Erfahrungen in der Behindertenarbeit und besäße als Beigeordneter des LWV auch die notwendigen politischen und Verwaltungserfahrungen. Zur Wahl der/des Ersten Beigeordneten trug Holger Heupel, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, den Wahlvorschlag des Wahlvorbereitungsausschusses für diese Position vor: Mit ihm sei eine Mehrheit im Ausschuss der Meinung gewesen, mit Evelin Schönhut-Keil sei eine kompetente und engagierte Kandidatin

gefunden worden, die über vielfältige Erfahrungen sowohl im politischen als auch im sozialen Bereich verfüge. Schönhut-Keil fühle sich dem Ziel verpflichtet, die Lebensverhältnisse für sozial schwache und kranke Menschen wie auch für Menschen mit Behinderungen für ganz Hessen zu verbessern. Für die Funktion des Ersten Beigeordneten würden die Vorzüge des erneut nominierten Kandidaten

Stephan Aurand gelten, versicherte SPD-Fraktionschef Wolfgang Hessenauer.

Dankesworte

Im Anschluss an die zwei Wahlgänge erhielten die beiden Politiker ihre Ernennungsurkunden und wurden vom Präsidenten der Verbandsversammlung, Kurt-Wilhelm Sauerwein, vereidigt.

Nach ihrer Vereidigung wandten sich Brückmann und Schönhut-Keil mit kurzen Dankesworten an das Plenum. Für „ein tolles Ergebnis“ dankte Brückmann den Abgeordneten. Seine Arbeit, die er nun als Landesdirektor fortsetzen könne, sei bisher interessant und erfolgreich gewesen. „Die Menschen mit Behinderungen müssen im Mittelpunkt unseres Handelns stehen, dafür will ich auch künftig eintreten“, sagte Brückmann. An Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewandt, schloss der künftige LWV-Chef: „Ich zähle auf Sie.“ Ein offenes und transparentes Amtsverständnis signalisierte Schönhut-Keil nach ihrer Vereidigung. Sie hoffe auf ein faires und konstruktives Miteinander angesichts einer großen Aufgabe, die vor den Beteiligten in einer nicht gerade einfachen Zeit läge. (jda)

ZUR PERSON: EVELIN SCHÖNHUT-KEIL

Langjährige Parlamentarierin und erfahrene Sozialpolitikerin: Seit ihrem Einzug in den Hessischen Landtag 1991 ist Evelin Schönhut-Keil sozialpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Zweimal war die im nordhessischen Homberg/Efze geborene frühere Verwaltungsbeamtin und kaufmännische Angestellte stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Auch das Amt der Landtagsvizepräsidentin, welches sie 2003 erneut übernahm, hatte sie bereits einmal zuvor, von 1991 bis 1995, inne. 1997/1998 wirkte die Abgeordnete als stellvertretende Vorsitzende der Landtags-Enquete-Kommission „Familienfreundliches Hessen“. Seit 1980 Mitglied bei den Grünen,

übernahm die Sozialpolitikerin aus dem Main-Taunus-Kreis in ihrer Partei zahlreiche Funktionen, wurde Mitglied im Bundeshauptausschuss, im Landesvorstand und Schatzmeisterin des Landesverbandes. Seit Mai 2001 ist sie Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in Hessen. Beruflich hat die 45-jährige Erfahrungen sowohl in der Sozialverwaltung, dort in der Drogen- und Behindertenhilfe, wie auch als stellvertretende Verwaltungsleiterin einer Ausbildungswerkstatt und Verwaltungschefin eines Forschungsinstitutes für AIDS- und Krebsforschung sammeln können. Evelin Schönhut-Keil ist seit 1981 verheiratet.

Für Erhalt des LWV als überörtlicher Sozial Verbandsversammlung bes



Wichtige Beschlüsse: Momentaufnahme der Juli-Sitzung des Hessischen Sozialparlaments.

Foto: Thomas Rosenthal

Aus optimierten Eigenbetrieben werden gemeinnützige GmbHs:

- ZSP Rheinblick, Eltville
- ZSP Mittlere Lahn, Gießen
- ZSP Kurhessen, Bad Emstal
- ZSP Haina (Kloster)
- ZSP Am Mönchberg, Hadamar
- ZSP Philipphospital, Riedstadt
- ZSP Bergstraße, Heppenheim
- SPZ Kalmenhof, Idstein

Sie wurden bereits 1998 in gGmbHs umgewandelt:

- ZSP Rehbergpark Herborn gGmbH
- ZSP Hochtaunus gGmbH, Friedrichsdorf
- Klinikum Weilmünster gGmbH
- Orthopädische Klinik Kassel gGmbH

Überwiegend unter dem Dach der ZSP betreibt der LWV mehr als 30 fachlich selbstständige Kliniken, Wohn- und Pflegeheime sowie Heilpädagogische Einrichtungen. Er ist damit größter Krankenhausträger im Bundesland Hessen und deckt rund 60 % der psychiatrischen Regelversorgung ab. (jda)

Einen „schärferen Ton“ konstatierten Medienbeobachter bei der Juli-Plenartagung der LWV-Verbandsversammlung, des Hessischen Sozialparlaments. In der Tat waren unterschiedliche Überzeugungen bei vielen Themen der Tagesordnung festzustellen, gab es kontroverse Debatten, insbesondere zu den „Zukunftsthemen“ beim sozialen Dienstleister LWV. Dass dennoch auf Gemeinsamkeiten aufgebaut werden kann aber zeigen Beschlüsse zu den Rechtsformänderungen der Einrichtungen, zum Erhalt des Verbandes als Träger der überörtlichen Sozialhilfe und zur Finanzierung dieser Aufgaben: Für drei Beschlussvorlagen gab es im Plenum am Ende einer langen Sitzung Einstimmigkeit.

Weiterhin öffentlich-rechtlich, künftig aber als GmbHs

Einstimmig sprachen sich die Abgeordneten dafür aus, die gegenwärtig noch als „optimierte Eigenbetriebe“

geführten Zentren für Soziale Psychiatrie (ZSP) und das Sozialpädagogische Zentrum Kalmenhof in Idstein zum 1. Januar 2006 in gemeinnützige GmbHs umzuwandeln, wie dies bereits 1998 bei vier Kliniken geschehen ist. Sie bleiben trotz der Umwandlung in eine Rechtsform des privaten Rechts auch künftig in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft. Für den Ersten Beigeordneten und künftigen LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann der richtige Weg, da die Entscheidung Empfehlungen der Gutachter aufgreife. Die Experten hätten dazu geraten, zum Zukunftskonzept des LWV für seine Einrichtungen möglichst kurzfristig zu entscheiden, um so die Einrichtungen als leistungsfähige, wirtschaftliche und wettbewerbsfähige Unternehmen zu erhalten. An den Verwaltungsausschuss des LWV erging der Auftrag, über den Kommunalen Arbeitgeberverband mit der zuständigen Gewerkschaft ver.di Verhandlungen für einen Überleitungsarbeitsvertrag aufzunehmen. Zur Vorbereitung weiterer Entscheidungen zur Reform der LWV-Unternehmensgruppe soll ein Umsetzungsbeirat eingerichtet werden. Auch soll der Verwaltungsausschuss darauf hinwirken, dass die Einrichtungen ihr Leistungsspektrum und ihre Kostenstrukturen optimieren. Erwartet werden innovative Konzepte und zukunftsorientierte Marketingstrategien, die deren Wettbewerbsfähigkeit in der Region langfristig sichern. Eine dahingehende Beschlussfassung hatte der Verwaltungsausschuss dem Hessischen Sozialparlament zuvor empfohlen und damit Empfehlungen zweier vom LWV eingeholter Gutachten „zur Neuordnung der betrieblichen Organisation und strategischen Steuerung der Einrichtungen des LWV“ aufgegriffen. Die Abgeordneten beschloss, auf Aus- und Umgründungen von Teilen einzelner Einrichtungen so lange zu verzichten, bis Entscheidungen zur künftigen strategischen Entwicklung der LWV-Unternehmensgruppe getroffen werden können. Neben den Einrichtungen soll auch das LWV-Fortbildungszentrum in Gießen ab dem 1. Januar 2006 als GmbH geführt werden.

hilfeträger – für leistungsfähige Unternehmen schluss zu Zukunftsfragen

Reformkonzept

„Eine so komplexe Aufgabe wie die Eingliederungshilfe für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen muss auch künftig ebenso ziel- und bedarfsgerecht wie wirksam und kostengünstig wahrgenommen werden. Ein Reformmodell sollte daher über technokratische Zuständigkeitsregelungen hinausgehen und auf Kooperation und Vernetzung setzen.“ Die Diskussion in der von der Hessischen Sozialministerin eingesetzten Arbeitsgruppe hat Landesdirektor Lutz Bauer im Juli bewogen, ein Reformmodell zur künftigen Aufgabenverteilung zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten als örtlichen und dem LWV als überörtlichem Träger der Behindertenhilfe in Hessen zu entwickeln. Kernstück des Konzeptes: Über sogenannte Regionalbudgets sollen Kooperation und Vernetzung von örtlicher und überörtlicher Ebene verbessert werden. „Damit sichern wir auf der einen Seite eine qualifizierte und effiziente Einzelfallhilfe durch den sozialen Dienstleister LWV. Auf der anderen Seite gestalten die örtlichen Träger auf der Grundlage ‚synergiefähiger‘ Regio-

nalbudgets durch Zielvereinbarungen beider Sozialhilfeträger mit und profitieren so direkt von Kosteneinsparungen.“ Dieses Modell habe den Vorteil, dass die anerkannten personellen und fachlichen Strukturen des LWV weiter genutzt werden könnten und nicht 26-mal vor Ort neu aufgebaut werden müssten. Das Konzept des scheidenden LWV-Chefs sieht Regionalbudgets für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt vor, die mit Zielvereinbarungen zur Kostenunterschreitung verbunden werden. Durch Synergieeffekte erzielte Einsparungen sollen zu 50 % der örtlichen Ebene zufließen, die anderen 50 % dienen letztlich auch zur Absenkung der Verbandsumlage. Durch das Reform-Modell entstehe für Kreise und Städte ebenso wie für den Kommunalverband LWV eine Gewinn-Situation – „Vor allem aber gewinnen die Menschen, die Hilfe benötigen“. Das Hessische Sozialministerium signalisierte Interesse an dem Papier. Es soll laut Staatssekretär Gerd Krämer demnächst ausführlich in der Arbeitsgruppe zum künftigen Aufgabenzuschnitt des LWV beraten werden. (jda)

Weiterhin überörtlicher Sozialhilfeträger

Einstimmigkeit unter allen Fraktionen der Versammlung herrschte auch bei der Abstimmung zu einem knapp gehaltenen Antrag, der auf die Beratungen in der von der Hessischen Sozialministerin Silke Lautenschläger eingesetzten Arbeitsgruppe zur LWV-Reform Bezug nimmt: Die Abgeordneten wollen, dass der LWV weiterhin für das Bundesland Hessen als überörtlicher Sozialhilfeträger fungiert und setzen damit einen Kontrapunkt zu solchen Forderungen, die auch eine Auflösung des Kommunalverbandes nicht ausschließen wollen. Bereits mehrfach hatten sich die Parlamentarier in den vergangenen Jah-

ren gegen die ungerechte Finanzierung der Behindertenhilfe gewandt, die einen übergroßen Anteil den Kommunen überlässt. Forderungen, zu einer solidarischen Form der Finanzierung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu gelangen, reichen dabei von einer Änderung des Finanzausgleichs bis hin zu einem Bundesleistungsgesetz und beziehen sich vor allem auf die „Enthaltsamkeit“ des Bundes. Einen neuen Anlauf hat die Versammlung im Juli durch Verabschiedung einer von allen Fraktionen unterstützten Resolution zur Einführung eines Teilhabegeldes für Menschen mit Behinderungen unternommen. Das Hessische Sozialparlament schloss sich damit einem Vorschlag



Ab 2006 gemeinnützige GmbH: Hauptgebäude des ZSP Haina (Kloster).

Foto: Jörg Daniel

des „Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge“ an, der bereits von weiteren Sozialhilfeträgern, Verbänden der Behindertenhilfe und Selbsthilfegruppen unterstützt wird. „Das Konzept eines bundesfinanzierten Teilhabegeldes würde die Finanzierbarkeit der Behindertenhilfe absichern helfen, denn bis zum Jahr 2010 nimmt die Zahl behinderter Menschen aus demografischen Gründen weiter deutlich zu“, stellten LWV-Landesdirektor Lutz Bauer und Erster Beigeordneter Uwe Brückmann übereinstimmend fest und wiesen auf eigene, erfolgreiche Bemühungen des LWV zur Kostendämpfung, wie dem Ausbau des Betreuten Wohnens, hin. Der LWV arbeite an weiteren innovativen Instrumenten wie Zielvereinbarungen

mit den Leistungserbringern und regionalen Budgets, um Einsparpotentiale erkennen und nutzen zu können. (jda/rvk)

LWV fordert Teilhabegeld – Kernpunkte der Resolution

„Der Landeswohlfahrtsverband ist einer der größten Leistungsträger der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Gemeinsam mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege und den Interessenverbänden der behinderten Menschen ist er um eine ständige fachliche Weiterentwicklung der Leistungsangebote bemüht. Als Leistungsträger stellt er aber auch fest, dass er insbesondere durch die ständige Zunahme der Leistungsfälle die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit erreicht. Die durchschnittlichen jährlichen Steigerungsraten der Aufwendungen für Menschen mit Behinderungen beliefen sich bundesweit in den letzten Jahren auf ca. 5 % und mehr. Gefährdet ist nicht nur die notwendige inhaltliche Fortentwicklung der Hilfen für Menschen mit Behinderungen, sondern auch das bisher erreichte Niveau der Leistungen.“

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge hat bereits Anfang 2003 in seiner Stellungnahme „Entwicklung der Sozialhilfeausgaben für Menschen mit Behinderungen - Der Bundesgesetzgeber muss tätig werden!“ deshalb die Einführung neuer Finanzierungsgrundlagen gefordert. Inzwischen hat er eine Empfehlung zur Einführung eines bundesfinanzierten Teilhabegeldes für Menschen mit Behinderungen und zu dessen Finanzierung abgegeben. Sie zeigt auf, wie die bestehenden Finanzierungssysteme ergänzt werden können und so eine weitere Realisierung der behinderungspolitischen Zielsetzung ermöglicht wird. Der Landeswohlfahrtsverband Hessen fordert deshalb ebenso wie die Landschaftsverbände NRW und die (weiteren) Höheren Kommunalverbände, die Bundes- und Landesparlamente auf, sich umgehend mit der Empfehlung auseinander zu setzen und sie in ihren Kernpunkten umzusetzen.“

„Eine viel höhere gesellschaftliche 30 Jahre Psychiatrie“

1971 nahm die durch die damalige Gesundheitsministerin Käthe Strobel einberufene Psychiatrie-Enquete-Kommission ihre Arbeit auf, ihren Hauptbericht legte sie vor genau 30 Jahren, im September 1975, vor. Die Kommission widmete sich der anspruchsvollen Aufgabe, eine Bestandsaufnahme der psychiatrischen Versorgung in Deutschland vorzunehmen und Reformvorschläge zu unterbreiten. Zu den Initiatoren der Enquete gehörte Walter Picard, Mitglied des Bundestags und der LWV-Verbandsversammlung und Mitbegründer der bundesweiten überparteilichen „Aktion psychisch Kranke“. 1975 wurden die zentralen Forderungen formuliert: *Gemeindenahe Versorgung, bedarfsgerechte und umfassende Versorgung aller psychisch Kranken und Behinderten, Koordination aller Versorgungsangebote, Gleichstellung von psychisch und somatisch Kranken. Mit den Ergebnissen der Enquete und den Reformbeschlüssen der Verbandsversammlung setzte in den psychiatrischen Einrichtungen des LWV ein Umdenken und Umlenken ein. Über Ziele, Ergebnisse und Perspektiven der Psychiatrie-Enquete sprach LWV-Info mit Joachim Hübner, stellvertretender Leiter des Fachbereichs Einrichtungen beim LWV, zugleich neu gewählter Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Krankenhäuser, Prof. Dr. Heinrich Kunze, Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im*

ZSP Kurhessen, Bad Emstal, und stellvertretender Vorsitzender der „Aktion psychisch Kranke e. V.“, Bonn, sowie mit Dr. Rolf Speier, Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im ZSP Haina (Kloster). Speier ist auch Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der ärztlichen Leitungen psychiatrischer Fachkliniken und -abteilungen in Hessen.

LWV-Info: *Wie war die Situation in den „psychiatrischen Anstalten“, als die Psychiatrie-Enquete-Kommission mit ihrer Arbeit begann?*

Kunze: Das habe ich als Assistenzarzt noch mit erlebt. Damals waren die psychiatrischen Anstalten Inseln der Inhumanität, die Verhältnisse waren skandalös. So waren die Patienten beispielsweise in großen geschlossenen Stationen untergebracht, in Sälen mit bis zu 30 Betten. Die Patienten hatten keine Schränke, keine Nachttische, nichts für ihre persönlichen Gegenstände, sie hatten Anstaltskleidung. Und entsprechend restriktiv war auch ihr Tagesablauf. Diese Lebensverhältnisse haben die Patienten viel stärker geschädigt als ihre Krankheit. Dass die Psychiatrie noch in den 1960-er Jahren so ärmlich, so anders ausgestattet war als die übrige Medizin, hatte historische Wurzeln. Im Kaiserreich gab die Gesellschaft für psychisch kranke Menschen noch viel Geld aus, nach damaligem Standard waren die Anstalten fortschrittlich gebaut und hatten einen hohen humanitären Status. Der Niedergang begann mit der Wirtschaftskrise Ende des Ersten Weltkrieges. Dann kam die Nazizeit mit der Ermordung psychisch kranker Menschen – was es bis dahin nicht gegeben hatte und hoffentlich nie wieder gibt. Davon hat sich die Psychiatrie erst seit Anfang der 70-er Jahre wieder erholt.

Hübner: Die damaligen Anstalten waren die einzigen Einrichtungen, die

chaftliche Akzeptanz geschaffen“ – **ie-Enquete beim LWV Hessen**



Foto: Rose-Marie von Krauss

„Durch Psychiatrie-Enquete ein Bündel von Zielen umgesetzt“ – Info-Mitarbeiterin Gundula Zeitz (2. v. r.) mit ihren Gesprächspartnern.

sich um psychisch Kranke und Behinderte kümmerten. Sie hatten Asylfunktion für alle Menschen, die in der Gesellschaft ohne Hilfen nicht mehr leben konnten. Es gab außer einigen Nervenärzten kein Hilfesystem außerhalb dieser Einrichtungen. Hinzu kam, dass die Zahl der Patienten eklatant anstieg: Anstalten, die für 200 Patienten gebaut worden waren, waren plötzlich mit 800 oder 900 Patienten völlig überfüllt.

Speier: Über diese Zustände erschien 1973 ein Artikel im „Stern“. Ein Reporter hatte sich in Gießen in eine Klinik eingeschlichen, Fotos gemacht und über die Verhältnisse dort berichtet. Das fanden viele Mitarbeiter der Anstalten zunächst unmöglich, sie merkten dann aber, welche Chancen für Veränderungen damit entstanden waren.

LWV-Info: Was waren die Ziele der Psychiatrie-Enquete?

Hübner: Das war ein ganzes Bündel von Zielen. Zwar wurden die Zustände in den Krankenhäusern kritisiert und man forderte eine Änderung der Versorgungsstrukturen in den Kliniken und auch, psychiatrische Abteilungen an Allgemeinkrankenhäusern einzurichten. Im Vordergrund aber standen gesellschaftliche und politische Forderungen, nämlich eine gemeindenahe Versorgung psychisch kranker und behinderter Menschen, der Aufbau eines bedarfsgerechten Versorgungssystems mit unterschiedlichen ambulanten und stationären Angeboten, dann die Koordination aller Versorgungsdienste und die Gleichstellung psychisch Kranker mit somatisch Kranken.

Speier: Aus medizinischer Sicht kann man sagen: Weg von einer überkommenen Verwehr-Psychiatrie – hin zu einem modernen medizinischen Fach mit all den Facetten, die die somatischen Fächer schon hatten. Dazu

gehörten zeitlich begrenzte stationäre Behandlungen und der Einsatz der heute für uns alle selbstverständlichen vielfältigen therapeutischen Möglichkeiten, insbesondere auch der Psychotherapie.

Kunze: Es ging aber nicht nur um die medizinische Versorgung. In den früheren Heil- und Pflegeanstalten blieben viele der Patientinnen und Patienten so lange, bis sie starben oder entlassen wurden. Heute sagen wir, wie bei somatisch Kranken auch: Eine psychiatrische Klinik ist ein Krankenhaus und kein Ort zum Wohnen. Die Kliniken behandeln, und der Behandelte hat einen Ort zum Wohnen – oder es muss einer geschaffen werden. So entstanden Wohnheime, dann das Betreute Wohnen, es wurden Angebote für diejenigen entwickelt, die nicht in der freien Wirtschaft arbeiten können: Werkstätten für Behinderte, später auch andere, in die Wirtschaft integrierte beschützte



Joachim Hübner

Arbeitsplätze. Nicht zuletzt entstanden auch Freizeitangebote. Das alles hat auch die Verweildauern in den Einrichtungen verkürzt.

LWV-Info: *Wie hat man beim LWV die Reformen durchgesetzt?*

Hübner: Beim LWV begann die Diskussion ab Mitte der 60-er Jahre, und die Verbandsversammlung verabschiedete schon 1969 erste Beschlüsse über Reformvorhaben der Krankenhauspsychiatrie in Hessen, die sich weitgehend deckten mit dem, was am Ende in der Psychiatrie-Enquete stand. Trotzdem kam die Veränderung unserer Häuser auch erst Mitte der 70-er Jahre in Gang. Damals hatten sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessert, erstmals seit Anfang der 70-er Jahre gab es ein Krankenhaus-Finanzierungsgesetz, das einen Anspruch auf staatliche Investitionsmittel fest schrieb. Wir haben in diesen Jahren dann auch erste Weiterbildungen in der Fachkrankenpflege angeboten. 1972 gab es den ersten Krankenhaus-Plan in Hessen, der damals für die Psychiatrie noch 9.200 Betten umfasste und prognostizierte, die Bettenzahl müsse auf über 11.000 steigen. Der aktuelle Krankenhaus-Plan umfasst in ganz Hessen 4.400 Betten – das zeigt, dass sich in den vergangenen 30 Jahren Entscheidendes verändert hat. Alle anderen Schritte – mit dem Aufbau der Tageskliniken und Ambulanzen – kamen erst in den 80-er Jahren.

Kunze: Ich will mal einen Bogen spannen von den Hospitälern zur Gemeindepsychiatrie. Die Hospitäler waren aus der Klostertradition heraus bis in die Mitte der 1970-er Jahre reine Männer- oder Frauenanstalten. So war Haina für alle Männer von der westfälischen Grenze bis zum eisernen Vorhang zuständig und Merxhausen im selben Gebiet für Frauen. Das hatte mit Gemeindenähe nichts zu tun. Dass die Einzugsbereiche verkleinert werden konnten, hing auch zusammen mit dem Paradigmenwechsel in der Psychiatrie unter dem Stichwort Normalisierung – dass nämlich in den Stationen eines Krankenhauses Männer und Frauen zusammen leben, bis auf den Schlaf- und Sanitärbereich. Dafür mussten erst mal die baulichen Voraussetzungen geschaffen werden. Anschließend konnte Merxhausen auch für Männer und Haina für Frauen geöffnet werden, schon dadurch wurden die Einzugsgebiete kleiner. Der nächste Schritt war, dass Abteilungen an allgemeinen Krankenhäusern entstanden. Dass die Kliniken näher an den Wohnorten der Patienten liegen, hat ambulante und teilstationäre Behandlungen, bei denen das Lebensumfeld, aber auch Hausärzte, Fachärzte, Sozialstationen, Pflegeheime oder das Arbeitsamt einbezogen werden, erst möglich gemacht.

LWV-Info: *Was hat sich in den Einrichtungen personell verändert?*

Kunze: Wir haben heute im Unterschied zu damals qualifiziertes, medizinisch gut ausgebildetes Personal, wir haben Psychotherapeuten und Mitarbeiter mit sozialtherapeutischen Kompetenzen. Das bedeutet, dass wir mit den Patienten ganz anders umgehen. Früher wurden beispielsweise Patienten, die suizidgefährdet waren, am Suizid gehindert, indem man sie (nur) kontrollierte und dazu die Station geschlossen führte. Heute ist für die Suizidprophylaxe die Beziehungsarbeit entscheidend, ggf. auch für eine medikamentöse Behandlung: Wir bemühen uns um eine so gute therapeutische Beziehung zu den Patienten, dass wir die aktuelle Gefährdung damit auffangen können, und müssen deshalb sehr viel weniger als früher zu anderen Mitteln greifen.

LWV-Info: *Also hat sich auch die Rolle der Patienten verändert?*

Kunze: Ja, denn wir geben den Patienten sehr viel früher die Verantwortung zurück und handhaben das differenziert auf der Grundlage einer therapeutischen Beziehung. Ganz entscheidend ist, dass die Angehörigen mit einbezogen sind. So hat sich der Stil im Umgang mit den Patienten verändert, früher war es ein paternalistisch-autoritärer Stil. Heute heißt es: Überzeugen, Behandeln als Verhandeln, denn nur, wenn die Patienten



Dr. Rolf Speier

selber merken, dass ihnen die Therapie hilft, und wenn auch die Angehörigen überzeugt sind, wenn sie Experten für ihre Krankheit geworden sind, sind sie auch in der Lage, die Therapie außerhalb der Klinik in eigener Verantwortung fortzusetzen.

Speier: Ein weiterer Meilenstein war die Psychiatrie-Personalverordnung, die die personelle Ausstattung unserer Kliniken regelt. Durch die Verordnung von 1991 hatten die Kliniken zunächst einen guten und relativ gleichmäßigen personellen Standard, was sich sehr positiv auf die Behandlungsqualität ausgewirkt hat. In Haina etwa konnte die Zahl der Sozialarbeiter verdreifacht werden, mit dieser hinzu gewonnenen Manpower konnte man dann vernünftig therapeutisch arbeiten. Wir müssen nun dafür kämpfen, dass uns das nicht klammheimlich wieder verloren geht.

LWV-Info: Konnten die Zielsetzungen der Psychiatrie-Enquete erreicht werden?

Hübner: Beim Ziel der gemeindenahe Versorgung sind wir in Hessen sehr weit gekommen. Der LWV hat auch in seiner zweiten Funktion als überörtlicher Sozialhilfeträger stark mit darauf hingewirkt, dass alle außerklinischen Leistungsangebote – Beratungsstellen, Treffpunkte und tagesstrukturierende Einrichtungen, Heime und Betreutes Wohnen – regional organisiert werden. Auch die Vorgaben für die klinische Psychiatrie sind heute in Hessen fast überall auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte verwirklicht. Wir haben da gerade in den 80-er Jahren aus unseren Kliniken heraus wesentliche Impulse mitgegeben, indem wir von Marburg beispielsweise nach Fulda gegangen sind oder von Gießen nach Hanau, und aus diesen kleinen Außenstellen und Keimzellen haben sich dann psychiatrische Abteilungen entwickelt, die heute die Versorgung sicherstellen. Stichwort Vernetzung der Leistungsangebote: Heute ist es auf vielen Ebenen selbstverständlich, dass die Leistungsanbieter im ambulanten und stationären Bereich zusammen arbeiten, denn die Patienten tauchen in ihrer Krankheitskarriere in verschiedenen Bereichen auf, da muss man sich austauschen. Die niedergelassenen Ärzte sind allerdings noch nicht ausreichend eingebunden in dieses System.

Speier: In Hessen haben wir unter dem Strich genug Heimplätze, wir haben Plätze im Betreuten Wohnen, wir haben gute ambulante Angebote – und jetzt geht es darum, das vernünftig zu vernetzen, so dass jeder Patient genau im richtigen Moment die richtige Behandlung bekommt. Das kann man nicht nach „Schema F“ machen, da gehört sehr viel Abstimmung dazu, und ich glaube, das Thema Koordination wird uns künftig, gerade vor dem Hintergrund knapper Kassen, sehr beschäftigen. Was wir nicht wollen, sind amerikanische Verhältnisse mit einer rücksichtslosen Verkürzung stationärer Verweildauern, beispielsweise auf weniger als eine Woche bei akut schizophrenen Patienten. Dies führt zur Verelendung dieser Menschen. Wir sind jetzt bei durchschnittlich 20 bis 22 Tagen Ver-

weildauer nahe an einer Untergrenze. Weitere Verkürzungen dieser Verweildauer führen dazu, dass die Behandlung schlechter wird. Viele Patienten kommen dann draußen nicht lange zurecht und müssen häufiger wieder in eine Klinik, so dass sich die stationäre Behandlungsdauer übers Jahr betrachtet sogar erhöht. Damit wäre dann wirklich gar nichts gewonnen.

LWV-Info: Was hat sich in den vergangenen 30 Jahren anders entwickelt als vorgesehen?

Hübner: Durch die Gemeindenahe gibt es eine viel höhere Akzeptanz als früher, aber wir sind noch nicht so akzeptiert wie somatische Krankenhäuser. Wir haben es vor noch gar nicht so langer Zeit erlebt, dass sich Bürger heftig dagegen gewandt haben, dass in ihrer Kleinstadt eine Tagesklinik entsteht, aus Angst vor psychisch Kranken. Und wenn wir für die Menschen, die aufgrund ihrer psychischen Erkrankung straffällig geworden sind, Einrichtungen erweitern oder neu bauen wollen, was wir ja müssen, weil diese Patientengrup-



Prof. Dr. Heinrich Kunze

Fotos: Rose-Marie von Krauss

pe zunimmt, dann formieren sich Bürgerinitiativen, die das verhindern wollen. Das ist eine bedenkliche Entwicklung, weil die Ängste sehr schnell auf psychiatrische Kliniken generell übertragen werden. Das, was wir uns mal zum Ziel gesetzt hatten, die Öffentlichkeit zu informieren über Psychiatrie und ihre Auswirkungen, ihre Behandlungsmöglichkeiten, das müs-

sen wir intensivieren. Zwar gibt es diese Stigmatisierung und gesellschaftliche Ausgrenzung, wie wir sie in den 70-er Jahren noch hatten, nicht mehr: Es ist selbstverständlicher geworden, dass man einen Nervenarzt aufsucht, in eine psychiatrische Ambulanz geht oder zum Psychotherapeuten. Aber eine kritische Distanz der Öffentlichkeit psychisch kranken Menschen gegenüber besteht nach wie vor.

Speier: Man muss zumindest mal kritisch überprüfen, ob das, was wir uns in der Aufbruchstimmung von der Enthospitalisierung versprochen hatten, nämlich die chronisch psychisch Kranken, die früher viele Jahre in Anstalten gelebt haben, draußen auch wieder zu verankern, wirklich für alle Patientengruppen gelungen ist. Die zunehmende Zahl der Patienten in den forensischen Kliniken könnte damit zusammen hängen, dass für einzelne Problemgruppen draußen nicht ausreichend geschützte Lebensformen angeboten werden. Man kann diese Patienten nicht wieder in Langzeitbereiche in der Allgemeinpsychiatrie zurückholen, aber man wird sich da etwas einfallen lassen müssen, sonst wird man der wachsenden Zahl forensischer Patienten kaum Herr werden.

Kunze: Es gibt noch einen weiteren Aspekt: Untersuchungen haben gezeigt, dass die Patienten, die in die Forensik kommen, zu einem hohen Prozentsatz zuvor schon in Kontakt mit psychiatrischen Diensten standen und dann aus dieser Behandlung herausgefallen sind. Denn die Selbstbestimmung, die wir unterstützen, wird bei einem Teil der Patienten zum Problem. Das ganze System ist auf Kooperationsfähigkeit abgestellt, auf mündige Patienten. Schwer psychisch Kranke sind da aber manchmal überfordert. So müssen wir überlegen, wie wir diese Patienten gleichwohl in der therapeutischen Beziehung halten. Das können wir aber nicht zu einem Problem der Patienten machen, das ist auch unser Problem, eine Frage der Art und Weise, wie wir mit ihnen verbindlich arbeiten.

LWV-Info: Wie sind die Perspektiven? Wie sollte das psychiatrische



„In den vergangenen 30 Jahren hat sich auch in den LWV-Kliniken Entscheidendes verändert“.
Foto Rose-Marie von Krauss

Versorgungssystem weiterentwickelt werden?

Hübner: Es gibt einfach eine Gruppe psychisch kranker und behinderter Menschen, die einen sehr komplexen Hilfebedarf haben. Und für die muss unser System etwas umgebaut werden. Im Moment haben wir noch sehr verschiedene Leistungsträger, da muss einiges gebündelt werden, so dass man etwa bei Veränderungen im Krankheitsbild nicht die Einrichtung wechseln muss. Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Weiterentwicklung unseres psychiatrischen Versorgungssystems im außerklinischen, aber auch im klinischen Bereich.

LWV-Info: Wie wird man mit dem Kostendruck umgehen?

Kunze: Wir werden einen deutlich kleineren Teil der Hilfen, sowohl im Behandlungs- als auch im Rehabilitationsbereich, stationär realisieren, es wird sehr viel mehr teilstationäre und ambulante Angebote geben. In der Rehabilitation gibt es gerade einen Paradigmenwechsel, dort heißt teilstationär dann „ganztägig ambulant“, die Menschen kommen morgens und gehen abends wieder nach Hause. Das hat den Vorteil, dass die therapeutische Arbeit im Alltag erprobt werden kann. Das ist ein Ansatz, bei

dem eine Kostenoptimierung und eine therapeutische Verbesserung verbunden werden.

Hübner: Eine bessere Verknüpfung der verschiedenen Bausteine in der psychiatrischen Behandlung wäre wichtig. Es gibt die psychiatrischen Institutsambulanz, die Tageskliniken, die vollstationären Angebote, und bisher müssen immer für jeden einzelnen Leistungsbereich eigene Budget- und Preisverhandlungen geführt werden. Wir müssen für jeden Wechsel in eine andere Einrichtung neue Kostenzusicherungen einholen. Hier entsteht viel administrativer Aufwand, den man sich sparen könnte, wenn die unterschiedlichen Leistungsbereiche auch finanziell verknüpft wären und man nur noch nach rein therapeutischen Gesichtspunkten entscheiden könnte. Das wäre eine Aufgabe für die Zukunft.

Kunze: Das wäre ein entscheidender Strukturwandel, denn es wäre katastrophal, wenn wir unter den jetzigen Bedingungen mit weniger Personal auskommen müssten.

Hübner: Die Psychiatrie-Personalverordnung muss für die Zukunft gesichert werden. Es ist heute schon aufgrund von Kostenentwicklungen und von Budgetproblemen der Krankenkassen nicht mehr möglich, das,

was nach dieser Verordnung Qualitätsvorgabe und Strukturvorgabe war, zu hundert Prozent umzusetzen. Die Personalbemessungsgrundlage wird immer mehr ausgehöhlt. Da ist ein kritischer Punkt erreicht.

LWV-Info: Welche Auswirkungen sind durch die Debatte über die Zukunft der Einrichtungen und die Beschlüsse der Verbandsversammlung, sämtliche Einrichtungen in gemeinnützige GmbHs umzuwandeln, zu erwarten?

Speier: Ich bin der Ansicht, dass wir gestärkt aus dieser Debatte herauskommen werden, denn wir können inhaltlich durchaus auch mit den privaten Anbietern konkurrieren und wir

haben ihnen gegenüber einen großen Vorteil: Wir müssen nicht unbedingt Profit erzielen, wir müssen schlicht und einfach kostendeckend arbeiten. Ich bin sehr gespannt, wie die privaten Anbieter mit dem Problem der personellen Ausstattung umgehen werden. Ich stelle mich gerne diesem Wettbewerb, denn wir können in unseren Kliniken nach wie vor ein Behandlungsumfeld anbieten, das uns Konkurrenzfähigkeit sichert. Für meine Klinik ist es beispielsweise selbstverständlich, dass wir einen Standard von Ein- bis Zwei-Bett-Zimmern plus Nasszelle anstreben. Das ist sicher noch nicht überall umgesetzt, aber wenn ich das mit psychiatrischen Abteilungen etwa in Unikliniken in Hessen vergleiche, dann sind wir an vielen Standorten sogar besser dran. Wir müssen aber in der Ausstattung noch besser werden; schauen Sie sich doch die attraktiven Räumlichkeiten in vielen psychotherapeutischen Kurkliniken an, beispielsweise, was die physikalische Therapie betrifft. Aber ich bin da optimistisch, dass wir durch ein wachsendes Know-how in unseren Kliniken gerade auch bei den psychotherapeutischen Angeboten durchaus konkurrenzfähig sind.

Das Interview führte Gundula Zeitz.

SANIERUNG DER HAINAER KLOSTERKIRCHE: LAND FÖRDERT MIT 180.000 €

Nicht nur das erste nach Haina zurückgekehrte, frisch restaurierte Kirchenfenster im nördlichen Langhaus der Klosterkirche hätte gestrahlt – kommentierte die Redakteurin einer Lokalzeitung –, auch bei den Beteiligten hätte das Ereignis im Mai mehr als ein Lächeln auf die Gesichter gezaubert. Grund für gute Laune und für eine wachsende Hoffnung, die Restaurierung der historischen Fenster des gotischen Gotteshauses in absehbarer Zeit abschließen zu können, gab es in Haina gleich mehrfach. Denn nur wenige Wochen danach konnte der Erste Beigeordnete des LWV, Uwe Brückmann, einen Bewilligungsbescheid über 180.000 € aus der Hand des Hessischen Ministers für Wissenschaft und Kunst, Udo Corts, entgegen nehmen. „Durch die Restaurierungsarbeiten können wir unter anderem den herausragenden Bestand an mittelalterlichen Glasfenstern erhalten“, betonte der Minister beim Termin in Haina. Weiterhin sollen im diesjährigen Bauabschnitt Putz- und Steinrestaurierungen an der im 13. Jahrhundert errichteten Kirche des früheren Zisterzienserklosters stattfinden. Brückmann dankte dem Minister für die Förderung des Landes: Durch die gemeinsame Finanzierung der schon mehr als 20 Jahre andauernden Kirchensanierung werde ein wichtiger Beitrag zur Pflege des architektonischen Erbes im Land geleistet. Aber



Großer Bahnhof in der Hainaer Klosterkirche (v. l.): Robert Hormel, stellv. Betriebsleiter des ZSP Haina (Kloster); Pfarrer Oliver Koch, Ev. Kirchengemeinde Haina; Uwe Poppe vom Hessischen Baumanagement, Regionalniederlassung Nord; Reinhard Kahl, MdL; Hainas Bürgermeister Rudolf Backhaus; Uwe Brückmann, Erster Beigeordneter LWV Hessen; Udo Corts, Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst; Manfred Scholz, Vorsitzender „Freunde des Klosters Haina e. V.“; Prof. Dr. Gerd Weiß, Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege; Claudia Ravensburg, MdL; Lutz Klein, Regierungspräsident Kassel, und Dr. Bernhard Buchstab, Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Außenstelle Marburg.

Foto: Martina Biedenbach/HNA

nicht nur die öffentliche Hand engagiere sich, in Haina zeige sich auch ein starker Bürgersinn: „Neben dem Land helfen uns engagierte Förderer, unter ihnen viele Bürgerinnen und Bürger der Region, bei der Sanierung der Glasfenster. Nur durch diese gemeinsame Anstrengung können wir diese anspruchsvolle Aufgabe schultern.“

BEDEUTENDES BAUDENKMAL

Die Kirche im heutigen ZSP Haina zählt wegen ihrer Raumform, der architektonischen Details und ihres

Bestandes an mittelalterlicher Glaskunst zu den bedeutendsten erhaltenen gotischen Baudenkmalern Deutschlands. Für die Restaurierung der Klosterkirche Haina wurden bis einschließlich 2004 insgesamt 4,96 Mio. € aufgewandt, davon aus Bundesmitteln 1,76 Mio. € (36 %), Landesmitteln 2,0 € (40 %) und Mitteln des LWV 1,2 Mio. € (24 %).

Die vom Verein der Klosterfreunde koordinierte Spendenaktion zur Restaurierung der wertvollen Glasfenster erbrachte bisher Spendengelder in Höhe von rund 56.000 €. (jda)



Die Ausstellung in der Klosterkirche zeigte Leben und Wirken Philipps des Großmütigen

Foto: Jörg Daniel

Als Zisterzienserkloster wurde Haina im 13. und 14. Jahrhundert errichtet, Landgraf Philipp von Hessen wan-

HAINA ZEIGT PHILIPP-AUSSTELLUNG

deltete die Anlage 1533 in ein Hospital um. An Leben und Wirken Philipps, dessen 500. Geburtstag im vergangenen Jahr breit gefeiert wurde, erinnert die Ausstellung „Mit dem Glauben Staat machen“, die im Juni in der Klosterkirche Haina gezeigt wurde. Bei der Ausstellungseröffnung hob LWV-Beigeordneter Stephan Aurand die Verdienste des Landgrafen hervor: Die territorial angelegten Hospitalsgründungen Philipps könne man mit einem heutigen Begriff durchaus als „moderne Sozialpolitik“ bezeichnen. Auch in der peniblen Rechnungslegung

durch seine Regierungsbeamten sei schon so etwas wie Krankenhausmanagement erkennbar gewesen. Vor allem aber sei die humanitäre Tat des Landgrafen hervorzuheben: Schon wenige Jahre nach den Stiftungen hätten in den Hospitälern rund 1.000 hilfsbedürftige Männer, Frauen und Kinder Aufnahme gefunden. Menschen, die ansonsten ohne den Schutz der Gesellschaft geblieben wären. Die Wanderausstellung war auch im ZSP Philippshospital, Riedstadt, zu sehen und gastierte dort vom 22. August bis zum 7. September 2005. (jda)

WORTMELDUNGEN

Die Fraktionen der Verbandsversammlung zu wichtigen Themen

SPD



Foto: privat

Der LWV – ein leistungsfähiger Verband

Nach einer nun 52-jährigen Geschichte kann der Landtag in Hessen stolz sein. Stolz sein, mit dem Mittelstufengesetz eine gute Grundlage für den Betrieb der Zentren für Soziale Psychiatrie und die überörtliche Sozialhilfe geschaffen zu haben. Der LWV hat sich als Anbieter in beiden Bereichen bewährt. Dies drückt sich zum Beispiel im Beschluss des Kreises Bergstraße vom 18. Juli 2005 aus: „Der Kreistag des Kreises Bergstraße spricht sich für den Weiterbestand des LWV Hessen aus.“ Auch die Gutachten der Firma Schülleremann und Partner attestieren dem LWV, seine Einrichtungen gut, vorbildlich und zukunftsweisend aufgestellt zu haben. Die SPD-Fraktion im LWV teilt beide Aussagen und ist vor allem den Mitarbeiter/innen in den Einrichtungen und den Verwaltungsstellen dankbar für ihre Arbeit. Mit ihnen wurden notwendige Reformen schon immer durchgeführt.

Das Wort Reform wird jedoch in jüngster Zeit inflationär benutzt. Dabei ist der Eindruck entstanden, dass Reformwillige die „Guten“ und vermeintliche Reformgegner die „Schlechten“ sind. Reform heißt, etwas, was aus der Form geraten ist, „wieder in Form“ zu bringen. Die Bereitschaft, „wieder in Form“ zu bringen, gab und gibt es von allen Seiten im LWV. Aber Reform ist kein Selbstzweck, und alle Beteiligten sollten mit mehr Augenmaß, in kleinen Schritten, die auch heute schon gute Form des LWV erhalten und verbessern, um so die Spitzenstellung des LWV Hessen zu sichern.

So spricht sich die SPD-Fraktion nicht nur für den Verbleib der Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft aus, sondern auch für den Erhalt beim LWV. Verbesserungen der Einrichtungen können durch Kooperationen untereinander und mit anderen öffentlichen Einrichtungen erreicht werden. Das Credo heißt: Zuerst Partnerschaft und Vernetzung innerhalb des LWV, aber auch Kooperation mit Dritten, wenn dies der Verbesserung und dem Erhalt der LWV-Einrichtungen dient.

Stefan Ringer,

Sprecher Arbeitskreis Einrichtungen

CDU



Foto: privat

Zukunft der Einrichtungen

Die CDU-Fraktion beschäftigt sich intensiv mit der Frage der künftigen Entwicklung der Einrichtungen, und ob steuernd eingegriffen werden muss. Dabei spielen die beiden vorliegenden Gutachten eine bedeutende Rolle. Im Rahmen deren Präsentation durch die erstellenden Gutachter sind Fragen aufgeworfen worden, deren Klärung noch aussteht. Die Erkenntnis, dass fast alle Einrichtungen in den nächsten Jahren drohen, defizitär zu werden, hat dazu geführt, dass die CDU-Fraktion im Rahmen der Kooperation mit Bündnis 90/Die Grünen und FDP den Antrag eingebracht und verabschiedet hat, zum 1. Januar 2006 alle Eigenbetriebe in gemeinnützige GmbHs umzuwandeln. Die Flexibilität dieser Rechtsform bietet im alltäglichen Handeln die Voraussetzung, dass die Einrichtungen ihr Leistungsspektrum und die Kostenstrukturen optimieren, dabei innovative Konzepte und zukunftsorientierte Marketingstrategien entwickeln, um ihre Wettbewerbsfähigkeit in der jeweiligen Region langfristig sichern zu können.

Die Verhandlungen mit der Gewerkschaft ver.di über einen Überleitungstarifvertrag legen den Grundstein für den zukünftigen Erfolg der Einrichtungen. Im Umsetzungsbeirat sollen alle Entscheidungen so transparent wie nur möglich für alle Mitarbeiter/innen dargestellt werden. Ziel für die CDU-Fraktion ist, dass alle psychisch erkrankten Menschen in Hessen weiterhin ausreichend versorgt werden und eine vernünftige Versorgungsstruktur erhalten bleibt. Dabei muss es gelingen, dass mittelfristig alle Einrichtungen die Gewinnzone erreichen, und dies bei verschärftem Wettbewerb am Krankenhausmarkt, um innovations- und damit zukunftsfähig zu bleiben. Dabei muss niemand Angst um seinen Arbeitsplatz haben. Die Mitarbeiter/innen haben durch eigene Flexibilität und Interesse am Gesamterfolg zukünftig mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Verantwortung in der jeweiligen Einrichtung.

Michael Reul, Mitglied im Ausschuss für Krankenhäuser und andere Einrichtungen



Foto: Privat

Zukunft der Einrichtungen

Im Vorfeld des Erscheinens des Gutachtens sind viele Befürchtungen geäußert worden. Noch kurz vor Erscheinen wurde ein Flugblatt verteilt, in dem der Verkauf, der Wegfall von Arbeitsplätzen, Lohnkürzungen um 15 % und die Auflösung des LWV vermutet wurde. Nichts davon ist eingetreten und ich bitte Sie eindringlich: Hören Sie endlich auch mit diesem Privatisierungsgepenst auf!

Das zweite Gutachten hat aber doch offenbart, dass unsere Einrichtungen nicht so gut aufgestellt sind, wie uns immer dargestellt wurde. In 2006 werden fünf Einrichtungen laut Prognose ins Defizit geraten und in den Jahren 2007 bis 2009 vier weitere. Wir haben in den Einrichtungen feststellen können, dass die Geschäftsführer und die Betriebsleiter, die Personal- und Betriebsräte sehr wohl erfasst haben, dass die Kosten-Erlös-Schere weiter auseinandergehen wird. Wir haben dort zudem viel Motivation vorgefunden, die Dinge in die Hand zu nehmen.

Wir haben die Umwandlung in GmbHs geplant und die Einrichtung eines Umsetzungsbeirates. Zentrale Steuerung ist schön, aber sie darf die Entwicklung vor Ort nicht verhindern und behindern. Man muss eine Gratwanderung machen zwischen der Eigenständigkeit der Einrichtungen und der zentralen Steuerung.

Des gleichen muss man sich die Servicegesellschaften noch mal genauer anschauen und auch, was das für die jetzigen Mitarbeiter des Servicebereichs bedeutet. Bei den Mitbestimmungsrechten müssen wir sehen, wie die in den verschiedenen Modellen umzusetzen sind. Etwas enttäuscht waren wir schon, dass die Gutachter den eigentlichen Auftrag nicht erfüllt haben. Wir glauben, dass die Einrichtungen nur eine Überlebenschance haben, wenn sie in der Region verwurzelt und mit den anderen Angeboten vernetzt sind. Kooperationen und Fusionen können helfen, in dieser sich rapide verändernden Krankenhauslandschaft Überlebenschancen zu verbessern.

Gesa Zickermann, Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Foto: Jörg Daniel

Umwandlung in gGmbHs ermutigend

Die Selbstständigkeit der Einrichtungen als gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung (gGmbH) soll die Wirtschaftlichkeit sichern und die regionalen Angebote besser vernetzen! - Das will die FDP-Fraktion in ihrer Zusammenarbeit mit den Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen für die Zukunft der Zentren für Soziale Psychiatrie gewährleisten. Die bisherigen Ergebnisse der bereits vor Jahren gewandelten klinischen Einrichtungen sind nicht nur ermutigend, sondern lassen auch erkennen, dass die Betriebsleitungen die größere Selbstständigkeit erfolgreich genutzt haben. Die lange zögerliche Haltung der SPD-Fraktion gegenüber der Umwandlung in gGmbHs wurde erst aufgegeben, als durch ein Holding-Modell die für Sozialdemokraten offensichtlich unverzichtbare Zentralisierung wieder erreichbar schien. Tatsächlich sollen aber erst einmal die möglichen Vorteile einer solchen Unternehmensform für öffentliche Einrichtungen als Anbieter gesundheitlicher Dienstleistungen gesichert werden, zumal die Umwandlung der bisherigen Eigenbetriebe noch zahlreiche Einzelschritte erfordert, die möglichst einheitlich und zeitgleich vollzogen werden sollen. Ferner gilt es, Risiken im Gesundheitswesen auszuloten und gemeinsam mit den Mitarbeitern neue Möglichkeiten eines flexibleren Tarifsystems zu erkunden. Laut Gutachten sind diese Risiken auch für den Haushalt des Verbandes in den nächsten Jahren nicht unerheblich. Gleichzeitig gilt es, die klinischen und nicht-klinischen Betriebszweige der heutigen Zentren so in der Region mit anderen Trägern zu vernetzen, dass sie kostendeckend bleiben. Wechselseitige Lernprozesse der öffentlichen, freigemeinnützigen und privaten Anbieter von Rehabilitations- und Pflegeeinrichtungen sollen gefördert werden, um sowohl den Personaleinsatz zu optimieren als auch individuelle Bedürfnisse der behinderten Menschen dem Leitbild entsprechend noch besser decken zu können.

Ferdinand Walther, Fraktionsvorsitzender



Foto: privat

Zur sachlichen „Zusammen-Arbeit“ zurückfinden

Nachdem der personelle Anspruch von CDU, Grünen und FDP durchgesetzt wurde, bleibt abzuwarten, ob ein weiterer Postenschacher der neuen Mehrheit in Führungspositionen erfolgt. Unsere Hoffnung liegt in der Person des neuen Landesdirektors, der die Kraft finden möge, seinen Einfluss geltend zu machen, um von Polit-Clownereien in den Gremien des LWV zur sachlichen und inhaltlichen Arbeit zurückzufinden. Die zögerliche Arbeit der Arbeitsgruppe zur Reform der Aufgaben des LWV Hessen beim Sozialministerium lässt keine zielgerichtete kontinuierliche Arbeit vermuten. So ist eine Veränderung der Eingliederungshilfe in die Zuständigkeiten der Kommunen noch nicht vom Tisch. Die FWG warnt vor falschen Entscheidungen: Wir sehen die Eingliederungshilfe beim LWV bestens aufgehoben, da die gesamte kommunale Familie solidarisch die Kosten trägt und ein Nord-Süd-Gefälle verhindert wird. Dies wäre bei der Zuständigkeit der Kreise und Städte nicht gewährleistet. Das Ergebnis wäre eine Politik der Eingliederungshilfe nach Haushalts- und Kassenlage der jeweiligen Kommune, mit fatalen Folgen für die betroffenen Menschen.

Weiterhin scheint sich die Befürchtung, dass das Einbeziehen des Einkommens und des Vermögens bei Zuzahlungen im Betreuten Wohnen zu Fallzahlen-Veränderungen führen wird, zu bewahrheiten. Mit Festsetzung von Eigenbeiträgen haben sich Bedürftige zu eigenen Lösungen entschlossen, so dass dem LWV diese veranschlagten Gelder fehlen und evtl. geplante Plätze nicht besetzt werden können. Mittelfristig werden wir diesen Personenkreis in unseren stationären Kliniken wieder finden und evtl. später im stationären Wohnen. Nordrhein-Westfalen hat schon gelernt und einen Rückzieher vollzogen.

Haben auch wir den Mut, falsche Entscheidungen zu korrigieren!

Willi Werner, Mitglied der FWG-Fraktion

„Wie andere Leute

2. März 2005: LWV-Landesdirektor Lutz Bauer überreicht einen Bewilligungsbescheid über 182.000 € an Ernst Georg Eberhardt, Leiter der Diakonie-Wohnstätten, zur Errichtung einer Wohngemeinschaft mit sechs Plätzen im Rahmen des Stationär Begleiteten Wohnens. So die Nachricht.

Und hinter jeder Nachricht gibt es oft eine Geschichte, die sich zu erzählen lohnt. So wie hier. Die Redakteurin des LWV-Info hat sich mehrmals mit den (zukünftigen) Bewohnern vor Ort getroffen und wird über deren Alltag, Wünsche und auch Ängste berichten.

Am oben erwähnten 2. März ist ebenfalls Richtfest, spricht der Zimmermann den Richtspruch. Grund zum Feiern, was die zukünftigen Bewohner, ihre Betreuer, Nachbarn und Geldgeber in kleinem Rahmen auch tun. Zu diesem Zeitpunkt ist bereits zu erahnen, wie das Gebäude in wenigen Monaten nach Fertigstellung aussehen wird. Das war Antje Binder, Krystian Kuklinski, Martin Schill, Sigrid Scheiding und Klaus Dieter Welch bereits früher klar, hatte der Architekt ihnen doch ein kleines Modell des Hauses – ihres neuen Zuhauses – gebaut.

Modell

Als ich mich das erste Mal wenige Wochen nach dem Richtfest mit den

Das Haus

Das Haus, in das die Fünf einziehen, steht in der Waitzstrasse in Kassel. Es besteht aus vier Wohnungen für sechs Personen. Zwei Zwei-Raum-Appartements sowie zwei Ein-Zimmer-Wohnungen. Es hat insgesamt rund 160 qm Nutzfläche und gehört den Diakonie-Wohnstätten. Es besteht aus einem Altbau aus den 30-er Jahren und einem neuen Anbau.



Die Bewohner und das Modell (v. l.): Krystian Kuklinski, Antje Binder, Klaus-Dieter Welch, Martin Schill und Sigrid Scheiding.

fünf zukünftigen Bewohnern treffe, baut dieses Modell dann auch eine Brücke zwischen uns - der Fremden, die so viel wissen will, und den Bewohnern, die zurückhaltend und abwartend sind. Als das Modell zwischen uns auf dem Tisch steht, ist die Scheu weg: Die fünf sprechen durcheinander, zeigen ihre Wohnungen, erklären die Zimmerbelegung, und deutlich tritt ihre Ungeduld zu Tage, wird ihre Vorfreude spürbar. Sie öffnen sich, und auf den Grund ihrer Freude angesprochen, bringt Sigrid Scheiding es für alle auf den Punkt: Sie freuen sich auf ihren Umzug, weil sie dann „draußen wohnen“. „So wie andere Leute auch“, unterstreicht die rothaarige Frau. Klaus-Dieter Welch ergänzt: „Selbstständig!“. „Er“, so erklärt Sigrid Scheiding weiter mit Blick auf ihren Partner Martin Schill, „hat seinen Kleiderschrank schon abgebaut. Meiner steht aber noch.“ Ruhig abwarten können sie aber wohl alle nicht, denn sie haben bereits alle schon, wie Dusanka Cecic, Abteilungsleiterin in der Gustav-Heinemann-Wohnanlage, berichtet, Kartons gepackt. Und gedanklich sind sie auch viel weiter. So steht bereits fest, dass Antje Binder und Krystian Kuklinski eine beige Küche und Sigrid und Martin eine blaue Küche bekommen – mit Spül-

maschine. Das ist allen ganz wichtig, und sie haben lange und engagiert mit der Einrichtungsleitung darüber debattiert.

Auch Probleme

Gemeinsam haben sie einen fairen Kompromiss ausgehandelt. Die Küchenmöbel finanzieren die Diakonie-Wohnstätten, die Spülmaschine finanzieren sie selbst. Das ist für alle so in Ordnung. „Wir mussten im Vorfeld schon Einiges klären und Grenzen setzen“, sagt Ernst Georg Eberhardt. „Die fünf haben in ihrer Euphorie manchmal die Wirklichkeit aus den Augen verloren und eine Anspruchshaltung aufgebaut, die überzogen war. Klar ist jetzt, dass zur größeren Selbstständigkeit beispielsweise auch gehört, für manche Dinge zu sparen.“ Und die Anschaffung einer Spülmaschine steht völlig außer Frage. Zum Einen kennen sie es vom Leben im Heim nicht anders und: So etwas gehört einfach dazu. Ebenso wie die Waschmaschine und der Trockner. Die Wäsche, so sind sich die beiden Frauen einig, wird einfach schöner, weicher. Für Klaus-Dieter Welch, der alleine eine Wohnung bezieht, ist das noch nicht so wichtig. Auch kein Problem: „Klaus braucht das auch nicht.

auch ...“

Er kann bei uns waschen“, erklärt Antje Binder gleich fürsorglich. Ich spüre als Außenstehende eine unausgesprochene Verbundenheit, die Menschen mit dem gleichen Ziel oft haben. Das hilft über Konflikte hinweg, die überall auftauchen, wo Menschen eng zusammenleben und viel Zeit miteinander verbringen. Die haben die Fünf auch miteinander auszufechten. Einig sind sie sich wieder, als es ums Thema „Fliesen“ für die Bäder geht, die sie sich selbst aussuchen. Ja, überwiegend weiß sollen sie wohl sein, aber auch ein bisschen farbig: „Farbe muss sein“. Die dürfen sie dann auch für die Wände in den Zimmern selbst aussuchen. Der eigene Geschmack zählt und wird umgesetzt. Vorausgesetzt, es bleibt im finanziellen Rahmen.

Bevor die neue Rauhfaser gestrichen werden kann, steht in einigen Räumen ein Tapetenwechsel an. „Kann“, so fragt Ernst Georg Eberhardt, „einer von Ihnen beim Tapeten lösen helfen?“ Was für eine Frage – klar, sie wollen und können. Jeder wird im Rahmen seiner Fähigkeiten mit anfasen. Nötig, so denke ich, wird ihre Hilfe bei der Arbeit wohl nicht sein. Aber, so wird mir im Lauf des Gesprächs klar, sie ist wichtig, um Verantwortung herauszubilden, die „Normalität“ außerhalb der gewohnten Einrichtung, die sich die Bewoh-

ner wünschen, zu üben. Aber sie sind in dieser Hinsicht selbst sehr aktiv: An der Baustelle haben sie bereits Kontakt zu ihren Nachbarn aufgenommen und sich etwa Gartengeräte ausgeliehen. „Die Nachbarn“, erklärt Krystian Kuklinski, „die sind nett“. „Die neuen Nachbarn freuen sich auch schon“, fügt Martin Schill hinzu. Das freut mich für die Fünf, denen offensichtlich nicht klar ist, dass nicht alle Wohngemeinschaften von Menschen mit Behinderungen positiv eingestellte Nachbarn haben.

Die Selbstständigkeits-Bestrebungen der Fünf sind nicht immer unproblematisch. So hatten sie bereits – ohne Absprache mit den Betreuern – ein Gartenhaus aus Holz bestellt. Da war dann erst einmal ein Krisengespräch fällig – über Geld, Anschaffungen sowie Rechte und Pflichten.

Alltag

Die Zeit zwischen Richtfest und Einzug vergeht. Es wird länger als gedacht dauern, bis sie umziehen können und doch ist das neue Haus bereits ein fester Bestandteil ihres Alltags geworden. Neben der Beschäftigung mit der zukünftigen Einrichtung nehmen sie regen Anteil am Baugeschehen. Täglich nach der Arbeit treffen Sie sich, laufen zur Baustelle und verfolgen den Fortgang der Arbeiten am

Die Bewohner

Fünf der sechs Bewohner stehen bereits fest:

Sigrid Scheiding (34 Jahre)

lebt seit 1993 in den Diakonie-Wohnstätten. Tagsüber arbeitet sie in der Kasseler Werkstatt II im Industriegebiet Waldau. In ihrer Freizeit beschäftigt sie sich gerne mit ihren Sittichen und besucht die Tanzabende der Werkstatt. Sie zieht gemeinsam in eine Wohnung mit:

Martin Schill (28 Jahre),

der ebenfalls seit 1993 in den Diakonie-Wohnstätten lebt und in der Kasseler Werkstatt II arbeitet. In seiner Freizeit geht er gerne mit Sigrid zu den Tanzabenden, ansonsten kümmert er sich um seine Meer-schweinchen oder spielt „Playstation“.

Antje Binder (35)

wohnt seit 1989 in der Gustav-Heinemann-Wohnanlage der Diakonie. Sie arbeitet bei den Baunataler Werkstätten. Sie hat eine ganze Reihe von Hobbies, wie Schwimmen, Tanzen und Fahrradfahren. Außerdem gehört sie der Combo der Diakonie-Wohnstätten an. Sie bezieht gemeinsam mit

Krystian Kuklinski (49) eine Wohnung. Er ist 1995 aus dem Elternhaus in die Einrichtung umgezogen. Er arbeitet auch in der Kasseler Werkstatt II. Fußball spielen ist seine große Leidenschaft.

Klaus-Dieter Welch (43) wird eine der beiden Ein-Zimmer-Wohnungen beziehen. Er arbeitet in der Kasseler Werkstatt I in der Mündener Straße. Er lebt seit 1986 im stationären Bereich der Diakonie-Wohnstätten. Er versucht zum zweiten Mal außerhalb des Heimbereichs zu leben. Er guckt in seiner Freizeit gerne Fußball und verfolgt die Fußball-Bundesliga. Sein Lieblingsverein ist Borussia Dortmund.



Fotos: Rose-Marie von Krauss

Im Gespräch mit ihren Klienten: Dusanka Cecic und Einrichtungsleiter Ernst-Georg Eberhardt.

Haus. Einmal begleite ich drei Bewohner. Martin Schill, so erfahre ich von seiner Freundin, geht in der Werkstatt dem Hausmeister zur Hand, muss noch länger arbeiten. Antje Binder kommt später hinzu. Sie kommt immer etwas später, weil sie mit dem Bus fahren muss. Die drei anderen kennen sich im Rohbau gut aus, bewegen sich sicher über wacklige Balken und provisorische Treppen.



Foto: Rose-Marie von Krauss

Besichtigung der Baustelle (v. l.): Krystian Kuklinski, Klaus-Dieter Welch, Dusanka Cecic und Sigrid Scheiding.

Sie können die Funktion der einzelnen Räume benennen, wobei auch klar wird, dass sie sich noch gar nicht vorstellen können, wie es aussieht, wenn alles fertig ist. Das erste Mal ist ein wenig Unsicherheit bei ihnen zu spüren. Die ist aber schnell verfliegen, als Antje Binder vor dem Haus mit uns zusammentrifft und sich bei Krystian Kuklinski erkundigt: „Schatz, wie sieht's aus?“ „Gut“, lautet die Antwort.

Volles Programm

Auf dem 10-minütigen Weg von der Baustelle zur Gustav-Heinemann-Wohnanlage, auf dem ich sie bei meinem zweiten Besuch begleite, um ihr derzeitiges Zuhause zu sehen, wenden sie sich dann wieder anderen Dingen zu, wie etwa dem neuen Fahrrad, das Antje Binder möglichst schnell haben will, oder ihren Ferien. Urlaub machen drei von ihnen vor dem Umzug auch noch. Martin Schill und Sigrid Scheiding waren schon in Kroatien. Den anderen steht der Urlaub noch bevor. Sie fahren mit ihrer Gruppe aus dem „Haus Kaufungen“. Zwischen den Diakonie-Wohnstätten und einer kroatischen Behinderteneinrichtung gibt es seit einigen Jahren enge Kontakte, die mit Besuchen hier und dort gut gepflegt werden. Und Krystian Kuklinski hat sogar noch mehr vor: Er spielt mit der Fußballmannschaft der Diakonie-Wohnstätten bei den Special-Olympics, einem internationalen Turnier, mit. Die Zeit bis zum Umzug, so bin ich mir bei ihren Berichten sicher, wird für sie schneller vergehen, als sie jetzt annehmen. Bis dahin ist vermutlich auch geklärt, ob

Stationär Begleitetes Wohnen

Das vorrangige Ziel des LWV bei der Betreuung von Menschen mit geistiger Behinderung ist, ihnen eine größtmögliche Selbstständigkeit und damit ihre Eingliederung in das gesellschaftliche Leben zu ermöglichen. Diesem Gedanken trägt das Konzept „**Wohnen im Verbund**“ Rechnung, weil es ein abgestuftes, vernetztes und durchlässiges System von Wohn- und Betreuungsangeboten mit unterschiedlichen Förderzielen und Betreuungsintensitäten beinhaltet. Das heißt, der Mensch mit geistiger Behinderung erhält die Hilfen und Unterstützung entsprechend seiner individuellen Möglichkeiten und Fähigkeiten nach dem Prinzip: „Soviel Hilfe wie nötig, aber soviel Selbstständigkeit wie möglich“.

Die Angebotsspanne reicht von der Betreuung im Wohnheim über die Außenwohngruppen, die Trainingswohnung über das Stationär Begleitetes Wohnen und das Betreute Wohnen bis hin zum Selbstständigen Wohnen.

Das **Stationär Begleitetes Wohnen** stellt eine Ergänzung der bestehenden stationären Angebote für Menschen mit geistiger Behinderung dar, während das Betreute Wohnen unter die Kategorie ambulantes Angebot fällt.

Bestehende Einschränkungen (Bedarfe) von Menschen mit geistiger Behinderung, z. B. in lebenspraktischer Hinsicht, die vielfach eine Aufnahme in das ambulante Betreute Wohnen bei stundenweise zugehen-

der Betreuung ausschließen, können im Stationär Begleitetes Wohnen aufgefangen werden. Gleichwohl ist ein hohes Maß an Eigenständigkeit der Bewohner gewährleistet. Fähigkeiten und Ressourcen werden intensiv gefördert, so dass ein Wechsel in das ambulant Betreute Wohnen häufig mittel- oder kurzfristig gelingt.

Diese Hilfeform hat sich für Menschen mit geistiger Behinderung bewährt, sowohl fachlich als auch wirtschaftlich. Die Kosten für die Betreuung im Stationär Begleitetes Wohnen liegen unter denen in einem Wohnheim. Im Rahmen eines zwischen dem LWV und den Diakonie-Wohnstätten vereinbarten Gesamtkonzeptes Wohnen im Verbund wurde für den Bereich Wohnen für Menschen mit geistiger Behinderung ein Einrichtungsbudget für die Jahre 2005 bis 2008 vereinbart. Darin sind die Zielsetzungen des Wohnverbundes – eine flexible, bedarfsgerechte und personenzentrierte Leistungsgewährung – festgeschrieben. „Das Einrichtungsbudget stellt eine geeignete Planungsgrundlage für die vereinbarte Veränderung der Angebotsstrukturen hin zu mehr ambulanten Angeboten dar“, beschreibt Jutta Siebert, als Regionalmanagerin zuständig für die Diakonie-Wohnstätten, einen Vorteil der Vereinbarung. Aufgrund der bereits vorliegenden positiven Erfahrungen strebt das Zielgruppenmanagement Einrichtungsbudgets mit weiteren Trägern an. (rvk)

„BAUSTEINE FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN“ –

LWV warb beim Hessentag für Betreutes Wohnen und Barrierefreiheit

Das **Betreute Wohnen für Menschen mit Behinderungen** sowie **„Theorie und Praxis“ für ein barrierefreies Internet** waren die **Schwerpunktthemen**, mit denen sich der LWV beim diesjährigen Hessentag in Weilburg Gästen aus allen Landesteilen vorstellte. An zehn Tagen konnten die Standbetreuer manch prominenten Gast begrüßen, insgesamt aber war in den Hallen der Landesausstellung gegenüber dem Vorjahr ein etwas schwächeres Besucherinteresse zu verzeichnen, was wohl überwiegend an der zu Fuß nur schwer zu bewältigenden Entfernung dieses Standortes vom Stadtzentrum lag.

Wir bauen ein Haus!

Mancher Besucher des Hessentages mag sich gewundert haben: In Halle 1 der Landesausstellung steht eine Spüle mit benutzten Kaffeetassen,



Gemeinschaftsaktion: Weilburgs Bürgermeister Hans-Peter Schick (l.); Ministerpräsident Roland Koch (3. v. r.); das Hessentagspaar Kerstin Abel und Dirk Petersen sowie zwei junge Standbesucher beim erfolgreichen Hausbau.
Foto: Dirk Obach

daneben eine gemütliche Sitzcke mit aufgeschlagenen Zeitschriften. Auch ein schon etwas antiquiertes Fernsehgerät ist nicht weit, sogar ein Hifi-Gerät ist vorhanden. Eine kleine „Wohnwelt“ wird durch einen ange deuteten Dachgiebel simuliert. Hat dort etwa jemand mitten in der Landesausstellung des Hessentags in

Weilburg sein Domizil bezogen? Nein, es war der Stand des LWV Hessen, der dort die Normalität des Wohnens von Menschen mit Behinderungen vorstellte. Und zwar im „Betreuten Wohnen“, einer Wohnform, die der LWV in den kommenden Jahren noch weiter ausbauen will, obwohl Hessen schon seit Jahren bundesweit an der Spitze liegt: Doppelt so hoch ist der Anteil des Betreuten Wohnens in Hessen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. Das und Vieles mehr zum Thema konnten Besucherinnen und Besucher des Hessentages am LWV-Stand erfahren.

Wer für nüchterne Zahlen und Fakten nicht zu begeistern war, konnte sich dem Thema spielerisch nähern: „Wir bauen ein Haus!“, hieß es in einer

„Hessentagssplitter“

Das Riesen-Puzzle am LWV-Stand war eine Station der von der Unfallkasse Hessen ausgerichteten „Kinderolympiade“, die aus fünf Aufgaben bestand, die an ebenso vielen Ständen in den Hallen 1 und 2 gelöst werden mussten. Nicht nur

das Hauspuzzle fand viele Freunde, mit dem „Heißen Draht“ wartete eine weitere Geschicklichkeitsübung auf die Standbesucher, die ebenfalls mit dem „Bestanden“-Stempel der Kinderolympiade belohnt wurde. (jda)



Erforderte Geschicklichkeit: Der „Heiße Draht“ lockte viele Kinder und Jugendliche an.

Foto: Dirk Obach

Mitmachaktion, bei der die Teilnehmer für ihren Einsatz belohnt wurden. Doch vor den Erfolg hatten auch hier die Götter den Schweiß gesetzt, denn knifflig wurde es beim zweidimensionalen Riesenpuzzle. Hier galt es, ein Haus zu bauen – Voraussetzung für das Leben in den eigenen vier Wänden. Große und kleine Standbesucher ließen sich denn auch nicht lange bitten, jonglierten und hantierten mit den knallroten Styroporelementen, bis das Haus stand

„Hessentagsplitter“

Er kam von einem Oldtimer-Rennen und wollte eigentlich nur noch kurz der kommenden Hessentags-Stadt Hessisch Lichtenau seinen Besuch abtun. Doch ließ es sich Bundesfinanzminister Hans Eichel nicht nehmen, auch beim Standnachbar LWV auf einen Sprung vorbeizuschauen. Dort ließ er sich von den ihn begleitenden

oder besser gesagt: lag, meist mit ein wenig Unterstützung der Standbetreuer. Dabei kam es auch auf eine gute Zusammenarbeit an. Die stellten die beiden Staatsminister Volker Bouffier und Karlheinz Weimar unter Beweis, die der Lösung gemeinsam auf die Spur kamen. (Wieder einmal) hoch hinaus wollte Ministerpräsident Roland Koch: Er türmte die Bausteine zunächst gewagt aufeinander, ließ sich dann aber doch von einem jungen Mitstreiter vom richtigen Weg überzeugen.

Barrierefreies Internet

Das Betreute Wohnen war nicht das einzige Thema auf dem Hessentagsstand des LWV: Gezeigt wurde auch, wie Barrierefreiheit, das heißt die unbeschränkte Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen, in

sozialdemokratischen Landespolitikern Jürgen Walter und Hildegard Pfaff erläutern, wie deren Sicht auf die gegenwärtige LWV-Reformdebatte aussieht. An der weiteren Entwicklung des Kommunalverbandes mit Hauptsitz in Kassel zeigte das frühere Stadtoberhaupt noch immer starkes Interesse. (jda)

einem wichtigen Praxisfeld, nämlich dem Internet, aussieht. Für Menschen mit Behinderungen, gerade für solche mit Sehbehinderungen, ist das Internet ein Kommunikationsmittel, das immer wichtiger wird. Doch bieten sich blinden und sehbehinderten Menschen dort noch immer unüberwindliche Hürden: Rund 80 % aller Internetseiten sind nicht barrierefrei. Der LWV präsentierte auf dem Hessentag seine Web Site, die den Vorgaben der Norm „W3C/WAI“ entspricht. Blinde und sehbehinderte



Kurzvisite beim LWV (v. l.): Bundesfinanzminister Hans Eichel; Hildegard Pfaff, MdL und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag; Gabriele Wolf, Partnerin von Hans Eichel; LWV-Mitarbeiter Jörg Daniel und Jürgen Walter, Fraktionsvorsitzender der SPD in Wiesbaden. Foto: Stadt Hessisch Lichtenau

Mitarbeiter des LWV demonstrierten einen PC mit Braillezeile und Sprachausgabe. Durch einen Internetzugang konnten Seiten im weltweiten Netz auf Barrierefreiheit getestet werden.

Tagung zum „Eingliederungsmanagement“

Um die Arbeitsbedingungen von Menschen mit Behinderungen in hessischen Unternehmen ging es in einer Begleitveranstaltung, die das Integrationsamt des LWV gemeinsam mit dem DGB-Landesbezirk Hessen anbot: Am 20. Juni 2005 kamen Schwerbehindertenvertrauensleute, Betriebs- und Personalräte sowie Beauftragte der Arbeitgeber im Hotel „Zur Krone“ in Löhnberg zusammen, um sich zum „Betrieblichen Eingliederungsmanagement“ auszutauschen. Das Sozialgesetzbuch Teil IX



Kabinett zu Gast: Finanzminister Karlheinz Weimar (l.) und Innenminister Volker Bouffier am LWV-Stand (Bildmitte). Foto: Dirk Obach

„Hessentagssplitter“

Das Betreute Wohnen ist eine Wohnform mit Zukunft. Die vom LWV für vier Jahre in voller Verantwortung übernommene Aufgabe war das Hauptthema am LWV-Stand. Wer an weitergehenden Informationen zu diesem Thema interessiert war, konnte auf die eigens zum Hessentag produzierte Broschüre „Betreutes Wohnen für Menschen mit Behinderungen in Hessen. Ein Baustein für ein selbst-

bestimmtes Leben“ zurückgreifen. Die Broschüre ist selbstverständlich über den Hessentag hinaus erhältlich. Interessierte können sie als Printausgabe beim Servicebereich Öffentlichkeitsarbeit des LWV, Ständepplatz 6 - 10, 34117 Kassel, Tel.: 05 61 / 10 04 - 20 60, anfordern oder die elektronische Fassung unter www.lwv-hessen.de herunterladen. (jda)

Diskussion um die Zukunft des LWV äußerten sich die Teilnehmer der Veranstaltung: In einer Resolution forderten sie den Erhalt des Kommunalverbandes, der weiterhin Ansprechpartner für Menschen mit Behinderungen in ganz Hessen bleiben solle. (jda)

(SGB IX) sieht präventive Maßnahmen für gesundheitlich eingeschränkte oder behinderte Mitarbeiter vor, um deren Leistungsfähigkeit am Arbeitsplatz zu erhalten. In Arbeitsgruppen wurden rechtliche Grundlagen wie auch betriebliche Beispiele erfolgreichen Eingliederungsmanagements vorgestellt. Eine Informationsbörse bot Möglichkeiten zur gegenseitigen Kontaktaufnahme und zum Erfahrungsaustausch. Auch zur aktuellen

Hessentagsthema: Barrierefreiheit im Internet. Hier informiert LWV-Mitarbeiterin Melanie Pelka einen Standbesucher.

Foto: Dirk Obach



Wenn Essen zur Pein wird ...

Krankheitsbilder von Bulimie und Magersucht wie auch Erkrankungsrisiko und –häufigkeit waren Themen der „Septemberfortbildung“ in der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters Rheinhöhe. Experten gehen davon aus, dass in westlichen Industrieländern die Wahrscheinlichkeit an Magersucht zu erkranken, bei rund 1 %, bei Bulimie bei 2 bis 4 % liegt. Die Erkrankungshäufigkeit wächst, auch der Anteil männlicher Erkrankter steigt. Was eine Essstörung aber praktisch für den Betroffenen und seine Familie bedeutet, wurde bei der Fortbildung sehr eindrücklich anhand des Selbstberichtes eines an Anorexie erkrankten Jugendlichen deutlich. Der Bericht von Falko, wie er hier genannt wird, wurde bei der Tagung vorgetragen. LWV-Info bringt ihn stark gekürzt. (jda/rvk)

Mein Weg zurück ins Leben

(Falko, 18 Jahre)

Ich heiße Falko und bin heute 18 Jahre alt. Mit 13, als mir die schwerste Zeit in meinem Leben noch bevorstand, war ich anders als heute, ein recht pummeliges, unsportliches Kind, das gerne viel und am besten ungesunde Sachen aß. (...) Ich war nicht etwa grundsätzlich mit meinem Leben unzufrieden, doch hatte ich immer das Gefühl, dass andere mit mir so, wie ich war, nicht zufrieden waren. Dies war für mich ein Problem, weil ich immer schon versuchte, es allen Recht zu machen, was mich damals wie heute oft in schwie-

rige Situationen bringt. Heute glaube ich, dass dieses Verlangen auch die Entwicklung meiner Magersucht förderte. Ein anderer Auslöser war mein Ehrgeiz, den ich nicht im Sport oder der Schule austobte, sondern in der Konkurrenz um die Anerkennung anderer Leute. Ich versuchte immer der Coolste zu sein und hatte jedes Mal Probleme damit zu akzeptieren, wenn ich einmal nicht der Sieger bei irgendetwas war. Die Tatsache, dass meine Eltern geschieden sind, beschäftigte mich hingegen damals wie heute eher weniger. Auch wenn mir während meiner Therapie oft gesagt wurde, dass dies wohl der Grund für meine Krankheit gewesen wäre. Doch diesen sehe ich nicht als alleinigen an. (...)

Für mich war es mehr als schwer zu ertragen, dass sich damals in meinem Freundeskreis um mich herum sehr viele Pärchen bildeten, ich jedoch nicht ansatzweise im Begriff war, eine Freundin zu bekommen, sondern immer nur daneben stand. Ich hatte das Gefühl, dass mich niemand bzw. keine wollte, und nachts, grübelnd im Bett, kam ich dann zu dem Schluss, dass es an meinem Übergewicht liegen musste. An einem Morgen nach solchen Grübeleien, als ich mich innerlich mit den Worten im Spiegel begrüßte: „Kein Wunder, dass Dich so niemand liebt“, fasste ich den Entschluss abzunehmen. (...)

„70 Kilo-Marke geknackt“

Meine Schwester war die Einzige, welche sich zu dieser Zeit bereits Sorgen um mich machte, da ich nicht mehr am gemeinsamen Mittagessen teilnahm. Dies stieß jedoch bei meiner Mutter und auch noch bei meinem Vater auf taube Ohren. Das Einzige, was mich sorgte, war die Tatsache, manchmal morgens nicht leichter als am Vortag zu sein. Ich hatte in der Schule das Gefühl, dicker als sonst auszusehen und aß an solchen Tagen dann besonders wenig. Bald

hatte ich dann auch die 70 Kilo-Marke geknackt, und Vater, welcher nun von meiner unermüdlichen Schwester wachgerüttelt worden war, übte massiven Druck auf meine Mutter aus, mein ungesundes Handeln zu unterbinden. Und so begann ich meine Schwester und meinen Vater als Neider zu sehen, welche mir bloß um alles in der Welt meinen Erfolg nicht gönnen wollten. Also beschäftigte ich mich rund um die Uhr mit



meinem Körper und mit dem Thema Essen, obwohl ich so gut wie nichts mehr aß. (...)

„... bei 18,5 Kilo angelangt“

Als ich schließlich 55 Kilo wog, wollte ich mein einstiges Traumgewicht einfach nur noch halten, aß jedoch nicht mehr als zu meinen besten Diätzeiten, da ich es mit mir selber nicht vereinbaren konnte. Und so war ich schließlich, nach knapp einem halben Jahr Martyrium, bei 48,5 Kilo angelangt. Ich war kräftemäßig am Ende und hatte einzig den Gedanken ans Essen und die fesselnde Angst vorm

-ESS- störungen



Alleinsein im Kopf, unfähig, aus diesem Kreislauf zu entkommen. Wenn Sie mich zu der damaligen Zeit gefragt hätten, ob ich glaubte, ein Problem zu haben, geschweige denn an einer Krankheit zu leiden, hätte ich Sie ausgelacht. (...)

Mein Vater brachte mich dann schließlich zu einem Freund, einem angesehenen Psychologen. Vorerst sollte ich mich nur einmal mit ihm unterhalten. Doch keine zwei Minuten, nachdem er mich sah, sagte er mir schon ins Gesicht, dass mein Körper nicht mehr lange mit mir dieses Spiel spielen würde und ich wahrscheinlich schon bald gegen die Krankheit Magersucht, an der ich litt, verloren haben würde. Dies traf mich wie ein Schlag ins Gesicht. Bis zu

Essstörung - konzeptioneller Ansatz der Rheinhöhe

Ein magersüchtiger Mensch ist u. a. darin krank, dass er/sie keinen wirklichen Leidensdruck in der akuten Situation des Gewichtverlusts hat. Im Gegenteil: Er/sie verwendet seine gesamten, zumeist überdurchschnittlichen Energien darauf, weitere Kilo zu verlieren. Auf der Rheinhöhe werden gerade in der ersten, der akuten Phase, die Eltern als Motoren der Veränderung genutzt. Das bedeutet konkret, dass sie angeleitet werden, in Stellvertretung für das Kind/den Jugendlichen vorübergehend die Verantwortung für Essen, Kalorienaufnahme bzw. -verbrauch zu übernehmen. Das heißt, dass die Eltern - mit fachlicher Beratung - entscheiden, was Sohn oder Tochter isst, wie viel Bewegung er oder sie hat usw. Dies führt in der Anfangssituation nicht selten zu machtkampfartigen Auseinandersetzungen mit dem das Kind beherrschenden inneren Magersuchtsmonster. Dieses Vorgehen ist aber hilfreich dafür, dass der/die Kranke sich von der „Obsession, nicht zu essen“ distanzieren kann. Erst dann entwickelt sich auch eine Therapiebereitschaft, sind also unsere psychotherapeutischen Maßnahmen möglich. Das Gelingen der Therapie

hängt wesentlich davon ab, wie stark und eindeutig die Eltern ihre Rolle ausfüllen können. Die Therapeuten können als Fremde nicht stärker sein als die Eltern.

Insofern war es für Falkos Eltern, die sich zum Zeitpunkt der Vorstellung noch in einer sehr konflikthafter Nachscheidungsituation befanden, eine Riesenaufgabe, den Sohn gemeinsam zum Essen zu bringen, und zwar in der häuslichen Lebenswelt. Das haben sie mit viel Anstrengung geschafft, und sie sind nach Einschätzung der Klinikmitarbeiter deshalb die „wahren Helden“. Als dann Falko nach anfänglichem Hin und Her kontinuierlich zunahm, hätte auch eine stationäre Behandlung zur Verfügung gestanden. Dies erübrigte sich deshalb, weil die Eltern die Sicherheit signalisierten, um mit der Situation allein zurechtzukommen. Für Falko war der Eingriff in seine Autonomie rund ums Thema Essen zugleich die Wiedererlangung der Freiheit, auf gesunde und altersangemessene Weise aktiv ins Leben zurückzukehren. Eine ambulante Therapie führte hier zum gewünschten Ziel.

Doris Mallmann/(rvk)

ESS

diesem Zeitpunkt hatte ich mich noch nie mit dem Gedanken auseinander gesetzt, dass ich an dem, was ich da tat, sterben könnte. Er besprach mit meiner Mutter meine stationäre Einweisung, welche eine Woche später erfolgen sollte, und er beruhigte sie, da sie jetzt erst verstand, was mit mir los war. Ich weiß noch genau, dass ich an diesem Abend seit langer Zeit etwas aß, da meine Angst um Anerkennung, mein Kreislauf im Kopf, durch diese Nachricht wie blockiert waren. Am nächsten Tag klappte ich dann zusammen. Ich war kaum noch in der Lage zu laufen, und da mein Kopf mich wieder ins Fitnessstudio treiben wollte, bat ich meine Mutter, mich in die Kinderklinik zu bringen. Dort wurde ich dann stationär aufgenommen und aß meine erste warme Mahlzeit seit Langem. Doch es sollte nicht lange dauern, bis mein Kopf die Kontrolle über mich zurückgewann und ich begann, die Nahrung, welche ich dort unbeaufsichtigt zu mir nehmen konnte, zu entsorgen und heimlich Liegestütze zu machen. Ich nutzte die Treppen, um Kalorien zu verbrennen, ich schmuggelte eine Waage in die Klinik, mit der ich schon bald das morgendliche Wiegen der Ärzte durch gezieltes Trinken manipulierte. (...)

„Schockzustand“

So langsam merkten die Ärzte, dass Sie mit mir nicht weiterkamen, da sie mir auch keine Therapien anbieten konnten und der Versuch, mich auf ein Normalgewicht zu bringen, durch mich bedingt scheiterte.

Also wurde ich in eine Psychosomatische Klinik eingewiesen, wo ich sofort nur noch unter Aufsicht mit anderen meine zubereiteten Mahlzeiten einnehmen durfte und auch täglich zu unterschiedlichen Uhrzeiten gewogen wurde. Des weiteren

bekam ich Bewegungs-, Musik- und Maltherapie, kombiniert mit Gesprächstherapie. Zu Beginn beeindruckte mich das alles sehr und mein Schockzustand, den ich bereits von der ersten Klinikeinweisung kannte, stellte sich wieder ein. Doch schon bald begann ich wieder mit den Manipulationen am Gewicht durch Wasser, da ich die Wiegezeiten durchschaut hatte, und auch mein heimlicher Sport wurde wieder ausgeübt. (...)

„Jugendpsychiatrie“

Nach fast einem Dreivierteljahr erhielt ich einen Termin in der Klinik Rheinhöhe, einer hessischen Kinder- und Jugendpsychiatrie. Allein dieser Name löste in mir einen Schock aus, und ich fragte mich zum ersten Mal an diesem Punkt, nach dreivierteljährigem Klinikaufenthalt, ob ich wirklich krank sei. An diesem Nachmittag jedoch, wo ich das erste Mal mit einer Jugendpsychiaterin sprach, zusammen mit meinen beiden Eltern in einer Runde, kann ich heute sagen, bekam ich Leben zurück. Nach Wochen, in denen ich niemanden sehen und hören durfte, was für mich das Schlimmste war, da ich kein Mitleid, keine Aufmerksamkeit und keine Liebe bekam, was doch genau das war, was ich wollte, schlug die Fachfrau meinen Eltern schließlich auf die Frage hin, wie es weitergehen sollte, vor, mich mit nach Hause zu nehmen. Ich war wie vor den Kopf gestoßen! Ich meine, nach fast einem Jahr in zwei Kliniken ohne eigentliche Erfolge sollte ich nach Hause kommen. In diesem Moment hatte ich das Gefühl, es geschafft zu haben, alle getäuscht zu haben und gleichzeitig durchzog mich eine tiefe Angst, wieder allein mit mir zu sein. Aber nicht nur ich war verwundert, auch mein Vater und meine Mutter konnten es kaum glauben. Sie mussten zweimal nachfragen, ob dies ernst gemeint sei. Dies wurde von ihr bejaht, jedoch stellte sie mehrere Bedingungen auf. Sie verlangte von meinen Eltern, dass sie sich mindestens zweimal täglich zum Mittag- und Abendessen zusammensetzen und mit mir zusammen eine Mahlzeit

gestalten sollten. Die weitere Bedingung war, ständig Kontakt zu halten zur Therapeutin, so dass im Falle einer Nahrungsverweigerung meinerseits eine sofortige stationäre Aufnahme in die Jugendpsychiatrie erfolgen könnte. (...)

Doch wirklich bewusst, dass sich mein Denken geändert hatte, wurde mir erst, als ich mich zwei Jahre später, lange nach dem letzten Gespräch auf der Rheinhöhe, zurück erinnerte und mein damaliges mit meinem derzeitigen Denken und Handeln verglich. Auch fiel mir auf, dass meine Gewichtszunahme von zehn Kilo nicht so schrecklich wie angenommen für mich war. Heute bin ich fast 19 Jahre alt und schaue dankbar auf diese Zeit zurück. Dankbar, weil ich viele wichtige Dinge fürs Leben gelernt habe, weil ich viel über mich in dieser schweren Zeit gelernt habe und auch dankbar, weil ich einer einzigen Therapiemaßnahme mein Leben verdanke. (...)

„67 ungelogene Kilo“

Wenn mich heute jemand fragen würde, ob ich mich als ganz geheilt einschätzen würde, würde ich ehrlich sagen, „Nein“. Aber ich glaube auch nicht, dass, wenn man einmal so schwer krank war, man wieder so wie früher werden kann. (...) Heute wiege ich 67 ungelogene Kilo, und ich versuche weder zu- noch abzunehmen. (...) Ich habe gelernt, die Anerkennung anderer Leute nicht überzubewerten und Kritik einzustecken, was ich zu Zeiten meiner Krankheit nicht konnte. (...) Es geht nicht darum, einfach nicht mehr in der Lage zu sein, zu essen. Es geht darum, auf der Suche nach Liebe, Anerkennung und Respekt von anderen einem falschen gesellschaftlichen Ideal nachzueifern.



INFO Weitere Informationen:

Leitlinien für Diagnostik und Therapie der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie e. V. Internet: www.dgkjp.de

LWV-TOCHTER UNTERSTÜTZT MODERNISIERUNGSPROZESS BEIM LANDSCHAFTSVERBAND WESTFALEN-LIPPE



Begleiteten die ANLEI-Einführung auf Seiten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (v. l.): Otto Reiners, Udo Niermann, Norbert Holtkamp, Michael Hübel, Sabine Rüffer, Christian Niemand, Annette Freuer und Jürgen Beuermann. Foto: Landschaftsverband Westfalen-Lippe

DAS BEIM LWV ENTWICKELTE EDV-VERFAHREN „ANLEI“ UNTERSTÜTZT DIE ARBEITSABLÄUFE BEI DER BEARBEITUNG VON KOMPLEXEN SOZIALLEISTUNGEN IN OPTIMALER WEISE. ZU DIESER AUFFASSUNG GELANGTEN AUCH FACHLEUTE DES LANDSCHAFTSVERBANDES WESTFALEN-LIPPE (LWL). DORT WIRD DAS VERFAHREN SEIT EINIGEN MONATEN IN DEN FACHBEREICHEN SOZIALES, PFLEGE UND REHABILITATION SOWIE KRIEGSOPFERFÜRSORGE EINGESETZT.

„Die Entscheidung für ANLEI war das Ergebnis eines umfassenden Auswahlprozesses. Wir haben unterschiedliche, am Markt erhältliche DV-Verfahren verglichen“, erläutert LWL-Projektleiter Otto Reiners. Nach eingehendem Leistungsvergleich entschieden sich die Experten aus mehreren Fachbereichen des LWL für ANLEI, da sowohl technischer als auch fachlicher Support am umfassendsten den Ansprüchen der LWL-Beschäftigten entsprach. Mit Unterstützung des neuen DV-Verfahrens

ANLEI konnten im Fachbereich Soziales des LWL weitreichende Modernisierungsmaßnahmen umgesetzt werden. Zu den organisatorischen Veränderungen zählte beispielsweise die Verlagerung des Abrechnungsgeschäfts von der zentralen auf die dezentrale Ebene der Sachbearbeitung. Gleichzeitig läutete ANLEI auch das Zeitalter der „Doppik“, also der kaufmännischen Buchführung, ein. Wichtig war dabei die Verknüpfung mit dem Rechnungswesen. Die Leistungsgewährung mittels ANLEI ermöglicht, dass bewilligte und abgerechnete Leistungen über eine integrierte Schnittstelle direkt an das SAP R/3-Verfahren übergeben werden. Jeder der ca. 360 Anwender des Verfahrens kann nun im täglichen Einsatz auf die Software bei der ganzheitlichen Sachbearbeitung bzw. dem Fallmanagement zurückgreifen. Die Arbeitsabläufe von der Antragstellung bis zur Leistungsgewährung und -abrechnung werden durch ANLEI umfassend und durchgängig unterstützt. Projektleiter Michael Hillmann von der ANLEI-Service GmbH hat bei

den Anwendern große Akzeptanz und Zufriedenheit festgestellt. Doch die musste erst erarbeitet werden: „Die Herausforderung bei dem Projekt bestand in der umfangreichen Übernahme bestehender Altdaten sowie einer sehr komplexen intelligenten Schnittstelle zu dem beim LWL im Einsatz befindlichen SAP R/3-Verfahren“, resümiert Hillmann. Doch am Ende des Entwicklungsprozesses seien alle Beteiligten mit der maßgeschneiderten Lösung sehr zufrieden gewesen. Die positive Stimmung im Modernisierungsprozess wollen die LWL-Verantwortlichen nutzen, um demnächst weitere Aufgaben mit dem Softwarepaket ANLEI bearbeiten zu können. Ganz konkret steht die Integration der Leistung „Gewährung und Abrechnung des Blindengelds“ in das Verfahren ANLEI auf der Agenda der Organisationsentwicklung. Auch sollen Leistungsvorgänge mit den Einrichtungen in Westfalen-Lippe künftig mittels ANLEI automatisiert abgerechnet werden.



INFO ANLEI-Ansprechpartner beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe in Münster ist Otto Reiners, Tel.: 02 51 / 5 91 – 47 72. Beim LWV Hessen steht Geschäftsführer Hubert Kothe, Tel.: 05 61 / 10 04 – 26 27 für weitere Informationen gern zur Verfügung.

ANLEI-SERVICE GMBH

Die ANLEI-Service GmbH ist eine hundertprozentige Tochter des LWV. Sie erbringt Servicedienstleistungen, die im Zusammenhang mit der Vermarktung des DV-Verfahrens ANLEI stehen. Dazu gehören Projektierung und Projektmanagement zur Anpassung des Verfahrens beim jeweiligen Kunden wie auch Systempflege und -weiterentwicklung. Die Service GmbH bietet auch Beratung und Schulung an. Geschäftsführer der GmbH ist der Leiter des Servicebereiches Datenverarbeitung, Hubert Kothe. (jda)

Sommerfeste in LWV-Ein



„Musik liegt in der Luft“, lautete das Motto des diesjährigen Sommerfestes der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters in Herborn am 2. Juli. Mehrere hundert Besucher erfreuten sich an einem bunten Programm für Groß und Klein. Dabei ertete die Folkloregruppe des Herborner Deutsch-Türkischen Freundschaftsvereins mit ihren Tänzen viel Applaus. (rvk)

Foto: Klaus Kordesch



„Miteinander - Füreinander“ - unter diesem Motto feierten Gäste, Beschäftigte, Bewohner und Patienten im ZSP Kurhessen am 16. Juli ihr Sommerfest in der Parkanlage vor dem Sozialzentrum. Ein kurzweiliges Programm mit Spiel, Musik und Tombola garantierte gute Unterhaltung. Besonderen Anklang fand die Aufführung eines „orientalischen Tanzes“ der Frauenbeauftragten Sonja Schäfer. (rvk)
Foto: ZSP Kurhessen



Kutschfahrten, Hüpfburg, Spiel- und Bastelangebote begeisterten die Jüngsten; Live-Musik und Tombola machten besonders den großen Besuchern Spaß beim Sommerfest der HPE Herborn am 11. Juni. An den kulinarischen Genüssen konnten sich alle erfreuen. So fand das Fest großen Anklang bei Bewohnern, Mitarbeitern und Besuchern. (rvk)

Foto: HPE Herborn

Eine bunte Mischung aus Unterhaltung, Musik, Information und Besuchungsmöglichkeiten begeisterte viele hundert Besucher – darunter Ehrengäste aus dem litauischen Partnerkrankenhaus, dem Siauliai Psychiatric Hospital – am 17. Juli beim Sommerfest und Tag der Offenen Tür im Waldkrankenhaus Köppern in Friedrichsdorf. Dichtes Gedränge herrschte beim Auftritt der Percussions-Formation „Samba Libre“. (rvk) Foto: Dieter Becker



richtungen



Schminkecke, Tombola, Fahrradparcours waren am 17. Juni nur einige der zahlreichen Angebote beim Sommerfest des ZSP Philipphospital in Riedstadt. Das Zentrumsfest wurde in diesem Jahr auf dem Gelände der Kinder- und Jugendpsychiatrie gefeiert, die gleich ihren 30. Geburtstag mitfeiern konnte. Traditionell gab es bei der Tombola wieder Hub-schrauberflüge zu gewinnen. Da konnte, wer Glück hatte, sich den großen Andrang an den zahlreichen Verkaufs- und Informationsständen von oben ansehen. (rvk)

Foto: Michael Spallek



Nach einem Kirchspielgottesdienst in der Klosterkirche begann am 3. Juli im ZSP Haina das Sommerfest. Neben den obligatorischen Angeboten eines Sommerfestes wie etwa unterschiedliche Musikdarbietungen, Tombola und Kinderschminken konnten die interessierten Gäste in Haina auch die Aromatherapie, Akupunktur und Akupressur kennen lernen. Es standen den zahlreichen Besuchern auch beide Museen für einen Besuch offen. (rvk)

Foto: ZSP Haina

Große Begeisterung herrschte beim Sommerfest im Walter-Adlhoeh-Heim, der HPE in Weilmünster, das die Bewohnerinnen und Bewohner am 13. Juli feierten. Schatzsuche und Büchsenwerfen fanden im Innenhof statt, Musik und Tanz im Festsaal. Mit Unterstützung des örtlichen Landfrauenvereins kamen die Gaumenfreuden nicht zu kurz: Waffeln, Gebrülltes und Cocktails standen auf der Speisekarte.

Ursula Hildmann/(rvk) Foto: Ursula Hildmann

Mit Unterstützung des Vereins „Hilfe für Psychisch Kranke e. V.“ wurde am 21. Juli im ZSP Bergstraße ein Sommerfest auf die Beine gestellt. Mit einer fröhlichen Polonaise begann das Fest, das genauso froh mit Gesang und Tanz weiter ging. Daneben konnten auch Tombolalose gezogen, Dosen geworfen oder mit dem Klinikseelsorger Boule gespielt werden. Eine Ergotherapeutin erstellte mit Gästen und Patienten ein sog. Laufbild.

Susanne Jooss/(rvk)

Foto: Dieter Schwarz

Klinikum Weilmünster: Erster Gesundheitstag zum Thema Schlaganfall



Assistenzärztin Petra Netusil untersucht die Halsschlagader einer Besucherin. Foto: Frank Masuch

Das Klinikum Weilmünster veranstaltete im Mai den ersten Gesundheitstag über das Thema Schlaganfall. Neben einer Reihe von Vorträgen konnten die Besucher kostenlose Vorsorgeuntersuchungen nutzen und ihr persönliches Schlaganfall-Risiko einschätzen lassen.

Einer der Referenten war Prof. Dr. Claus Hornig, Chefarzt der Klinik für Neurologie Weilmünster. Er verwies auf die Besorgnis erregend hohen Patientenzahlen. Jährlich erlitten 170.000 Menschen in Deutschland einen Schlaganfall, den 40 % nicht länger als ein Jahr überlebten. Viele Patienten blieben Pflegefälle, so Hornig. Doch so groß das Problem bereits heute sei, so erschreckend sei ein Blick in die Zukunft. Mit 300.000 Neuerkrankungen im Jahr 2050 rechnen Experten wie Hornig. Zugleich betonte der Mediziner die große Bedeutung einer gesunden Lebensweise, um das Schlaganfallrisiko deutlich zu reduzieren. Besonders wichtig sei der Verzicht auf Tabak, aber auch regelmäßiger Sport und eine gesunde Ernährung trügen dazu bei, Schlaganfälle zu verhindern. Risikofaktoren seien hingegen Diabetes, Alkoholmissbrauch und Bewegungsmangel. Außerdem würden Bluthochdruck, eine erbliche Vorbelastung sowie Herzerkrankungen die Prognose verschlechtern, so das Fazit der Experten.

Gesundheits-Checks

Außer zahlreichen Vorträgen zum Thema Schlaganfall und Prävention, die allesamt gut besucht waren, bot der Weilburger Gesundheitstag der interessierten Öffentlichkeit noch viele kostenlose Vorsorgeuntersuchungen an. Neben einer Ultraschalluntersuchung der Halsschlagader oder der Messung des Cholesterin- und Blutzuckerspiegels waren auch Bio-Aging und eine Körperfett-Analyse im Programm. Der Andrang der Besucher war so groß, dass schnell viele Gesundheits-Checks restlos ausgebucht waren.

An der Durchführung der Veranstaltung waren viele Helferinnen und Helfer des Klinikums Weilmünster und der Region beteiligt. Neben dem medizinischen Fachpersonal, das dem Publikum mit Rat und Tat zur Seite stand, sind auch die Kindertagesstätte Zwergenland mit einer Bildergalerie zum Thema „Wie lebt man gesund“ und besonders Marianne Ilge-Reuter, Mitarbeiterin des Sozialdienstes des neurologischen Akut-Klinikums, zu nennen, die den Gesundheitstag organisiert hatte. Die Klinikleitung bewertete den Gesundheitstag abschließend als erfolgreich, da eine große Zahl interessierter Bürger mit der Veranstaltung erreicht worden sei. (cgy)

Beschäftigungsquote Schwerbehinderter steigt auf 8,5 %

Rationalisierung, Stellenabbau, Arbeitsverdichtung. Da entsteht die Sorge, dass Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen nicht mehr „mitkommen“ und daher überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Kein unbegründeter Gedanke: Die Zahl arbeitssuchender Menschen mit Behinderungen ist jüngst wieder kräftig gewachsen. Doch es gibt auch Gegenbeispiele: Trotz Stelleneinsparungen hat der LWV 2004 den Beschäftigungsanteil schwerbehinderter Menschen erneut steigern können. In seinen Verwaltungsdienststellen, Regie- und Eigenbetrieben arbeiteten zum Ende des vergangenen Jahres insgesamt 627 schwerbehinderte Menschen. Damit wuchs der prozentuale Anteil in 2004 gegenüber dem Vorjahr von 7,85 % auf 8,51 %. Der LWV kann somit sowohl die gesetzlich vorgeschriebene Quote von 5 % wie auch die Vorgabe seiner Verbandsversammlung von 6 % deutlich übertreffen. „In unserer Funktion als hessisches Integrationsamt weisen wir häufig darauf hin, dass behinderte Menschen wichtige Mitarbeiter sind, die in jedes Unternehmen passen und dort wertvolle Arbeit leisten. Ich freue mich sehr, dass wir dies durch einen wachsenden Mitarbeiteranteil in unseren Dienststellen auch ganz praktisch unter Beweis stellen können“, kommentierte LWV-Landesdirektor Lutz Bauer im Mai die neuen Zahlen. Behinderte Menschen seien von Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich betroffen: „Die Praxis beim LWV hat deshalb auch Vorbild- und Signalwirkung, behinderten Menschen im Berufsleben eine Chance zu geben“, ist sich der LWV-Chef sicher. (jda)

Beschäftigungsanteil schwerbehinderter Menschen beim LWV Hessen:

2002	7,43 %
2003	7,85 %
2004	8,51 %

Bioprothese für zerstörte Gelenke



Herkömmliche Silikon- (l.) und neuartige Bioprothese im Vergleich.

Foto: Dietmar Fierenz

„Die Feinmotorik funktioniert wieder, es ist nur die Kraft, die noch fehlt“, sagt Bettina Meister, Patientin der Orthopädischen Klinik Kassel (OK). Bettina Meister nimmt in der Kasseler Klinik an einer EU-Studie teil, die eine neuartige Bioprothese zur Behandlung von Rheuma und Arthrose (Gelenkverschleiß) erprobt. Bisher verlief die Studie an dem Rheumazentrum positiv: „Die Ergebnisse der bisherigen 25 Operationen sind überwiegend zufriedenstellend und ermutigend“, sagt Dr. Burkard Mai, Leiter der Orthopädischen Klinik Kassel, anlässlich der Vorstellung der neuen Bioprothese.

Rheuma und Arthrose sind Volkskrankheiten, die zehn Millionen Menschen in Deutschland betreffen und zur schmerzhaften Zerstörung von Zehen- und Fingergelenken führen können. Herkömmliche Prothesen bestehen aus Silikon und werden in die Gelenkknochen implantiert. Deshalb können sie später Allergien gegen Silikon auslösen und den Knochen belasten. Außerdem brechen die Silikon-Prothesen beim Gebrauch des Gelenkes gelegentlich, weil auf

sie dabei große Kräfte wirken.

Die neuartige Bioprothese basiert dagegen auf langkettigen Milchsäuremolekülen und wird nicht im Knochen verankert, sondern als kissenartiges Implantat in das Gelenk eingesetzt. Nach der Operation löst es sich innerhalb von sechs Monaten im Gelenk vollständig auf. Dabei ersetzt der Körper das Implantat durch sein eigenes Weichteilgewebe. Aus diesem Grund verursacht die Bioprothese keine Folgeschäden – wie herkömmliche Prothesen.

Die Bioprothese wurde in Finnland entwickelt und dort sechs Jahre getestet. „Die erfolgreichen Ergebnisse veranlassten die EU-Kommission in Brüssel 2004 eine internationale Studie ins Leben zu rufen und bis 2009 zu finanzieren. An dieser EU-Studie nehmen neben unserer Klinik jeweils eine Klinik in Finnland (Heinola), Schweden (Lund) und Italien (Modena) teil“, so Prof. Dr. Werner Siebert, Ärztlicher Direktor und Leiter des EU-Projekts „Bioprothese“ an der Orthopädischen Klinik Kassel.



INFO

Nähere Informationen zur Bioprothese und der EU-Studie erhalten Sie bei Dr. Sabine Mai, Tel.: 05 61 / 30 84 - 2 29, EMail: smail@okkassel.de. (cgy)

Selbstbestimmung und Wahlfreiheit stärken

Den Dialog und die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in die Weiterentwicklung der Behindertenhilfe hält der Erste Beigeordnete des LWV, Uwe Brückmann, für unentbehrlich. Das betonte der Vizechef des Kommunalverbandes bei einem Besuch im Kasseler Zentrum für Selbstbestimmtes Leben, in das ihn der „Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter e. V.“ (fab) im Juni eingeladen hatte. Dabei möchte Brückmann künftig stärker auf Offene Hilfen wie dem Persönlichen Budget setzen, auch erwartet er von den betroffenen Menschen Anregungen für eine effektivere Gestaltung der Behindertenarbeit beim LWV. Für Vorstandsmitglied Ottmar Miles-Paul sind behinderte Menschen zu mehr fähig, als ihnen die Gesellschaft herkömmlich zutraut. Miles-Paul forderte eine Reform der Behindertenarbeit, bei der Wahlfreiheit und Selbstbestimmung größeres Gewicht erhielten. Ziel müsse dabei ein Leben in der Gemeinde sein, nicht „auf der grünen Wiese“.

Der Besuch Brückmanns im Kasseler Zentrum war das Ergebnis einer Vereinbarung, die anlässlich einer Aktion von Behindertenorganisationen zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung Behinderter am 4. Mai getroffen wurde. Sie knüpft an den Besuch einer Gruppe von Vertretern aus der Behindertenselbsthilfe bei Landesdirektor Lutz Bauer im Februar an. Der gegenseitige Austausch soll fortgesetzt werden: Im Oktober stellt Stefan Göthling, Geschäftsführer des „Netzwerkes People First Deutschland e. V.“ seine Auffassungen zum Wohnen behinderter Menschen auf einer Fachtagung des LWV vor. (jda)

Phil Hubbe (III)



LWV schreibt WALTER-PICARD-PREIS 2006 aus

Mit dem „Walter-Picard-Preis“ zeichnet der LWV besondere Verdienste in der gemeindepsychiatrischen Versorgung der hessischen Bevölkerung aus. Er ist mit 5.000 € dotiert und wird alle zwei Jahre vergeben. Nach Ausschreibungen in 2002 und 2004 hat der LWV nun erneut dazu aufgerufen, Vorschläge bis zum 31. Oktober 2005 einzureichen. Der im Jahr 2000 im Alter von 76 Jahren verstorbene Walter Picard aus Offenbach war einer der Initiatoren der Psychiatrie-Enquete.

Mit der Auslobung des Preises will der LWV an Picard erinnern, aber auch Reformideen der Psychiatrie-Enquete unterstützen sowie ehrenamtliches Engagement zu Gunsten psychisch kranker Menschen ermutigen.

Der Walter-Picard-Preis kann an Personen, Institutionen und Organisatio-

nen verliehen werden, die sich im Sinne der Psychiatrie-Enquete insbesondere um die sozialpsychiatrische Versorgung der hessischen Bevölkerung verdient gemacht haben. Ausgezeichnet werden können auch Initiativen des „nicht-institutionellen“ Bereichs wie zum Beispiel Laienhelfergruppen, Beratungsangebote, Nachbarschaftshilfe etc. Vorschlagsrecht für die Verleihung des Walter-Picard-Preises haben Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Institutionen. Vorschläge für die Preisverleihung müssen bis zum 31. Oktober 2005 an den LWV Hessen in Kassel gerichtet werden.



Die vollständigen Ausschreibungsbedingungen können nachgelesen werden unter:

www.lwv-hessen.de

Motor des Wandels – Controlling im Gesundheitswesen

Der wachsende Kostendruck im Gesundheitswesen und die Instrumente, diesem zu begegnen, war Thema eines Interviews, bei dem Jörg Bühring, kommissarischer Betriebsleiter im ZSP Am Mönchberg, Hadamar, und Detlef Meuser, im gleichen ZSP Controller, Wissenschaftlern der Otto-Beisheim-Hochschule, einem renommierten Institut für Unternehmensführung in Vallendar, zur Verfügung standen. Bühring und Meuser stellten in dem Gespräch heraus, dass ein effizientes unternehmensbezogenes Controlling eine Antwort auf die gegenwärtige Herausforderung sei, mehr Transparenz in das eigene Kostengefüge zu bringen. Dabei war es zunächst Hauptaufgabe des 2002 neu eingeführten Controllings, Kostenrechnung und Berichtswesen aufzubauen sowie Einsparpotenziale aufzudecken. Dazu habe auch gehört, Kommunikations- und Informationsflüsse zwischen Verwaltungsabteilung und klinischen Fachabteilungen zu verbessern, um somit die laufende Budgetüberwachung effektiver zu gestalten. Den Anstrengungen um Kostendämpfung seien allerdings strukturelle Grenzen gesetzt, sagten Bühring und Meuser, denn über 80 % der Kosten seien Personalkosten. Personal für die medizinischen und therapeutischen Leistungen könne nicht einfach abgebaut werden, soweit nämlich die Klinik verpflichtet sei, auch Vorgaben der Psychiatrie-Personalverordnung (Psych-PV) zu beachten. Durch fachliche Anforderungen und tarifliche Kostensteigerungen gerate man angesichts der seit Jahren gedeckelten Budgets und der Vorgaben zur Budgetgestaltung in eine wachsende Kosten-Erlös-Schere. Mit Blick auf die Psych-PV würde man Personalkosteneinsparungen vornehmlich außerhalb der medizinisch-therapeutischen Bereiche anstreben. Daher kam es bereits für die Bereiche Reinigung, Wäscherei und Küche zu Organisationsänderungen. Aber auch



Arbeitsabläufe effizienter gestalten, Dienstleistungsqualität erhöhen: Das neue Klostercafé im ZSP Am Mönchberg in Hadamar.

Foto: ZSP Am Mönchberg

beim Sachaufwand und bei medizinischen Verbrauchsmitteln konnte das ZSP erfolgreich auf die Kostenbremse treten: So zum Beispiel bei den

Medikamenten durch Umstellung des Bestellwesens und bei den Laboranalysen durch eine kritischere Praxis bei der Beurteilung, ob auf-

wändige Analysen notwendig sind. Mit der Implementierung einer betrieblichen Kostenträgerrechnung und dem Aufbau strategischer Partnerschaften sehen die beiden Finanzfachleute geeignete Schritte, das ZSP für die Zukunft fit zu machen. Frühzeitig genug relevante betriebliche Risiken zu erkennen, wird zur Überlebensfrage für Krankenhäuser in einem umkämpften Markt. Daher wollen Bühring und Meuser das vorhandene Risikomanagement ausbauen, mit dem sie solche Risiken identifizieren, analysieren und beurteilen. Auch das setzt eine funktionierende innerbetriebliche Kommunikation voraus: Klar strukturierte Meldewege sollen dies ermöglichen. (jda)



Das vollständige Interview wurde veröffentlicht in: Zeitschrift für Controlling & Management, Sonderheft Nr.1/2005 Kostensenkung und Controlling, S. 6 – 10, www.zfcm.de

„JPMCCC“

Im vergangenen Jahr sicherte das Team des ZSP Hadamar die Teilnahme von LWV-Beschäftigten. In diesem Jahr trat eine Formation des ZSP Hochtaunus beim diesjährigen – dem 13. - „JPMorgan Chase Corporate Challenge“ im Juni in Frankfurt am Main an. Und gewährleistete so erneut eine Teilnahme von LWV-Beschäftigten.

Dabei sein...

13 Mitarbeiter des Waldkrankenhauses Köppern und des Bamberger Hofes starteten gemeinsam mit 58.454 weiteren Teilnehmern auf die 5,6 Kilometer lange Wettkampfstrecke rund um die Alter Oper. „Dabei sein ist alles“ lautete ihr Motto, befanden sich doch auch ungeübte Freizeitsportler im Team. Damit neben dem ursprünglichen Ziel des Wettkampfs, nämlich den Teamgeist von teilnehmenden Organisationen und Unternehmen zu stärken und so die Unternehmenskultur positiv zu beein-



Glückszahl 13: Das 13-köpfige Team des ZSP Hochtaunus, das beim 13. „JPMorgan Chase Corporate Challenge“ in Frankfurt an den Start ging.

Foto: ZSP Hochtaunus

flussen, auch ein sportliches Ziel angestrebt werden konnte, trainierten die Kollegen im Vorfeld. Die Beschäftigten aller Berufsgruppen trafen sich mehrfach am Mainufer. So wurden am Ende beide angestrebten Ziele erreicht: Alle 13 überquerten erfolg-

reich die Ziellinie, und das beim Training erlaufene Wir-Gefühl wurde gestärkt. Ach ja, so war zu hören: jede Menge Spaß hatten die ZSP-Kollegen auch. (rvk)

Klinik Haina erste KTQ-zertifizierte Psychiatrie in Hessen



Das Zertifikat stand im Mittelpunkt (v. l.): Annegret Bauch, Ehrenamtliche LWV-Beigeordnete; Dr. Hanns-Dierk Scheinert, Ehrenvorsitzender des KTQ-Gesellschafterausschusses; Dr. Rolf Speier, Ärztlicher Direktor der Klinik; Lydia Woelk-Dietrich, Krankenpflegedirektorin; Axel Görlach, QM-Beauftragter, und Jürgen Hammerschlag, ZSP-Betriebsleiter.

Foto: ZSP Haina

Die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Zentrums für Soziale Psychiatrie (ZSP) Haina hat als erste psychiatrische Fachklinik in Hessen ein Qualitätszertifikat „Kooperation für Transparenz und Qualität im Gesundheitswesen“ (KTQ) der gleichnamigen GmbH erworben. Die KTQ GmbH ist ein gemeinsames Zertifizierungsunternehmen der Krankenkassen, der Krankenhausgesellschaft und der Bundesärztekammer. Das KTQ-Zertifikat überreichte im Juni im Rahmen einer Feierstunde Dr. Hanns-Dierk Scheinert, Ehrenvorsitzender des KTQ-Gesellschafterausschusses, an die Krankenhausleitung. „Wir freuen uns über dieses Zertifikat, beweist es doch, dass der LWV als Träger psychiatrischer Krankenhäuser in Hessen im Bereich des Qualitätsmanagements führend ist“, erläuterte die ehrenamtliche Beigeordnete Annegret Bauch, die für den Krankenhausträger LWV an der Feierstunde teilnahm.

700 Fragen beantwortet

Die Klinik für Psychiatrie und Psycho-

therapie Haina beschloss im Februar 2004, ein Qualitätszertifikat der KTQ zu erwerben. Für die Erteilung eines solchen Qualitätszertifikates werden mit ca. 700 Fragen die erreichten Qualitätsstandards in der Behandlung, der Führung des Hauses, der Sicherheit und des Qualitätsmanagements überprüft. Mit großem Engagement gingen Krankenhausleitung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter daran, in zahlreichen Arbeitsprojekten die Zertifizierung vorzubereiten. So formulierten sie Qualitätsziele, systematisierten Pflegestandards und entwickelten Leitlinien zur Behandlung der häufigsten Diagnosen. Am Schluss erstellte die Klinik einen Bericht mit den Antworten auf alle 700 Fragen. Im Rahmen einer sogenannten Visitation überprüften Fachleute aus den Bereichen Arzt, Pflege und Verwaltung die Antworten vor Ort und bewerteten diese. Die Visatoren lobten besonders die erreichte Qualität der Behandlung, die kompetente und gut ausgebildete Mitarbeiter-schaft sowie die soliden Strukturen in der Krankenhausführung.

Ausgezeichnete „LWV-Häuser“

Die Klinik in Haina ist die erste Klinik innerhalb Hessens und des LWV, die nach KTQ-Richtlinien zertifiziert wurde. Die Klinik in Merxhausen, die im Februar 2004 als erste Psychiatrie ein Qualitätsmanagement-Zertifikat erhielt, wurde nach den Richtlinien DIN ISO 9001 : 2000 zertifiziert, ebenso wie das Zentrum für Soziale Psychiatrie Bergstraße, die im März 2005 ein DIN EN ISO 9001 : 2000-Qualitätsmanagement-Zertifikat erhielt. Die KTQ-Zertifizierung ist anders als die Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001 : 2000, weil sie speziell auf die deutsche Krankenhauslandschaft zugeschnittenes Verfahren ist. Die Vorgehensweisen unterscheiden sich, die Qualität der Zertifikate hingegen nicht. (rvk)

Die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Haina ist ein Betriebszweig des ZSP Haina. In Haina verfügt die Einrichtung über 117 stationäre Betten sowie eine Institutsambulanz. Darüber hinaus bietet sie eine Tagesklinik mit 15 Plätzen sowie eine psychiatrische Ambulanz in der Kreisstadt Korbach an. In der Klinik sind rund 250 Arbeitnehmer beschäftigt. (rvk)

Fachtagung zum Stationär Begleiteten Wohnen

Eine Nutzerbefragung zur Zufriedenheit im Stationär Begleiteten Wohnen (bisher: Intensiv Betreutes Wohnen) hat das LWV-Zielgruppenmanagement für Menschen mit geistiger Behinderung durchgeführt. Ziel der Untersuchung ist es, festzustellen, ob die Angebote in dieser Hilfeart bedarfsgerecht sind und die dort lebenden Menschen in ihrer Entwicklung und Entfaltung unterstützt werden. Die Ergebnisse der Befragung, die von Juli bis Mitte August stattfand, sollen auf einer Fachtagung am 10. Oktober im Ständehaus des LWV vorgestellt werden. Die Veranstaltung richtet sich an interessierte Menschen mit geistiger Behinderung, deren Angehörige und gesetzliche Vertreter, Leistungserbringer und andere Interessierte. (jda)



Das vorgesehene Tagungsprogramm und weitere Informationen sind erhältlich bei:

LWV Hessen

- Zielgruppenmanagement für Menschen mit geistiger Behinderung -
Ständeplatz 6 – 10

34117 Kassel,

Carmen Vaupel,

Tel.: 05 61 / 10 04 – 27 78,

E-Mail: carmen.vaupel@lwv-hessen.de

Erinnerung an das Kriegsende in Hadamar

2004 ist die Zahl der Einzelbesucher in der Gedenkstätte Hadamar zum ersten Mal über die 2.000-er-Marke geklettert. Einen Besucherrekord konnte das LWV-Memorial auch bei der Gesamtbesucherzahl verzeichnen: Rund 14.200 Personen besuchten die Gedenkstätte, überwiegend in Gruppen. 66 Studientage und Seminare fanden statt, mehr als 2.200 Unterrichtsstunden wurden den NS-„Euthanasie“-Verbrechen gewidmet. Historische Zusammenhänge herstellen und einen Bogen zur Gegenwart schlagen – immer wieder gibt es neue und aktuelle Anlässe zu Veranstaltungen.

Zum 60. Jahrestag des Kriegsendes und zur Befreiung Hadamars am 26. März 1945 führte die Gedenkstätte ein Projekt mit Schüler/innen der Fürst-Johann-Ludwig-Schule zum Thema Kriegsende, Befreiung und Erinnerung durch. Mit einem Fragenkatalog spürten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den eigenen Familien, bei Freunden und in der Nachbarschaft Erinnerungen an Kriegs- und Nachkriegszeit auf und stellten die Ergebnisse der Recherchen in einer öffentlichen Veranstaltung vor. Regine Gabriel, pädagogische Mitarbeiterin der Gedenkstätte, ging es in dem Projekt darum, das unverbundene Nebeneinander von wissenschaftlicher Aufarbeitung der NS-Zeit einerseits sowie privaten und familiären Überlieferungen andererseits aufzuheben und in einen Zusammenhang zu stellen. Zumal in vielen Fällen bisher eine familiäre Beschäftigung mit diesem belasteten Thema fehlte und Nachfragen durchaus befreiend wirken konnten: Sie habe zum ersten



Schüler/innen der Fürst-Johann-Ludwig-Schule in Hadamar stellen die Ergebnisse ihres Projektes zum Kriegsende vor.
Foto: Gedenkstätte Hadamar

Mal so richtig vom Krieg zu erzählen begonnen, sagte eine Großmutter, und beim Erzählen gespürt, dass ihre Enkeltochter ehrlich an den Geschehnissen interessiert sei. Die Hadamarer „Familiengeschichten und Familiengeheimnisse“ liegen nun auch als Publikation vor.

Ein weiteres, von der Gedenkstätte schon länger geplantes Publikationsvorhaben konnte ebenfalls abgeschlossen werden: Unter dem Titel „Transferred to Hadamar“ liegt nun auch eine englischsprachige Ausgabe des Ausstellungskataloges vor. Die Herausgabe des Kataloges wurde durch die Förderung von ULOBA, einem ambulanten Pflegedienst aus Norwegen der von Menschen mit Behinderungen selbst organisiert wird, möglich. (jda)



INFO

Regine Gabriel (Hg.): Familiengeschichten und Familiengeheimnisse. Erzählt und aufgeschrieben anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung von Hadamar, Hadamar 2005 (gegen Spende erhältlich).

Uta George (Ed.): „Transferred to Hadamar.“ An English Catalogue About the Nazi-„Euthanasia“-Crimes in Hadamar, Kassel 2005, € 7.

Beide Publikationen sind erhältlich bei:

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Funktionsbereich „Archiv, Gedenkstätten, Historische Sammlungen“
Ständeplatz 6 – 10

34117 Kassel

Tel.: 05 61 / 10 04 – 22 77 o. 23 04

Fax: 05 61 / 10 04 – 12 77 o. 13 04

E-Mail: kontakt-archiv@lwv-hessen.de

Pflegefamilienseminar in Herbstein



Kinder und Jugendliche auf dem diesjährigen Pflegefamilienseminar. Foto: Pflegefamilienteam

Zum traditionellen Pflegefamilienseminar des LWV trafen sich vom 10. bis 12. Juni in Herbstein 88 Eltern und ihre behinderten und nichtbehinderten Kinder, um sich über das Thema „Behinderung mit allen Sinnen erleben“ auszutauschen. Dabei konnten sich die Pflegeeltern mit der Entwicklung ihres behinderten Pflegekindes und den Auswirkungen der Behinderung auf dessen Gesamtentwicklung auseinandersetzen.

Das Seminar, das Mitarbeiterinnen des LWV-Pflegefamilienteams organisiert hatten, bot eine ganze Reihe von unterschiedlichen Veranstaltungen. So hatten die Pflegeeltern etwa Gelegenheit, sich in einem Sinnesparcours in die Lage eines sehbehinderten Menschen zu versetzen. Mit einer Spezialbrille wurde die Sehbehinderung simuliert. Anschließend mussten die so ausgestatteten Pflegeeltern

verschiedene Aufgaben aus dem Alltag lösen. So sollten sie etwa einen Faden durch ein Nadelöhr ziehen und stellten dabei fest, wie schwierig selbst einfachste Alltagsverrichtungen für viele Menschen mit Behinderung sind.

Nach dem Sinnesparcours stand ein Referat mit dem Titel „Gegen was kämpfen wir eigentlich?“ auf dem Programm, das von Diplom-Heilpädagoge Michael Michels aus Niestetal gehalten wurde. Er referierte über die Schwierigkeiten, die sich den Pflegekindern im Alltag stellen, welche davon entwicklungsbedingt und damit „normal“ und welche auf die Behinderung zurückzuführen seien. Anschließend stellten er, Angelika Martin, Leitende Ergotherapeutin, und Eva Klein, Leiterin einer Frühförderstelle für Sehbehinderte, die Themen der drei Workshops vor, aus

Hintergrund: Pflegefamilien

Pflegefamilien für Kinder und Jugendliche mit Behinderung gibt es seit mehr als 25 Jahren beim LWV. Von Anfang an sollten sie für junge Menschen mit einem Handicap eine Alternative zu einem vollstationären Heimaufenthalt sein. Außerdem haben Pflegefamilien das Ziel, den ihnen anvertrauten behinderten Kindern ein Höchstmaß an Selbstständigkeit und Autonomie zu ermöglichen. Die Altersgrenze ist dabei das 27. Lebensjahr des Betreuten. Finanzielle Unterstützung erhalten die Pflegefamilien in Form einer pädagogischen Aufwandsentschädigung und eines altersabhängigen Grundbetrages. Die Familien werden in ihrem Alltag pädagogisch vom LWV-Fachteam begleitet.

denen die Pflegeeltern wählen konnten: „Entwicklungsförderung, Beziehungsgestaltung und Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung“, „Ich spüre was, was Du nicht spürst“. Der dritte Workshop hatte das Thema: „Ich kann nichts oder wenig sehen. Wie wirkt sich diese Beeinträchtigung auf die Gesamtentwicklung eines Kindes aus?“.

Die Kinderbetreuung während des Seminars übernahm - wie seit 1991 - ein Team der Spielwiese e. V. aus Fulda, das zusätzlich den bunten Abend mit dem Thema: „Die ganze Welt ist bunt“ vorbereitete. Da die Spielwiese viel Erfahrung in der Arbeit mit behinderten Kindern hat, wussten die Pflegeeltern ihre Kinder in guten Händen und konnten sich so auf den Austausch mit anderen Betroffenen konzentrieren. (cgy)

Weihbischof besucht KPP Gießen



Weihbischof Neymeyr mit Klinikleitung, Mitarbeitern der Klinikseelsorge und Patienten.

Foto: Andrea Weiland

Weihbischof Dr. Ulrich Neymeyr besuchte im Juni die LWV-Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in

Gießen. Bei diesem Informationsbesuch, der im Rahmen der Visitation im Katholischen Dekanat stattfand,

standen die Klinikseelsorge und der Austausch mit den Beschäftigten im Mittelpunkt.

Bei der offiziellen Begrüßung betonte Betriebsleiter Siegfried Hüttenberger den hohen Stellenwert der Klinikseelsorge und äußerte den Wunsch, dass es zu keinem Stellenabbau kommen möge, der die Seelsorge in der KPP Gießen beträfe. Durch den Ausbau des Standortes steigere sich der Bedarf eher. Mit Einzelgesprächen und Gruppenangeboten wie das offene Singen, Gesprächsgruppen für Suchtkranke und das Kunstprojekt „Malen und Gestalten“ bietet die Klinikseelsorge für viele Patientinnen und Patienten eine wichtige Ergänzung zum normalen Behandlungsangebot.

Während eines Rundgangs durch den weitläufigen Park der Klinik informierte sich Neymeyr über die spezialisierten Behandlungsangebote der Gießener Klinik wie Depressions- und Mutter-Kind Behandlung. (cgy)

100 Jahre Bathildisheim e. V.

Den 100. Geburtstag des Bathildisheim e. V. feierte der Träger der Behindertenhilfe im Mai in Bad Arolsen mit einem Festakt. Neben einem Festvortrag gab es eine Reihe von Grußworten, mit denen die Arbeit des Vereins gewürdigt wurde. Für den LWV als Kostenträger gratulierte Beigeordnete Ingeburg Gründer-Schäfer. In ihrem Grußwort wies sie auf die großen politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen hin, insbesondere in der Behindertenhilfe. So hätten sich nicht nur die Angebotsformen verändert, sondern auch die Ansprüche der Beteiligten. Darüber hinaus dankte sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr tägliches Engagement vor Ort und den Verantwortlichen für eine gute und konstruktive Zusammenarbeit im administrativen Bereich.

Fürstin als Namensgeberin

Von Fürstin Bathildis zu Waldeck und



Das Haupthaus in Bad Arolsen.

Foto: Bathildisheim e. V.

Pyrmont wurde der Verein am 21. Mai 1905 gegründet. 1912 nahm er seine Arbeit als Einrichtung für behinderte Menschen auf. In den Anfängen betreuten wenige Beschäftigte rund 30 Menschen. Heute werden rund

850 Menschen mit verschiedenen Behinderungen von ca. 700 Mitarbeitern in unterschiedlichsten Einrichtungen betreut, gefördert und beschäftigt. (rvk)

AWO und LWV starten Modellprojekt „Integrierte Alten- und Krankenpflegeausbildung“



Besiegelten Kooperation mit Unterschrift und Handschlag: Herbert Dreisbach, Betriebsleiter ZSP Kurhessen (l.), und Michael Schmidt, Geschäftsführer der AWO gGmbH für soziale Einrichtungen und Dienste in Nordhessen. Foto: Michael Grün

Ab Oktober 2005 bieten die AWO-Altenpflegeschule Homberg/Efze und die Krankenpflegeschule am ZSP Kurhessen gemeinsam einen integrierten Ausbildungsgang an, der mit zwei staatlichen Anerkennungen zum „Gesundheits- und Krankenpfleger“ sowie zum „Altenpfleger“ abschließt. Für diese neuartige Ausbildung haben die beiden Partner im Juni einen Kooperationsvertrag unterzeichnet.

Die Ausbildung vermittelt wesentliche Elemente und Schlüsselqualifikationen der beiden Berufe, erläuterte ZSP-Betriebsleiter Herbert Dreisbach. Für Absolventen würden sich die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen, da sie in beiden Berufsfeldern tätig werden könnten. Michael Schmidt, Geschäftsführer der AWO gGmbH für soziale Einrichtungen und Dienste in Nordhessen, sieht die Zusammenführung von Kranken- und Altenpflege zu einem neuen Ausbildungsgang als Ergebnis von Veränderungen im Pflegealltag in Altenheimen und Krankenhäusern: Durch die wachsende Zahl älterer Patienten im

Gesundheitssystem wüchsen die Überschneidungen von Kranken- und Altenpflege. Eine integrierte Ausbildung sei sinnvoll, da die medizinischen Anforderungen in der Altenpflege stiegen, wie auch in den Krankenhäusern der Anteil an alten und dementen Patienten größer werde.

In diesem Jahr sollen 25 Schülerinnen und Schüler die dreieinhalb Jahre dauernde Ausbildung aufnehmen. Die theoretische Ausbildung wird an den Schulen in Merxhausen und Homberg/Efze angeboten. Zugangsvoraussetzungen für die Ausbildung sind entweder ein mittlerer Schulabschluss oder ein Hauptschulabschluss, der durch eine zweijährige Berufsausbildung oder durch eine einjährige Altenhilfe- oder Krankenhilfeausbildung ergänzt werden müsse. Für das Pilotprojekt – nur wenige Vorhaben dieser Art wurden bundesweit zugelassen – zeichnen die Schulleiter der beiden Schulen sowie das „Büro für Strukturentwicklung und Bildungsplanung“ der AWO Nordhessen verantwortlich. (jda)



Weitere Informationen sind erhältlich bei:

Altenpflegeschule der AWO
Obertorstr. 5
34576 Homberg/Efze
Tel.: 0 56 81 / 53 33
und Krankenpflegeschule im ZSP
Kurhessen
Landgraf-Philipp-Str. 9
34308 Bad Emstal-Merxhausen
Tel.: 0 56 24 / 60 – 2 52.

Praxisforum für betriebliche Integrationsteams

Ein „Praxisforum für Schwerbehindertenvertretungen“ hat das LWV-Integrationsamt im Juni erstmals angeboten. Es richtete sich an Mitglieder der Schwerbehindertenvertretungen unterschiedlicher Betriebe und Branchen, die bereits in den vergangenen zwei Jahren an einem Grundkurs teilgenommen hatten. Ziel der Veranstaltung, die in der Stadthalle in Friedberg stattfand: Das Integrationsamt bot den Schwerbehindertenvertretern ein Forum für den Erfahrungsaustausch zur betrieblichen Praxis. Auch wurde die Veranstaltung angeboten, um eine Zusammenarbeit von Schwerbehindertenvertretungen auf regionaler Ebene in Netzwerken zu initiieren. In regionalen Arbeitsgruppen wurden Konzepte zur zukünftigen Arbeit in diesen Netzwerken erarbeitet. Referate zu den Änderungen des SGB IX, Informationen über die Gestaltung einer Homepage für Schwerbehindertenvertretungen sowie ein Info-Markt rundeten die gut besuchte Veranstaltung ab.

Die Veranstaltung in Friedberg war Teil des umfangreichen Schulungsprogramms des Integrationsamtes. In dem jährlich neu aufgelegten Programm geht es um alle die Integra-



Vertiefung in Workshops: Kerstin Comparato, Mitarbeiterin im LWV-Integrationsamt (l.), während der Moderation in einem regionalen Arbeitskreis. Foto: LWV-Integrationsamt

tion schwerbehinderter Menschen betreffenden Themenschwerpunkte. Das Schulungsprogramm richtet sich insbesondere an das betriebliche Integrationsteam, das aus der

Schwerbehindertenvertretung, dem Betriebs- oder Personalrat sowie dem Beauftragten des Arbeitgebers besteht. Die Veranstaltungen sind in mehrtägige Grund- und Aufbaukurse

gegliedert. Danach folgen eintägige Informationsveranstaltungen zu speziellen Themen. Durch die Schulungen sollen die Mitglieder der betrieblichen Integrationsteams dahingehend qualifiziert werden, dass sie zum einen das Leistungsangebot des Integrationsamtes kennen und zum anderen möglichst früh und präventiv in den Betrieben tätig werden können, um die Integration und Teilhabe schwerbehinderter Menschen in das Arbeitsleben zu sichern.
Wolfgang Paul/(jda)



Das Schulungsprogramm ist erhältlich bei:
LWV Hessen

– Integrationsamt –
Ständeplatz 6 – 10
34117 Kassel
Tel.: 05 61 / 10 04 – 23 41
Es ist auch im Internet unter www.lwv-hessen.de zu finden.

Geländerallye im Walter-Adlhoch-Heim

„Warum immer in die Ferne reisen, um Abenteuer zu erleben?“ – Unter diesem Motto hatte der „i-Punkt“, der Förderverein für Menschen mit geistiger Behinderung im Walter-Adlhoch-Heim, im Juli die Bewohnerinnen und Bewohner zu einer Geländerallye eingeladen.

Mit gespannter Erwartung kamen die Bewohnerinnen und Bewohner. Sie bildeten mehrere Teams, die alle verschiedene Aufgaben auf einer Strecke von rund zwei Kilometern auf dem Gelände des LWV-Klinikums Weilmünster gGmbH zu bewältigen hatten. Beispielsweise waren im Park Dinge zu finden, die dort nicht hin gehörten: ein Hut, ein Stofftier, ein Steckenpferd und Anderes. Dann gab es ein Zielwerfen mit Sandsäckchen, und in einer Fühlkiste waren verschiedene Gegenstände zu ertasten. Zudem mussten unterschiedli-

che Fragen, wie: „Was macht der Heimbeirat?“, oder „Welcher Therapeut hat vier Beine?“ (Antwort: das Therapiepferd), beantwortet werden. Am Ende der Rallye gab es einen Geschicklichkeitssparcours und die spielerische Erprobung der Sicherheitsrutschen in der Wohnstätte „Apartmenthaus“. Nachdem alle die Geländerallye beendet hatten, wurden die erreichten Punkte ermittelt und jedes Team erhielt eine Urkunde. Und natürlich kamen auch die Gaumenfreuden nicht zu kurz, denn zum Abschluss gab es frisch Gegrilltes bei einem gemütlichen Beisammensein im Hof der Wohnstätte. Alle Beteiligten hatten viel Spaß an dieser Sommeraktion.
Ursula Hildmann/(rvk)

Der Geschicklichkeitssparcours

Foto: Ursula Hildmann



„Ungewöhnlicher Künstler“ – Helmut Mair erhält Kulturpreis



Künstlerisches Schaffen ausgezeichnet: Burkhard Albers, Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises (l.), und Preisträger Helmut Mair.

Foto: ZSP Rheinblick

Der Kulturpreis des Rheingau-Taunus-Kreises ist in diesem Jahr an den früheren Leiter des Ateliers im Kulturzentrum Eichberg (KUZ), Helmut Mair, verliehen worden. Mair ist heute für das Wohn- und Pflegeheim des ZSP Rheinblick tätig, darüber hinaus arbeitet er als freischaffender Künstler und hatte in den vergangenen Jahren Lehraufträge an der Akademie für Bildende Künste in Mainz inne.

In ihrem einstimmigen Votum lobte die Jury „die Einzigartigkeit und das Engagement des ungewöhnlichen Künstlers“, der sich sowohl aufgrund der Qualität seines eigenen umfangreichen Schaffens als auch wegen seiner Verdienste als Atelierleiter auf dem Eichberg durchgesetzt habe.

Mair habe das Atelier seit 1996 als einen „unverschulden, unmedizinischen und vordergründig untherapeutischen Raum aufgebaut“ und

gerade so Raum sowohl für künstlerische Entfaltung und kreative Entwicklung als auch für stabile zwischenmenschliche Beziehungen geschaffen, skizzierte Laudator Dr. Wolfgang Eirund die Verdienste Mairs. Dies stelle einen wesentlichen Faktor für seelisches Wohlbefinden und psychische Gesundheit dar. Obwohl Mairs eigene Arbeiten zunächst wenig Zusammenhänge zu den Arbeiten der Künstler des KUZ-Ateliers erkennen ließen, so Eirund weiter, falle ihm doch auf, dass fast alle seine Bilder sich mit der „Darstellung einer Realität beschäftigen, die eine sehr unsichere ist“.

Einzelbilder aus eigenen oder fremden Filmen etwa, die ihm als Anregung für seine Malerei dienten, schneide er aus der optischen Täuschung des Filmes heraus. Hier richte sich seine Aufmerksamkeit auf jene Bilder, die Bildstörungen aufweisen, den „beschädigten Realitäten“ des Filmes, die weder vom Filmmacher so gewollt und allzu oft vom Betrachter nicht wahrgenommen werden. So werde anders, aber dennoch wie in den Bildern der Menschen, die das Atelier nutzen, das „Für wahr nehmen“ der Eindeutigkeit einer Realität hinterfragt und zu einer Auseinandersetzung mit konventionellen Symbolen herausgefordert.

Impulse, die von Mairs Wirken im Atelier des Eichbergs ausgehen, waren auch bei einem Kunstwettbewerb zu verspüren, den der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen 2003 ausschrieb und der sich an Menschen mit Psychiatrieerfahrung richtete.

Mit fünf nominierten Werken war der Eichberg unter mehr als 5.000 Einsendungen eine der bundesweit erfolgreichsten Institutionen. Im September zeigt der LWV rund 60 ausgewählte Exponate in den Räumen seiner Hauptverwaltung in Kassel, darunter auch die Bilder aus der Kunsttherapie des Eichbergs.

Nach einer Krankenpflegeausbildung studierte Helmut Mair ab 1992 Philosophie und Kunsterziehung an der Universität in Mainz, wechselte bald zum Studium der Freien Bildenden Kunst über, das er als Meisterschüler von Prof. Klaus Vogelgesang an der Akademie für Bildende Künste beendete. Von 1990 bis 2005 war er Mitarbeiter im Kulturzentrum Eichberg, wo er 1996 die Atelierleitung übernahm. Seither hat Mair seine eigenen, aber auch die Werke von Klienten des KUZ-Ateliers in zahlreichen Ausstellungen präsentiert. (jda)

Integrationsamt legt Leistungsbilanz 2004 vor

Finanzielle und Beratungsdienstleistungen im Zusammenhang mit der Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe, aber auch Aufklärung, Information und Schulung zum Thema Menschen mit Behinderungen im Beruf zählen zu den Aufgaben des LWV-Integrationsamtes. Dazu gehören regelhafte Aufgaben wie der besondere Kündigungsschutz oder die behinderungsgerechte Ausstattung von Arbeitsplätzen, aber auch Pilotprojekte und Modellvorhaben, mit denen neue Wege erprobt werden sollen. Jährlich stellt das Integrationsamt in einer Leistungsbilanz Erreichtes dar, nun ist der Bericht für 2004 erschienen. In Zukunft sollen präventive Ansätze Arbeitsplätze für behinderte Menschen sichern helfen. Dabei setzt das Integrationsamt auf ein betriebliches Eingliederungsmanagement. (jda)



INFO Die Leistungsbilanz 2004 des LWV-Integrationsamtes kann im Internet unter www.integrationsamt-hessen.de heruntergeladen werden. Ein Printversion gibt es bei: LWV Hessen – Integrationsamt –, EMail: kontakt-integrationsamt@lwv-hessen.de

Helmut Schäfer erhält Ehrenplakette in Gold

Der Ende Juni in den Ruhestand gewechselte Leitende Verwaltungsdirektor Helmut Schäfer ist im Juli mit der Goldenen Ehrenplakette des LWV ausgezeichnet worden. Landesdirektor Lutz Bauer würdigte die berufliche Lebensleistung des 63-jährigen Verwaltungsfachmannes aus Lohfelden, der 46 Jahre in Diensten des Kommunalverbandes stand. Motor der Verwaltungsreform beim LWV sei er gewesen, lobte Bauer den Ausgezeichneten während der Sitzung des Verwaltungsausschusses in Weilburg, als Verwalter und damit Bewahrer einer bestehenden Struktur habe sich Schäfer nie gefühlt.



Menschen im Blick

Immer wieder seien von ihm neue Anstöße zur Modernisierung des LWV gekommen. Beim Umbau des LWV zu einem sozialen Dienstleister habe Schäfer wesentlich dazu beigetragen, betriebswirtschaftliche Instrumente auf die Bedürfnisse einer öffentlichen Einrichtung wie dem LWV maßzuschneidern. „Ein Grund dafür, warum die Reformen beim LWV so erfolgreich sind: Nie wurde nur kopiert, sondern stets nach passgenauen und kompatiblen Lösungen gesucht.“ Helmut Schäfer sei ein Mann nicht nur für die zahlreichen Details von komplexen Organisationsstrukturen gewesen, er habe stets auch die strategische Weiterentwicklung im Auge behalten. „Und nicht nur das: Helmut Schäfer hatte stets die Menschen im Blick, um die es bei der Arbeit des LWV geht“, sagte der LWV-Chef. Behinderte, kranke und benachteiligte Menschen, die Unterstützung und Förderung benötigen – um sie sei es Schäfer beim Umbau des LWV gegangen, nicht um Verwaltung als bloßen Selbstzweck. So habe sich Schäfer

Ehrung im Verwaltungsausschuss: Helmut Schäfer (r.) erhält die Goldene Ehrenplakette aus den Händen von Landesdirektor Lutz Bauer.

Foto: Thomas Raue

auch in seiner Freizeit für soziale Aufgaben eingesetzt, beispielsweise als ehrenamtlicher Geschäftsführer der Kasseler Familienberatungszentrale. „Mit Verleihung der Ehrenplakette des LWV in Gold möchten wir unseren Dank und unsere Anerkennung für die dem LWV geleisteten treuen Dienste aussprechen. Sie haben die Arbeit des Kommunalverbandes über eine sehr lange Zeit entscheidend mitgestaltet und wesentlich zum guten Ruf des Verwaltungsreformprozesses beim LWV beigetragen“, schloss Bauer.

Wachsende Verantwortung

1959 startete Schäfer mit einer Verwaltungslehre im damaligen Psychiatrischen Krankenhaus Marburg, war anschließend in mehreren Einrichtungen des LWV tätig und wechselte 1970 in die LWV-Hauptverwaltung nach Kassel. Dort übernahm der

Geehrte immer wieder neue Funktionen mit einem stets größeren Verantwortungsbereich. 1989 stieg Schäfer in den höheren Verwaltungsdienst auf und wurde 1993 zum Dezernenten für die Allgemeine Verwaltung bestellt. Ab 1996 leitete er den Fachbereich „Zentraler Service“, der als ein Ergebnis der Verwaltungsreform neu entstand. Von 2002 bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst am 30. Juni 2005 stand Helmut Schäfer der Stabsstelle „Steuerungsunterstützung für Verwaltungsreform, Controlling und Personal“ vor und war so direkt dem Landesdirektor verantwortlich. Seit Anfang 2005 koordinierte Helmut Schäfer die Zuarbeit des LWV für die beim Hessischen Sozialministerium eingerichtete Arbeitsgruppe zur Reform des sozialen Dienstleisters und vertrat den LWV in den Unterarbeitsgruppen. (jda)

Erfolge

Wir gratulieren den Kolleginnen und Kollegen zur bestandenen Prüfung

Abschlussprüfung zur/zum Fachangestellten für Bürokommunikation

Hauptverwaltung Kassel
Nadine Möller
Julia Wilhelm

Abschlussprüfung zur/zum Verwaltungsfachangestellten

Hauptverwaltung Kassel
Linda Kathöwer
Marc Schleinschok

Regionalverwaltung Wiesbaden
Aleksandar Dumov
Kathlen Heim

Laufbahnprüfung für den mittleren Dienst in der allgemeinen Verwaltung

Regionalverwaltung Darmstadt
Jennifer Rimmel

Fortbildungsprüfung zum Verwaltungsfachwirt/zur Verwaltungsfachwirtin

Regionalverwaltung Darmstadt
Christiane Pabst

Regionalverwaltung Wiesbaden
Karin Kisters
Frank Weiler

Prüfung zum Nachweis beruflich- und arbeitspädagogischer Kenntnisse

Regionalverwaltung Darmstadt
Marc-Oliver Gutzeit
Steffen Diemar

25-jähriges Dienstjubiläum

GERTRUD MÜLLER
Hausgehilfin
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 1.11.2004

BERNHILDE HEEP
Hausgehilfin
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 1. 1.2005

DR. GEORG LELL
Assistenzarzt
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 3. 3.2005

PETER GLEIM
Krankenpfleger
ZSP Haina (Kloster) 1. 4.2005

PETER METZ
Stellv. Küchenleiter
ZSP Haina (Kloster) 1. 4.2005

GABRIELE HARTMANN
Krankenpflegehelferin
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 1. 4.2005

BEATE SCHMIDT
Krankenschwester
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 2. 4.2005

HANS-BERNHARD SIEGFRIED
Med.-techn. Assistent
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 12. 4.2005

UWE GREESE
Krankenpfleger
ZSP Haina (Kloster) 20. 4.2005

FRIEDHELM WIMMER
Gärtnergehilfe
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1. 5.2005

GABRIELE BERNINGER
Krankenschwester
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 2. 5.2005

KLAUS-DIETER BUNDT
Krankenpfleger
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 15. 5.2005

ELISABETH WEITZEL
Hausgehilfin
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 16. 5.2005

ANNA JANISCH
Hausgehilfin
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 16. 5.2005

RAINER WIEGAND
Leiter der Amtsmeisterei
Hauptverwaltung Kassel 18. 5.2005

ANGELIKA REINHEIMER
Krankenschwester
ZSP Philippshospital, Riedstadt 21. 5.2005

GERNOT HEPPE
Arbeiter Techn. Dienst
ZSP Philippshospital, Riedstadt 1. 6.2005

URSULA HILZINGER
Dipl.-Psychologin
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 1. 6.2005

REINER WÖLFINGER
Gärtner
ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn 1. 6.2005

CHRISTA OTTO
Kantinenhelferin
ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn 1. 6.2005

EDELTRAUD GULLICH
Hausgehilfin
Freiherr-von-Schütz-Schule,
Bad Camberg 1. 6.2005

STEPHEN PROSKE
Verwaltungsangestellter
Regionalverwaltung Wiesbaden 1. 6.2005

NORBERT KUTROWATZ
Sozialarbeiter
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 1. 6.2005

TORSTEN JACOBITZ
Personalratsvorsitzender
Regionalverwaltung Darmstadt 2. 6.2005

ELKE BUND
Verwaltungsangestellte
Regionalverwaltung Darmstadt 5. 6.2005

GERLINDE KIMM
Hausgehilfin
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 5. 6.2005

BRIGITTE REICH-DIETZ
Erzieherin
Johann-Peter-Schäfer-Schule,
Friedberg 23. 6.2005

HELMUT RÖTHENMEIER
Psychologe
ZSP Philippshospital, Riedstadt 1. 7.2005

CHRISTA KRÖLLER-NEDEL
Hausgehilfin
ZSP Am Mönchberg, Hadamar 1. 7.2005

DIETMAR SCHNEIDER
Fachkrankenschwester
ZSP Philipppshospital, Riedstadt 1. 7.2005

BETTINA SCHOLTZ
Psychologin
ZSP Philipppshospital, Riedstadt 1. 7.2005

GERD RITTER
Verwaltungsangestellter
Hauptverwaltung Kassel 1. 7.2005

CHRISTINE ANANIADIS
Krankenpflegehelferin
ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn
1. 7.2005

ANGELA FELDMANN
Med.-techn. Assistentin
ZSP Philipppshospital, Riedstadt
20. 7.2005

WOLFGANG PFAFF
Facharzt
ZSP Philipppshospital, Riedstadt 1. 8.2005

40-jähriges Dienstjubiläum

ERIKA OCHSE
Krankenpflegehelferin
ZSP Haina (Kloster) 5. 4.2005

FRANZ HERNER
Stationspfleger
ZSP Rheinblick, Eltville 1. 7.2005

BERND SCHNEIDER
1. Stationspfleger
ZSP Rehbergpark gGmbH, Herborn
19. 7.2005

Nach mehr als 10 Dienstjahren aus dem LWV ausgeschieden

DR. DAGMAR BROCKHAUS
Fachärztin
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 30. 4.2005

ROSE OSTERMANN
Dipl.-Sozialpädagogin
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 31. 5.2005

HANNELORE WOLF
Krankenschwester
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 31. 7.2005

Nach mehr als 10 Dienstjahren gingen in Rente

MANFRED SCHNEIDER
Schlosser
ZSP Haina (Kloster) 28. 2.2005

DR. HARTMUT MEUSCH
Stellv. Ärztl. Direktor
ZSP Am Mönchberg, Hadamar
28. 2.2005

ROSWITHA MÜLLER-BRAUN
Dipl.-Psychologin
ZSP Rheinblick, Eltville 31. 5.2005

INGRID RAUSCHER
Dipl.-Sozialarbeiterin
ZSP Mittlere Lahn, Gießen 31. 5.2005

ELISABETH AUDRETSCH
Krankenschwester
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 31. 5.2005

HELMUT NITSCHKE
Registrator
Hauptverwaltung Kassel 1. 6.2005

VOLKER FRIEDRICH
Hygienefachpfleger
ZSP Rheinblick, Eltville 30. 6.2005

NENA SUGANO
Krankenpflegehelferin
ZSP Rheinblick, Eltville 30. 6.2005

WERNER WIEDEMANN
Fahrer
ZSP Rheinblick, Eltville 30. 6.2005

KLAUS BURKHARDT
Krankenpfleger
ZSP Kurhessen, Bad Emstal 30. 6.2005

INGRID SCHÄFER
Verwaltungsangestellte
ZSP Am Mönchberg, Hadamar
30. 6.2005

GISELA WOIDICH
Krankenpflegehelferin
ZSP Am Mönchberg, Hadamar
30. 6.2005

BARBARA CLASANI
Hausgehilfin
ZSP Mittlere Lahn, Marburg 31. 7.2005

In den Ruhestand traten

HELMUT SCHÄFER
Leitender Verwaltungsdirektor
Hauptverwaltung Kassel 1. 7.2005

Ehrenplakette in Gold

HELMUT SCHÄFER
Leitender Verwaltungsdirektor
Hauptverwaltung Kassel 22. 7.2005

Wir trauern um unsere verstorbenen Kolleginnen

KERSTIN BURBACH
Krankenschwester
ZSP Mittlere Lahn, Gießen

MONIQUE BUCCHERI
Mitarbeiterin Cafeteria
ZSP Philipppshospital, Riedstadt

Die Personalien werden uns von der Personalabteilung der LWV-Hauptverwaltung und den LWV-Einrichtungen direkt geliefert. Die Redaktion trägt für diese Rubrik keine inhaltliche Verantwortung.



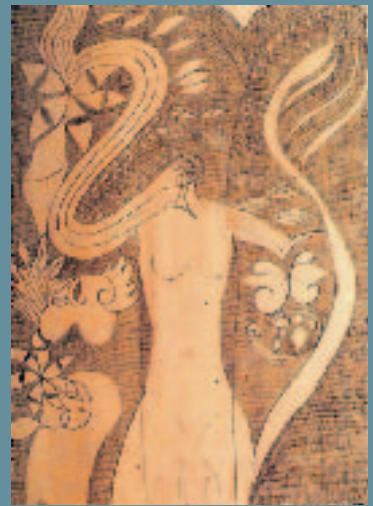
ANA, ohne Titel (Verbeugung), 1998



Brigitte Islam-Saatz, Engel gut-böse, 2000



Stefan Kramer, ohne Titel (aus Serie Selbstportraits zur Dämonbändigung), 1999



NAO, ohne Titel, 2002



Marga Wicke, Seelen-Raster, 1997



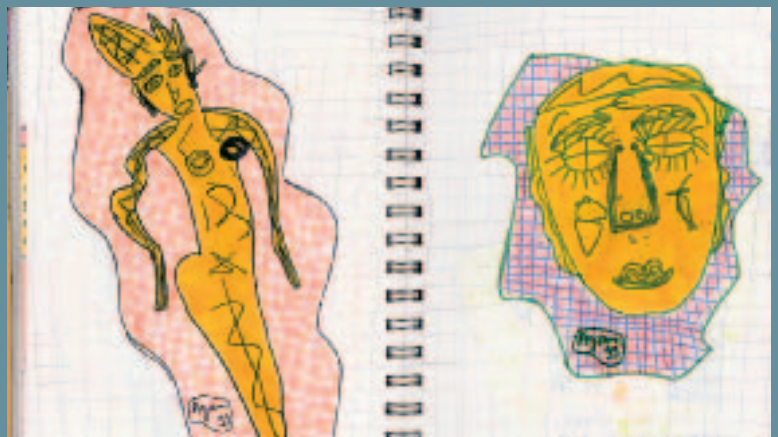
Lydia Sobottka, ohne Titel, 1999



Lydia Sobottka, Angst, 1997



Marga Wicke, ohne Titel, 1999



Marga Wicke, ohne Titel, 1999

„Immanuel Waldorf malt mit viel Druck. Ein Pinsel, den er benutzt, hat sehr schnell keine Borsten mehr. Bisweilen malt er mit dem bloßen Stiel weiter. Auf einer monochromen Grundierung versucht er seine Motive immer wieder nach dem Naturvorbild zu korrigieren. So schichten sich mehrere Ansichten und Zustände eines Motivs nachvollziehbar zu einem reizvollen Gesamteindruck übereinander.“ So heißt es in einem Ausstellungskatalog zu Arbeiten aus dem Atelier des Kulturzentrums Eichberg. Waldorfs Bild auf der Umschlagseite trägt den Titel „Madonna“, entstand im Jahr 2000 und gehört zu den nominierten Werken eines Kunstwettbewerbs des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, der sich an Menschen mit Psychiatrieerfahrung richtete. Die hier gezeigten 11 Bilder von Künstlerinnen und Künstlern, die in den Ateliers des ZSP Rheinblick, Eltville und des ZSP Kurhessen, Bad Emstal-Merxhausen tätig sind bzw. waren, gehören zur Ausstellung „Zeige Deine Wunde - Befreiende Kunst“, die im September im Kasseler Ständehaus des LWV gezeigt wird. Immanuel Waldorf hat sich inzwischen an vielen Ausstellungen beteiligt. Er lebt in Kiedrich. (jda)



Lydia Sobottka, ohne Titel, 1998